

Rechenschaftsbericht

Zusammenfassung	12		
1 Geld- und Währungspolitik	23	6 Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems	105
1.1 Mandat und geldpolitisches Konzept	23	6.1 Grundlagen	105
1.2 Internationale Wirtschaftsentwicklung	28	6.2 Monitoring des Finanzsystems	106
1.3 Wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz	38	6.3 Risiken und Massnahmen am Hypothekar- und Immobilienmarkt	109
1.4 Die Geldpolitik im Jahr 2020	46	6.4 Überwachung von Finanzmarktinfrastrukturen	110
2 Umsetzung der Geldpolitik	58	6.5 Cybersicherheit des Finanzsektors	115
2.1 Grundlagen und Überblick	58	7 Mitwirkung bei der internationalen Währungs Kooperation	116
2.2 Entwicklungen am Geld- und Devisenmarkt	59	7.1 Grundlagen	116
2.3 Einsatz der geldpolitischen Instrumente	65	7.2 Multilaterale Kooperation	117
2.4 Mindestreserven	73	7.3 Bilaterale Kooperation	129
2.5 Liquidität in Fremdwährungen	74	8 Bankdienstleistungen für den Bund	132
2.6 Ausserordentliche Liquiditätshilfe	75	9 Statistik	133
3 Gewährleistung der Bargeldversorgung	76	9.1 Grundlagen	133
3.1 Grundlagen	76	9.2 Produkte	134
3.2 Kassenstellen, Agenturen und Bargelddepots	76	9.3 Projekte	135
3.3 Banknoten	77	9.4 Zusammenarbeit	136
3.4 Münzen	80		
4 Erleichterung und Sicherung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs	81		
4.1 Grundlagen	81		
4.2 Das SIC-System im Jahr 2020	82		
5 Verwaltung der Aktiven	87		
5.1 Grundlagen	87		
5.2 Anlage- und Risikokontrollprozess	89		
5.3 Entwicklung und Struktur der Aktiven	91		
5.4 Bilanzrisiken	98		
5.5 Anlageergebnis	102		

Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank (SNB) übermittelte am 22. März 2021 seinen gemäss Art. 7 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes (NBG) erstellten Rechenschaftsbericht 2020 an die Bundesversammlung. Der im Folgenden wiedergegebene Bericht orientiert über die Erfüllung der Aufgaben gemäss Art. 5 NBG, namentlich über die Führung der Geld- und Währungspolitik sowie den Beitrag der Nationalbank zur Stabilität des Finanzsystems. Er wird dem Bundesrat und der Generalversammlung der Aktionäre zur Information unterbreitet.

ZUSAMMENFASSUNG

Geld- und Währungspolitik

Die Nationalbank führt die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes. Sie soll die Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Das geldpolitische Konzept der Nationalbank besteht aus den folgenden Elementen: einer Definition der Preisstabilität, einer mittelfristigen bedingten Inflationsprognose und dem SNB-Leitzins. Die Nationalbank strebt an, die kurzfristigen besicherten Geldmarktzinsen nahe am SNB-Leitzins zu halten.

Die globale Ausbreitung des Coronavirus und die zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Massnahmen führten die Weltwirtschaft im Jahr 2020 in eine scharfe Rezession. Der Einbruch der globalen Wirtschaftsaktivität im ersten Halbjahr war auch historisch betrachtet ungewöhnlich stark. Der Rückgang der Neuinfektionen und die Lockerung der Eindämmungsmassnahmen im Sommer führten im dritten Quartal zu einer kräftigen Erholung der Weltwirtschaft. Im Herbst stiegen die Ansteckungszahlen in Europa und den USA wieder rasch an, was erneute Eindämmungsmassnahmen mit sich brachte. Dies beeinträchtigte die Wirtschaftsentwicklung gegen Ende Jahr abermals. Angesichts des Wirtschaftseinbruchs in der ersten Jahreshälfte wurden weltweit umfangreiche geld- und fiskalpolitische Massnahmen getroffen. Das globale Bruttoinlandprodukt (BIP) lag Ende Jahr dennoch unter dem Vorkrisenniveau, und die Inflation schwächte sich in den Industrieländern ab.

Die Pandemie löste auch in der Schweiz eine scharfe Rezession aus. Das BIP ging um 2,9% zurück, nachdem es im Vorjahr noch um 1,1% angestiegen war. Damit war die Rezession in der Schweiz weniger ausgeprägt als in vielen anderen Ländern. Die Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus, die Zurückhaltung der Konsumenten, der Einbruch der Auslandsnachfrage und Lieferschwierigkeiten führten in der ersten Jahreshälfte zu einem markanten Rückgang der Geschäftstätigkeit. Im Gegensatz zu früheren Rezessionen waren insbesondere die Dienstleistungen stark betroffen. Die Arbeitslosigkeit stieg an, und die Kurzarbeit nahm massiv zu. Mit der Lockerung der gesundheitspolitischen Massnahmen, und gestützt durch die Fiskal- und Geldpolitik, belebte sich die Wirtschaftstätigkeit ab Mai. Im Oktober breitete sich das Coronavirus allerdings wieder rasch aus, und die Erholung verlangsamte sich im vierten Quartal deutlich. Wie im Ausland blieb die Erholung in der Schweiz unvollständig.

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Jahresteuierung sank von 0,4% im Jahr 2019 auf –0,7% im Jahr 2020. Der starke Rückgang der Teuerung ist auf die Pandemie zurückzuführen. Die bedingten Inflationsprognosen, welche die Nationalbank 2020 veröffentlichte, deuteten darauf hin, dass die Teuerungsrate in der mittleren Frist wieder in den Bereich zurückkehren sollte, den die Nationalbank mit Preisstabilität gleichsetzt.

In der Coronakrise war auch die Geldpolitik stark gefordert, um angemessene monetäre Bedingungen zu gewährleisten. Die Geldpolitik der Nationalbank trug auf drei Arten zur Krisenbewältigung bei. Erstens wirkte sie dem erhöhten Aufwertungsdruck auf den Franken entgegen. Entscheidend dafür waren die Bereitschaft, verstärkt am Devisenmarkt zu intervenieren, sowie der unveränderte SNB-Leitzins und der Zins auf Sichtguthaben bei der SNB von –0,75%. Die SNB kaufte im Jahresverlauf Devisen im Gegenwert von 110 Mrd. Franken. Das tiefe Zinsniveau schuf zweitens günstige Finanzierungsbedingungen für die Schweizer Wirtschaft und die öffentliche Hand. Das entlastete insbesondere diejenigen Unternehmen und Körperschaften, die als Folge der Krise einen erhöhten Finanzierungsbedarf haben. Drittens traf die Nationalbank zusätzliche Massnahmen, um den Spielraum der Banken für die Kreditvergabe zu vergrössern und damit die Kredit- und Liquiditätsversorgung der Wirtschaft zu unterstützen. So stellte sie den Banken im Rahmen des gemeinsamen Massnahmenpakets mit dem Bund, der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) und den Banken im März über die Schaffung der SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität (CRF) zusätzliche Liquidität zum SNB-Leitzins zur Verfügung. Dies trug dazu bei, dass die Banken die COVID-19-Kredite zu einem Zins von 0% an die Unternehmen vergeben konnten. Ferner beantragte die SNB im März nach Anhörung der FINMA dem Bundesrat, den antizyklischen Kapitalpuffer zu deaktivieren. Der Bundesrat folgte dieser Empfehlung. Zudem entlastete die Nationalbank die Banken per 1. April deutlich, indem sie einen grösseren Teil der Sichtguthaben bei der SNB vom Negativzins befreite.

Die Nationalbank beschäftigt sich seit längerem intensiv mit dem Thema Klimawandel. Die Einschätzung allfälliger Folgen des Klimawandels für die Volkswirtschaft und damit für die Geldpolitik, für die Finanzstabilität sowie für die Verwaltung der Währungsreserven ist wichtig, damit die SNB ihr gesetzliches Mandat jederzeit erfüllen kann.

Umsetzung der Geldpolitik

Der Zins, den die Nationalbank auf den Sichtguthaben der Banken und anderer Finanzmarktteilnehmer erhebt, entsprach 2020 weiterhin $-0,75\%$ und lag damit unverändert auf dem Niveau des SNB-Leitzinses. Die deutliche Erhöhung der Freibeträge reduzierte die Negativzinsbelastung des Bankensystems und vergrösserte den Spielraum für zusätzlichen Liquiditätsaustausch. Dies führte zu mehr Handelsaktivität am Repomarkt und vorübergehend zu steigenden kurzfristigen Geldmarktsätzen. Damit die Geldmarktzinsen in der Nähe des SNB-Leitzinses blieben, führte die Nationalbank liquiditätszuführende Offenmarktoperationen in Form von bilateralen Repogeschäften und Repo-Auktionen durch. Am Jahresende lag der wichtigste Geldmarktsatz, der Satz für besichertes Tagesgeld (Swiss Average Rate Overnight, SARON), bei $-0,73\%$.

Die CRF erlaubt es den Banken auf besicherter Basis bei der Nationalbank Liquidität zum SNB-Leitzins zu beziehen. Als Sicherheiten nimmt die Nationalbank Kredite entgegen, die durch den Bund oder einen Kanton mittels Bürgschaft oder Kreditausfallgarantie gesichert werden. Die Entgegennahme von einzelnen Bankkrediten war unter den bisherigen Voraussetzungen bzw. Zulassungskriterien für Sicherheiten nicht vorgesehen. Eine rasche und effiziente Übernahme dieser Kredite war nur möglich, weil mit der COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung die Grundlage für eine vereinfachte Übertragung auf die SNB geschaffen wurde. Ende 2020 betrug der Bestand der von den Banken über die CRF bezogenen Liquidität 11,2 Mrd. Franken, und rund 112 000 Kredite wurden als Sicherheiten der SNB übertragen.

Im Zuge der Coronakrise kam es an den globalen US-Dollar-Finanzierungsmärkten zu Verwerfungen. Die Nationalbank beteiligte sich an einer koordinierten Zentralbankenaktion zur Stärkung der Liquiditätsversorgung über das bestehende Swapabkommen mit der US-Notenbank Federal Reserve, was den Spannungen an den globalen Finanzierungsmärkten entgegenwirkte.

Der SARON gewann als Referenzzinssatz am Geld- und Kreditmarkt im Jahr 2020 weiterhin an Bedeutung. Anfang März 2021 teilte der Administrator des Libors (London Interbank Offered Rate), die Intercontinental Exchange Benchmark Administration, wie erwartet mit, den Franken-Libor Ende des Jahres einzustellen. Um einen einwandfreien Übergang zum SARON zu ermöglichen, sind bis dahin die verbleibenden Umstellungsarbeiten am Kredit- und Swapmarkt abzuschliessen. Die Nationalbank wirkte auch 2020 in der Nationalen Arbeitsgruppe für Referenzzinssätze in Franken mit, die den Prozess der Umstellung vom Libor auf den SARON begleitet.

Der Notenumlauf betrug im Jahr 2020 durchschnittlich 84,4 Mrd. Franken. Er stieg um 5,8%, nach 1,0% im Vorjahr. Wie in Krisensituationen üblich wurden in der Pandemie die grossen Notenstückelungen zur Wertaufbewahrung stärker nachgefragt. Bei den kleinen Notenstückelungen und den Münzen wurde hingegen im Frühling und im vierten Quartal eine geringere Nachfrage als üblich verzeichnet.

Bargeldversorgung

Die Nationalbank führte im Jahr 2020 zum zweiten Mal eine repräsentative Umfrage zur Nutzung der verschiedenen Zahlungsmittel in der Schweiz durch. Erste Auswertungen deuten darauf hin, dass im Herbst 2020 merklich weniger Bargeld zu Zahlungszwecken verwendet wurde als drei Jahre zuvor. Über die Umfrageergebnisse wird die SNB Mitte 2021 umfassend informieren.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat weiter an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2020 wurden über das Zahlungssystem Swiss Interbank Clearing (SIC-System) pro Tag durchschnittlich 2,9 Mio. Transaktionen im Wert von 178 Mrd. Franken abgewickelt. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Zahl der Transaktionen und die Umsätze um 9,3% bzw. 12,8%. Die Zunahme des Umsatzes geht darauf zurück, dass sich die Handelsaktivität am Repo-Markt erhöht hat und die PostFinance ihren Zahlungsverkehr mit anderen Banken schrittweise in das SIC-System überführt.

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Die Nationalbank schafft als Auftraggeberin des SIC-Systems angemessene Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des von vielen Innovationen der Finanzindustrie tangierten bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Im Jahr 2020 lancierte sie zusammen mit der SIX Interbank Clearing AG das Projekt SIC5 zur Abwicklung von bargeldlosen Kundenzahlungen, die rund um die Uhr verarbeitet werden und bei denen die Endbegünstigten innert Sekunden über den Zahlungsbetrag verfügen können (Instant Payments). Die neue SIC5-Plattform soll voraussichtlich 2023 den Betrieb aufnehmen.

Das gemeinsam mit der SIX Group AG (SIX) lancierte Projekt zur Entwicklung eines sicheren Netzwerkverbunds für den Schweizer Finanzplatz (Secure Swiss Finance Network, SSFN) befand sich 2020 in der Pilotphase. Nach dem Abschluss der Pilotphase soll das SSFN ab 2021 sukzessive die bestehende Kommunikationslösung zum SIC-System ersetzen. Ziel ist es, in Anbetracht der steigenden Cyberrisiken die Sicherheit und Resilienz von Netzwerkverbindungen zum SIC-System und weiteren Finanzmarktinfrastrukturen zu erhöhen.

Die Nationalbank gewährte 2020 erstmals einem Unternehmen mit einer Fintech-Bewilligung den Zugang zum SIC-System.

Verwaltung der Aktiven

Ende 2020 betrugen die Aktiven der Nationalbank 999 Mrd. Franken gegenüber 861 Mrd. Franken im Vorjahr. Der Anstieg war zum grössten Teil auf die Zunahme der Devisenanlagen und damit auf die Zuflüsse aus Devisenkäufen zurückzuführen. Die gesamten Währungsreserven beliefen sich am Jahresende auf 962 Mrd. Franken. Der grösste Teil davon wurde in Form von Fremdwährungsanlagen gehalten, der Rest in Gold.

Der bedeutendste Risikofaktor auf den Anlagen ist das Währungsrisiko, das die Nationalbank aus geldpolitischen Gründen nicht absichern kann. Schon geringe Veränderungen der Frankenwechselkurse führen zu erheblichen Schwankungen des in Franken gemessenen Anlageerfolgs. Im Jahr 2020 wurden die sich aus der Aufwertung des Frankens ergebenden Währungsverluste durch hohe Renditen der Anlagen in den Investitionswährungen mehr als kompensiert. Die in Franken gemessene Rendite auf den Währungsreserven betrug 1,9%. Sowohl das Gold als auch die Devisenreserven rentierten positiv (13,5% bzw. 1,2%).

Die Nationalbank legt den grössten Teil ihrer Devisenanlagen in Staatsanleihen an. Sie investiert aber auch in Aktien und Unternehmensanleihen, um den positiven Renditebeitrag dieser Anlageklassen zu nutzen und damit das langfristige Risiko-Ertrags-Verhältnis zu verbessern. Bei der Bewirtschaftung solcher Wertschriften privater Emittenten trägt die Nationalbank auch Aspekten Rechnung, die nicht-finanzieller Natur sind. So verzichtet sie aufgrund ihrer speziellen Rolle gegenüber dem Bankensektor auf Investitionen in Aktien von systemrelevanten Banken weltweit.

Die Nationalbank berücksichtigt in der Anlagepolitik zudem die grundlegenden Normen und Werte der Schweiz. Sie investiert daher nicht in Aktien und in Anleihen von Unternehmen, deren Produkte oder Produktionsprozesse in grober Weise gegen breit anerkannte Werte verstossen. Die Nationalbank erwirbt somit keine Wertschriften von Unternehmen, die grundlegende Menschenrechte massiv verletzen, systematisch gravierende Umweltschäden verursachen oder in die Produktion international geächteter Waffen involviert sind. Ende 2020 erweiterte die Nationalbank das Ausschlusskriterium betreffend Umwelt. Neu schliesst sie auch Aktien und Anleihen von Unternehmen aus, die primär Kohle abbauen, da in der Schweiz ein breiter Konsens für den Kohleausstieg besteht.

Die Höhe der Währungsreserven ergibt sich im gegenwärtigen Umfeld weitgehend aus der Umsetzung der Geldpolitik. Der Bestand an Währungsreserven vervielfachte sich seit Beginn der Finanz- und Schuldenkrise. Hatte der Bestand Ende 2007 noch 85 Mrd. Franken betragen, belief er sich Ende 2020 auf 962 Mrd. Franken. Mit dem Bilanzanstieg erhöhten sich die absoluten Verlustrisiken, und das Verhältnis von Eigenkapital zu Währungsreserven sank deutlich. Auch im Jahr 2020 stieg die Bilanzsumme vor dem Hintergrund des Einsatzes der geldpolitischen Instrumente zur Bewältigung der Coronakrise weiter.

Die Nationalbank strebt eine robuste Bilanz mit hinreichendem Eigenkapital an, um auch mögliche hohe Verluste absorbieren zu können. Das Eigenkapital setzt sich aus den Rückstellungen für Währungsreserven und der Ausschüttungsreserve zusammen. Die Rückstellungen für Währungsreserven entsprechen der für diesen Zeitpunkt angestrebten Höhe des Eigenkapitals. Gemäss Nationalbankgesetz muss die SNB Rückstellungen bilden, die es erlauben, die Währungsreserven auf der erforderlichen Höhe zu halten. Sie muss sich dabei an der Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft orientieren.

Im Januar 2021 schlossen das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) und die Nationalbank eine neue, bis 2025 laufende Vereinbarung über die Gewinnausschüttung an Bund und Kantone ab. Sie sieht jährlich eine Ausschüttung von maximal 6 Mrd. Franken vor und wurde bereits rückwirkend auf das Geschäftsjahr 2020 angewendet. Zugleich erhöhte die SNB die jährliche Mindestzuweisung an die Rückstellungen für Währungsreserven von 8% auf 10% des Bestands. Im Jahr 2020 wurden 7,9 Mrd. Franken zugewiesen; der Bestand an Rückstellungen erreichte damit 87 Mrd. Franken.

Im Rahmen des Monitorings des Finanzsystems analysiert die Nationalbank die Entwicklungen und Risiken im Schweizer Bankensektor. Sie veröffentlicht ihre Beurteilung insbesondere in ihrem jährlichen Bericht zur Finanzstabilität. Die Nationalbank hielt in ihrem Bericht vom Juni 2020 fest, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie das Bankensystem vor grosse Herausforderungen stellen. Zudem war die Unsicherheit über die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft und damit auf die Banken ausserordentlich hoch.

Die beiden global aktiven Schweizer Banken, die Credit Suisse Group AG und die UBS Group AG, befanden sich in einer guten Ausgangslage, um diese Herausforderungen zu meistern und mit ihrer Geschäftstätigkeit die Realwirtschaft zu unterstützen. Das war insbesondere auf den Aufbau von Kapitalpuffern zurückzuführen, den die beiden global aktiven Banken in den letzten Jahren im Einklang mit der Too-big-to-fail-Regulierung (TBTF-Regulierung) vorangetrieben hatten. Die SNB stellte zudem in ihren Szenarioanalysen fest, dass die Kapitalanforderungen gemäss aktueller TBTF-Regulierung notwendig sind, um eine angemessene Widerstandskraft der beiden global aktiven Banken sicherzustellen.

Bei den inlandorientierten Banken ging die Nationalbank in ihrem Basiszenario davon aus, dass sich die Pandemie primär in erhöhten Rückstellungen und Abschreibungen auf Krediten an Schweizer Unternehmen auswirkt. Ausserdem dürfte die Zinsmarge aufgrund eines länger andauernden Tiefzinsumfelds unter zusätzlichen Druck geraten. Die Analysen der Nationalbank deuteten indes darauf hin, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die inlandorientierten Banken unter dem Basisszenario begrenzt sind. Ferner beurteilte sie deren Widerstandskraft dank der vorhandenen grossen Kapitalpuffer als angemessen.

Die Verwundbarkeit des Hypothekar- und Immobilienmarktes gegenüber Schocks bestand im Jahr 2020 fort. Sowohl die Hypothekarkredite als auch die Transaktionspreise für Wohnliegenschaften und die Tragbarkeitsrisiken stiegen trotz des Wirtschaftseinbruchs weiter an. Diese Verwundbarkeit stellte in einem Umfeld erhöhter Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung einen zusätzlichen Risikofaktor dar. Stärkere Einkommensrückgänge als im Basisszenario angenommen könnten eine Preiskorrektur am Immobilienmarkt auslösen. Gleichzeitig könnten solche Einkommensrückgänge dazu führen, dass sich die im historischen Vergleich hohen Tragbarkeitsrisiken materialisieren.

Die Pandemie stellte auch die systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen in der Schweiz vor besondere Herausforderungen. Die Nationalbank intensivierte daher ihr Monitoring in diesem Bereich, v. a. in Bezug auf den Betrieb und das Management von Kredit- und Liquiditätsrisiken. Sie stellte fest, dass die Finanzmarktinfrastrukturen den kontinuierlichen Betrieb der systemisch bedeutsamen Geschäftsprozesse sowie die rechtzeitige Verarbeitung der phasenweise sehr hohen Transaktionsvolumen gewährleisteten. Auch die Modelle für das Management der Kredit- und Liquiditätsrisiken bewährten sich während der Turbulenzen an den Finanzmärkten im März. Damit leisteten die systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen einen wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität.

Die Bedrohung durch Cyberrisiken blieb unverändert hoch, und entsprechend war es für die Finanzmarktinfrastrukturen und ihre Teilnehmer weiterhin von grosser Bedeutung, diese Risiken durch angemessene Schutzmassnahmen zu reduzieren. Die Nationalbank erwartet deshalb, dass die Betreiber der Finanzmarktinfrastrukturen ihre Geschäftskontinuitätspläne und die darin vorgesehenen Massnahmen mit ihren Teilnehmern abstimmen und regelmässig institutsübergreifend testen. Die SIX führte ihr Programm zur Erhöhung der Informationssicherheit und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberattacken fort.

Cybervorfälle können nicht nur Auswirkungen auf einzelne Finanzinstitute haben, sondern auch die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems beeinträchtigen. Während die Verantwortung für den Schutz gegen Cyberrisiken bei den einzelnen Finanzinstituten liegt, leisten auch die Behörden im Rahmen ihrer Mandate einen Beitrag zur Cybersicherheit des Finanzsektors. Die Nationalbank beteiligt sich u. a. an einem unter der Leitung des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit initiierten Projekt, das die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen dem Privatsektor und den Behörden in strategischen und operationellen Fragestellungen der Cybersicherheit fördert und dadurch das Cyberschutzdispositiv des Finanzplatzes weiter stärkt.

Die Nationalbank wirkt bei der internationalen Währungs Kooperation mit, indem sie sich in den entsprechenden multilateralen Institutionen und Gremien engagiert und auf bilateraler Ebene mit anderen Zentralbanken und Behörden zusammenarbeitet. Zu den multilateralen Institutionen gehören der Internationale Währungsfonds (IWF), die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), das Financial Stability Board (FSB), der Finance Track der G20, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie das Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System (NGFS).

Der IWF gewährte 2020 zahlreichen Schwellenländern und einkommensschwachen Ländern finanzielle Unterstützung, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern. Die Schweiz beteiligte sich an den Massnahmen, die eine genügende finanzielle Ausstattung des IWF sicherstellten. Die maximale Zusicherung der Schweiz gegenüber dem IWF zur Finanzierung seiner regulären Kredite belief sich Ende 2020 auf insgesamt 23 Mrd. Franken; effektiv ausstehend waren 1,85 Mrd. Franken. Diese Verpflichtungen werden von der Nationalbank finanziert, wobei die Kredite unter dem bilateralen Darlehensabkommen vom Bund garantiert werden.

Im Schweizer Zentrum des 2019 gegründeten BIZ-Innovation-Hub haben 2020 acht Mitarbeitende der BIZ und der SNB ihre Tätigkeit aufgenommen. Geforscht wird an zwei Projekten. Beim Projekt Helvetia untersuchten und testeten die SNB, die BIZ und die SIX zusammen zwei verschiedene Ansätze, wie digitales Zentralbankgeld für die Abwicklung von tokenisierten Vermögenswerten auf einer Finanzmarktinfrastruktur, die auf der Distributed-Ledger-Technologie (DLT) basiert, integriert werden kann. Der im Dezember publizierte Bericht zur ersten Phase des Projekts zeigt, dass die Abwicklung auf beide Arten technisch und rechtlich durchgeführt werden kann, jedoch mit verschiedenen Vor- und Nachteilen. Im Projekt Rio setzt sich das Schweizer Zentrum mit den steigenden Anforderungen an Zentralbanken auseinander, hochfrequente elektronische Finanzmärkte effektiv beobachten zu können. Dazu wird ein Prototyp für eine neue Datenarchitektur entwickelt, der es ermöglicht, die schnellen Bewegungen und grossen Datenmengen hochfrequenter Märkte in Echtzeit zu verarbeiten.

Die Schwerpunkte des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht der BIZ lagen bei der Überwachung der Auswirkungen der Coronakrise auf den Bankensektor sowie der Umsetzung und der Überprüfung der Wirksamkeit der Regulierungsstandards. Der Ausschuss verlängerte die Umsetzungsfrist des Reformpakets Basel III um ein Jahr auf den 1. Januar 2023, um sowohl bei den Behörden als auch bei den Banken zusätzliche Ressourcen für die Krisenbewältigung freizusetzen.

Auch für das FSB standen die Auswirkungen der Pandemie auf das globale Finanzsystem im Zentrum der Arbeiten. Ein Schwerpunkt war die Verbesserung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs. Ferner beschäftigte sich das FSB mit möglichen Auswirkungen und Regulierungsansätzen von Stablecoins. Stablecoins sind von Privaten emittierte digitale Vermögenswerte zu Zahlungszwecken (Zahlungs-Token), die darauf abzielen, einen stabilen Wert gegenüber spezifischen Vermögenswerten oder staatlichen Währungen zu erhalten.

Die OECD empfahl der Nationalbank in der Herbstausgabe ihres halbjährlichen Berichts über den wirtschaftlichen Ausblick, allenfalls die CRF zu verlängern, um die Banken bei der Vergabe von Krediten an Unternehmen mit pandemiebedingten Liquiditätsengpässen zu unterstützen.

Die Nationalbank beteiligte sich auch 2020 am internationalen Erfahrungsaustausch im NGFS, um dadurch die potenziellen Auswirkungen von Klimarisiken auf die makroökonomischen Entwicklungen und die Finanzstabilität besser einschätzen zu können. Die SNB wirkte in Arbeitsgruppen des NGFS mit und beschäftigte sich dabei u. a. mit der Szenarioanalyse von Klimarisiken und der Koordination von entsprechender Forschung unter Zentralbanken.

Im Rahmen der bilateralen Währungskooperation arbeitet die Nationalbank mit anderen Zentralbanken zusammen, pflegt Kontakte zu ausländischen Behörden und leistet technische Hilfe. Empfänger der technischen Hilfe sind überwiegend die Zentralbanken von Ländern Zentralasiens und des Kaukasus, d. h. die Mitglieder der Schweizer Stimmrechtsgruppe im IWF. Die technische Hilfe im Jahr 2020 war geprägt durch die Pandemie, die ab März die Möglichkeiten der Zusammenarbeit stark einschränkte. Dennoch konnten einige bilaterale Projekte erfolgreich umgesetzt werden, teilweise auf virtuellem Weg statt mit Präsenz vor Ort.

Im Dezember 2020 bezeichnete das Schatzamt der Vereinigten Staaten (US Treasury) die Schweiz in einem Bericht zur Währungspolitik der wichtigsten Handelspartner der USA als Währungsmanipulatorin. Die Schweizer Behörden und die Nationalbank wiesen diesen Vorwurf zurück. Die Devisenmarktinterventionen der SNB sind notwendig, um angemessene monetäre Bedingungen und dadurch Preisstabilität zu gewährleisten.

Bankdienstleistungen für den Bund

Die Massnahmen zur Abfederung der Coronakrise erhöhten den kurzfristigen Finanzierungsbedarf des Bundes im Jahr 2020. So emittierte die Nationalbank im Auftrag und auf Rechnung des Bundes im Auktionsverfahren Geldmarktbuchforderungen in der Höhe von 40,7 Mrd. Franken und Bundesanleihen im Umfang von 3,8 Mrd. Franken, was fast einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Nationalbank wickelte im Auftrag des Bundes zudem insgesamt rund 182 000 Zahlungen ab.

Statistik

Die Nationalbank erstellt Statistiken über die Banken und Finanzmärkte, die Zahlungsbilanz, das Auslandvermögen, die Direktinvestitionen und die Finanzierungsrechnung der Schweiz. Sie arbeitet zu diesem Zweck mit den zuständigen Stellen beim Bund, mit der FINMA sowie mit Behörden anderer Länder und internationalen Organisationen zusammen.

Ende März 2020 baute die SNB die qualitative Umfrage bei Banken zur Kreditvergabe und -nachfrage aus. Sie reagierte damit auf einen dringenden Datenbedarf im Zusammenhang mit der Pandemie. Daneben wurde die Meldeplattform eSurvey weiterentwickelt, so dass darüber mit Banken Dokumente, die im Zusammenhang mit der Beanspruchung der CRF stehen, ausgetauscht werden können.

Zudem wurde das Angebot auf dem Datenportal erneut erweitert. Seit Ende September veröffentlicht die SNB detailliertere Daten zu ihren Geld- und Devisenmarktoperationen. Ferner wurde das Datenangebot im Bereich der Direktinvestitionsstatistik ausgebaut.

Die Schweiz trat auf Anfang Dezember 2020 dem neuen Datenstandard SDDS Plus des IWF bei. Der Standard richtet sich an Länder mit systemisch wichtigen Finanzplätzen. Er verpflichtet die teilnehmenden Länder, umfangreiche Daten zu veröffentlichen. In der Schweiz werden die Daten zur Erfüllung von SDDS Plus von verschiedenen Bundesstellen zur Verfügung gestellt. Die SNB ist für mehrere Datenbereiche zuständig. Beispiele dafür sind der Aussenwirtschaftssektor und die Finanzierungsrechnung, die nun vierteljährlich statt jährlich ausgewiesen wird.

1.1 MANDAT UND GELDPOLITISCHES KONZEPT

Die Bundesverfassung beauftragt die Nationalbank als unabhängige Zentralbank, die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes zu führen (Art. 99 BV). Der Auftrag wird im Nationalbankgesetz (Art. 5 Abs. 1 NBG) präzisiert. Dieses betraut die Nationalbank mit der Aufgabe, die Preisstabilität zu gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Verfassungs- und
Gesetzesauftrag

Preisstabilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Sie bedeutet, dass das Geld seinen Wert über die Zeit behält. Mit ihrem Streben nach Preisstabilität schafft die Nationalbank Rahmenbedingungen, die es den Haushalten und Unternehmen ermöglichen, verlässlich zu planen. Sowohl Inflation (ein anhaltender Anstieg des Preisniveaus) als auch Deflation (ein anhaltender Rückgang des Preisniveaus) beeinträchtigen die Entwicklung der Wirtschaft. Sie behindern die Funktion der Preise, Arbeit und Kapital zu einer möglichst produktiven Verwendung zu lenken, und führen zu Umverteilungen von Einkommen und Vermögen.

Bedeutung der Preisstabilität

In ihrem geldpolitischen Konzept legt die Nationalbank fest, auf welche Weise sie ihren gesetzlichen Auftrag umsetzt. Es besteht aus den folgenden Elementen: einer Definition der Preisstabilität, einer bedingten Inflationsprognose über die nächsten drei Jahre und dem SNB-Leitzins. Die Nationalbank strebt an, die kurzfristigen besicherten Geldmarktzinssätze nahe am SNB-Leitzins zu halten.

Geldpolitisches Konzept

Die Nationalbank setzt Preisstabilität mit einem Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise von weniger als 2% pro Jahr gleich. Auch Deflation, d. h. ein anhaltender Rückgang des Preisniveaus, verletzt das Ziel der Preisstabilität. Mit ihrer Definition der Preisstabilität trägt die Nationalbank dem Umstand Rechnung, dass sie die Inflation nicht exakt steuern kann und der Konsumentenpreisindex die Teuerung tendenziell leicht überzeichnet.

Definition der Preisstabilität

Die von der Nationalbank vierteljährlich publizierte Inflationsprognose dient als Hauptindikator für den geldpolitischen Entscheid und als zentrales Element der Kommunikation. Die Inflationsprognose bezieht sich jeweils auf die nächsten drei Jahre, was die mittelfristige Ausrichtung der Geldpolitik widerspiegelt. Die Nationalbank trägt damit dem Umstand Rechnung, dass Produktion und Preise auf geldpolitische Impulse mit teilweise beträchtlichen Verzögerungen reagieren. Neben der Inflationsprognose berücksichtigt die Nationalbank für ihren Entscheid eine Vielzahl von Indikatoren zur konjunkturellen und monetären Entwicklung im In- und Ausland sowie zur Finanzstabilität.

Bedingte Inflationsprognose

Die Inflationsprognose der Nationalbank unterstellt, dass der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bekanntgegebene SNB-Leitzins im Prognosezeitraum konstant bleibt. Es handelt sich somit um eine bedingte Prognose, die zeigt, wie die Nationalbank die Entwicklung der Konsumentenpreise bei unverändertem Zinssatz sieht. Die Nationalbank ermöglicht damit der Öffentlichkeit, den künftigen geldpolitischen Handlungsbedarf abzuschätzen. Die publizierte Inflationsprognose der Nationalbank lässt sich nicht mit Prognosen von Banken oder Forschungsinstituten vergleichen, die in der Regel die von ihnen erwarteten Zinsanpassungen einbeziehen.

SNB-Leitzins

Die Nationalbank legt die Höhe des SNB-Leitzinses fest und kommuniziert dadurch ihre geldpolitischen Entscheide. Sie strebt an, die kurzfristigen besicherten Geldmarktzinssätze nahe am SNB-Leitzins zu halten. Der aussagekräftigste kurzfristige besicherte Frankenzinssatz ist der Tagesgeldsatz SARON (Swiss Average Rate Overnight, siehe auch Kapitel 2.2, Textkasten «Übergang vom Libor zum SARON»).

Beeinflussung des Zinsumfelds

Die Nationalbank gewährleistet Preisstabilität, indem sie mit ihren geldpolitischen Operationen auf das Zinsumfeld einwirkt und es der jeweiligen Wirtschaftslage anpasst. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Realzinsen, d. h. die Nominalzinsen abzüglich der Teuerung. Im Allgemeinen hat eine Senkung der Realzinsen eine stimulierende und eine Erhöhung der Realzinsen eine dämpfende Wirkung auf die Nachfrage und die Preise von Waren und Dienstleistungen. Zentralbanken steuern zwar kurzfristige Nominalzinssätze. Da sich die Teuerung aber nur langsam verändert, beeinflussen sie damit in der kurzen Frist auch die Realzinsen.

Rolle des Wechselkurses

Eine eigenständige, am Ziel der Preisstabilität orientierte Geldpolitik setzt grundsätzlich flexible Wechselkurse voraus. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Wechselkursentwicklung von der Nationalbank nicht beachtet wird. In einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie der Schweiz beeinflussen Veränderungen des Wechselkurses die Inflation und die Konjunktur massgeblich. Da der Franken in Zeiten hoher Unsicherheit von in- und ausländischen Investoren als sicherer Hafen genutzt wird, wertet er sich in solchen Phasen tendenziell auf, was Inflation und Konjunktur beeinträchtigt. Wechselkursbewegungen wirken sich damit auf die geldpolitischen Entscheide aus. Verändert die Nationalbank die Zinssätze oder interveniert sie am Devisenmarkt, hat dies wiederum einen Einfluss auf den Wechselkurs.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sanken die Nominalzinssätze ab 2008 in vielen Ländern auf sehr tiefe Niveaus, was den Spielraum für weitere Zinssenkungen zunehmend einschränkte. Viele Zentralbanken griffen daher zu sogenannten unkonventionellen Massnahmen, um weiterhin eine angemessene Geldpolitik führen zu können. Die wichtigsten in den letzten Jahren von der Nationalbank beschlossenen unkonventionellen Massnahmen waren Devisenmarktinterventionen, die Durchsetzung eines Mindestkurses gegenüber dem Euro von September 2011 bis Januar 2015 und die Einführung eines Negativzinses auf den Sichtguthaben, die Banken und andere Finanzmarktteilnehmer bei der Nationalbank halten. Zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie schuf die Nationalbank im März 2020 im Rahmen eines gemeinsamen Massnahmenpakets mit dem Bund, der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) und den Banken die SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität (CRF, siehe Kapitel 1.4 und 2.3).

**Unkonventionelle
geldpolitische Massnahmen**

Mit der Einführung des Negativzinses auf Sichtguthaben bewirkte die Nationalbank eine Senkung des allgemeinen Zinsniveaus. Ein im internationalen Vergleich tiefes Zinsniveau verringert die Attraktivität von Frankenanlagen, was wiederum den Aufwertungsdruck auf den Franken reduziert. Ausserdem schaffen Negativzinsen einen Anreiz, mehr zu konsumieren und zu investieren. Um die Belastung der Banken auf das Nötige zu beschränken, gewährt ihnen die Nationalbank Freibeträge (siehe Kapitel 2.3, Textkasten «Ausgestaltung des Negativzinses»).

**Negativzins auf
Sichtguthaben bei
der Nationalbank**

Wie der Negativzins reduziert auch die Bereitschaft der Nationalbank, bei Bedarf am Devisenmarkt zu intervenieren, den Aufwertungsdruck auf den Franken. Die Nationalbank entscheidet unter Berücksichtigung der gesamten Währungssituation und der Marktverhältnisse, ob und wie stark interveniert werden soll. Bedarf für Devisenmarktinterventionen ergibt sich vor allem in Phasen hoher Unsicherheit, in denen der Franken jeweils besonders stark nachgefragt wird.

**Bereitschaft zu
Devisenmarktinterventionen**

Finanzstabilität ist wie Preisstabilität eine Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die Erfahrungen aus der Finanzkrise haben gezeigt, dass mit dem Erreichen von Preisstabilität nicht zwangsläufig auch die Stabilität des Finanzsystems gewährleistet ist. Den Behörden stehen makroprudenzielle Instrumente zur Verfügung, die gezielt eingesetzt werden können, wenn Fehlentwicklungen an den Kreditmärkten die Finanzstabilität gefährden (siehe Kapitel 6).

**Makroprudenzielle
Instrumente**

Forschung

Forschung dient der Nationalbank zur Erfüllung ihres verfassungsmässigen und gesetzlichen Auftrags. Sie verbessert das Verständnis komplexer volkswirtschaftlicher Zusammenhänge, fördert die Weiterentwicklung von Analysemethoden und liefert wichtige Grundlagen für geldpolitische Entschiede. Die Nationalbank betreibt Forschung in den Themengebieten, die in Zusammenhang mit ihren Kernaufträgen stehen, wobei der Schwerpunkt auf der Geldpolitik und der Finanzstabilität liegt.

Forschungsarbeiten und Studien von Mitarbeitenden werden in der Reihe «SNB Working Papers» und der Publikation «SNB Economic Studies» sowie in Fachzeitschriften veröffentlicht. Einen Überblick über die aktuellen Forschungsaktivitäten verschafft der jährlich erscheinende «SNB Research Report».

Die Nationalbank pflegt den Kontakt mit anderen Zentralbanken, Universitäten und Forschungsinstituten, um den Wissensaustausch zu fördern. Zu diesem Zweck führt sie regelmässig Konferenzen und Seminare durch. Im Berichtsjahr mussten aufgrund der Pandemie viele Konferenzen verschoben oder abgesagt werden. Stattdessen wurden vermehrt virtuelle Anlässe durchgeführt.

Bedeutung der Kommunikation – Anpassungen im Pandemiejahr

Das Nationalbankgesetz (Art. 7) legt fest, dass die Nationalbank gegenüber dem Bundesrat, der Bundesversammlung und der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen und Informationspflichten wahrnehmen muss. Insbesondere muss die SNB die Öffentlichkeit regelmässig über die Geld- und Währungspolitik orientieren und ihre geldpolitischen Absichten bekanntgeben. Die Kommunikation ist auch ein wichtiges Instrument der Geldpolitik, mit dem Zentralbanken die Erwartungen an den Finanzmärkten steuern und verankern. Zudem ist die Information der breiten Öffentlichkeit zentral, um das Verständnis für die Rolle der Nationalbank und die Bedeutung der Unabhängigkeit zu fördern (siehe Geschäftsbericht 2015 und 2019, Kapitel 1.1, Textkasten «Rechenschaftsablage, Kommunikation und Informationspflicht» bzw. Textkasten «Kommunikation und Information im Wandel der Zeit»).

Aufgrund der Corona-Pandemie konnten diverse Anlässe zum Austausch mit dem Publikum, den Medien oder mit anderen spezifischen Zielgruppen nicht oder zumindest nicht im gewohnten Format durchgeführt werden. Beispielsweise musste die Generalversammlung im April ohne Präsenz der Aktionäre und damit ohne Referate der Bankleitung stattfinden. Teilweise gelangten dafür neue virtuelle Formate zum Einsatz. Um dem erhöhten Informationsbedarf der Medien aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gerecht zu werden, richtete die SNB nach den geldpolitischen Lagebeurteilungen im März und im September Telefonkonferenzen ein, an denen die Medienschaffenden die Möglichkeit hatten, dem Präsidenten des Direktoriums Fragen zu stellen. Im Dezember fand die Medienkonferenz im Anschluss an die Lagebeurteilung via Telefonkonferenz und Webcast statt. Dank der Video-Infrastruktur im Forum SNB in Zürich konnten verschiedene Forschungsseminare und andere Anlässe mit internationalem Teilnehmerkreis problemlos durchgeführt werden. Zudem nahmen die Mitglieder des Direktoriums wie auch andere Exponenten der Bank die Möglichkeit wahr, an virtuellen Panel-Diskussionen oder Gesprächsrunden mit dem Publikum teilzunehmen.

Im Bereich der digitalen Kommunikation wurden 2020 verschiedene Projekte zur Weiterentwicklung der SNB-Website, zur Modernisierung des Intranets sowie zur intensiveren Nutzung der bestehenden Social-Media-Kanäle der SNB lanciert.

Auch der Betrieb des Forums SNB am Sitz Zürich litt im Jahr 2020 unter den Restriktionen im Zusammenhang mit der Pandemie. Das öffentlich zugängliche Informations- und Veranstaltungszentrum musste zeitweise geschlossen werden bzw. sein Dienstleistungsangebot reduzieren. Im von der Nationalbank seit Oktober 2019 betriebenen Forum können sich Besucherinnen und Besucher anhand einer interaktiven digitalen Medienwand und eines Wandbuchs über die Nationalbank informieren. Ausserdem können sie dort Auskünfte einholen oder sich Literatur aus der Bibliothek, Materialien aus dem Archiv sowie Statistiken und Publikationen beschaffen. Auch das geplante Besuchszentrum am Sitz Bern dient dazu, die Nationalbank als Institution für das breite Publikum besser fassbar zu machen. Das Besuchszentrum, das die Nationalbank zusammen mit dem Bernischen Historischen Museum realisieren und führen wird, soll sich mit Fragen rund um Geld, Geldpolitik und Zentralbanken befassen. Es wird seinen Betrieb voraussichtlich im Jahr 2024 aufnehmen.

1.2 INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Einbruch der Weltkonjunktur wegen der Pandemie

Die globale Ausbreitung des Coronavirus und die zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Massnahmen führten die Weltwirtschaft im Jahr 2020 in eine scharfe Rezession. In China, wo die Pandemie ausbrach, reagierte die Regierung schon im Januar mit umfassenden Quarantänemassnahmen. Ab Mitte Februar breitete sich das Coronavirus weltweit rasant aus. Daher beschlossen die meisten Länder gesundheitspolitische Massnahmen, die für die Wirtschaft einschneidend waren. Dazu zählten die Schliessung von Restaurants, Geschäften und Schulen sowie partielle Ausgangssperren. Ausserdem wurde der Personenverkehr zwischen vielen Ländern eingeschränkt. Diese Massnahmen wurden in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgestaltet und begrenzten insgesamt die Produktions- und Konsummöglichkeiten. Zusätzlich mied die Bevölkerung teilweise Aktivitäten, die mit einem erhöhten Infektionsrisiko in Verbindung gebracht wurden. Die Eindämmungsmassnahmen und die Verhaltensänderungen hatten einen historischen Einbruch der Wirtschaftsaktivität zur Folge. Im zweiten Quartal lag das Bruttoinlandprodukt (BIP) in den meisten Ländern 10% bis 20% unter dem Niveau von Ende 2019.

Turbulenzen an den Finanzmärkten

Mit der weltweiten Ausbreitung des Virus brach die Stimmung an den Finanzmärkten ein. Die aus Optionspreisen abgeleitete erwartete Volatilität von Aktien stieg sprunghaft an und erreichte Mitte März Werte, die letztmals während der Finanzkrise 2008 beobachtet worden waren. Die Aktienpreise fielen weltweit abrupt, und auch die Kapitalmarktzinsen und Wechselkurse reagierten deutlich. Ab Ende März verbesserte sich die Stimmung an den Finanzmärkten, gestützt durch das Eingreifen der Zentralbanken und die Aussicht auf fiskalische Stützungsmaßnahmen.

Partielle Erholung im zweiten Halbjahr

Mit dem Rückgang der Neuinfektionen und der Lockerung der Eindämmungsmassnahmen in den Sommermonaten konnte das Wirtschaftsleben zunehmend wieder aufgenommen werden. Dies führte im dritten Quartal zu einer kräftigen Erholung der Weltwirtschaft.

Im Herbst stiegen die Ansteckungszahlen in Europa und den USA wieder rasch an. In der Folge wurden erneut zahlreiche einschneidende Eindämmungsmassnahmen ergriffen, und die Bevölkerung war bei Aktivitäten mit erhöhtem Infektionsrisiko wiederum zurückhaltender. In einzelnen Ländern schwächte sich deshalb das Wirtschaftsgeschehen im vierten Quartal deutlich ab.

Die als Reaktion auf den Einbruch in der ersten Jahreshälfte weltweit ergriffenen geld- und fiskalpolitischen Massnahmen waren eine wichtige Stütze für die Wirtschaft. Dennoch lag das BIP im vierten Quartal in den meisten Ländern noch merklich unter dem Vorkrisenniveau. Dementsprechend waren auch die globalen Produktionskapazitäten deutlich weniger ausgelastet als normal. Vor diesem Hintergrund schwächte sich die an den Konsumentenpreisen gemessene Teuerung in den Industrieländern ab. Zusätzlich drückte ein tieferer Ölpreis die Teuerung nach unten.

Aufgrund der eingeschränkten Produktions- und Konsummöglichkeiten sowie der damit verbundenen Beeinträchtigung internationaler Lieferketten brach der globale Warenhandel im ersten Halbjahr ein. Im Mai lag der Welthandel zwischenzeitlich fast 20% tiefer als im Vorjahr. Mit der Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit erholte sich der Welthandel rasch und übertraf Ende des Jahres sogar das Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt ging der Welthandel dennoch deutlich zurück (–5,3%).

Die Rohwarenpreise waren aufgrund des Einbruchs der globalen Produktion und Nachfrage in der ersten Jahreshälfte ebenfalls stark rückläufig. Besonders betroffen war der Ölpreis. Im April fiel der Preis für ein Fass Rohöl der Sorte Brent zwischenzeitlich auf rund 20 US-Dollar, was dem tiefsten Stand seit fast 20 Jahren entsprach. Mit der Wiederbelebung der Weltwirtschaft und gestützt durch Produktionskürzungen der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) erholte sich der Ölpreis. Ende des Jahres lag er mit 50 US-Dollar aber immer noch rund 25% tiefer als zu Jahresbeginn. Die Preise für Industriemetalle erholten sich nach dem Rückgang in der ersten Jahreshälfte ebenfalls; sie profitierten von einer höheren Nachfrage aus China und lagen Ende des Jahres sogar deutlich höher als zu Jahresbeginn.

Rückgang des Welthandels

Starke Bewegungen
bei den Rohwarenpreisen

Wirtschaftseinbruch in der Eurozone infolge der Pandemie

Die Konjunktorentwicklung in der Eurozone war im Jahr 2020 geprägt durch die Pandemie. Das Coronavirus breitete sich in Europa ab Mitte Februar aus. Italien war bereits ab der zweiten Februarhälfte stark davon betroffen und führte zunehmend restriktive gesundheitspolitische Massnahmen ein, um die Ausbreitung zu begrenzen. Im Laufe des März ergriffen die meisten anderen europäischen Länder ebenfalls Massnahmen. Gleichzeitig führte die Pandemie dazu, dass die Bevölkerung ihr Verhalten anpasste und Aktivitäten mied, die mit einem erhöhten Infektionsrisiko behaftet erschienen. Ab Mai begannen die Mitgliedländer, ihre Eindämmungsmassnahmen zu lockern. In der Folge nahm das BIP im dritten Quartal wieder kräftig zu. Im Herbst breitete sich das Coronavirus in der Eurozone wieder verstärkt aus, woraufhin die Mitgliedländer neue gesundheitspolitische Massnahmen beschlossen. Deswegen ging die Wirtschaftsleistung in der Eurozone im vierten Quartal erneut zurück. Im Jahresdurchschnitt verzeichnete das BIP einen historischen Rückgang (−6,8%). Die Arbeitslosenquote in der Eurozone stieg bis Juli an, wobei die seit Beginn der Pandemie rasch ausgebauten Programme für Kurzarbeit den Anstieg dämpften. Sie sank bis zum Jahresende wieder leicht und betrug im Dezember noch 8,3%, verglichen mit 7,3% zu Jahresbeginn.

Stützungsmaßnahmen in der Eurozone

Um die Auswirkungen der Krise abzufedern, ergriffen die Länder der Eurozone ab März umfangreiche fiskalpolitische Massnahmen. Hierzu zählten neben den Programmen für Kurzarbeit auch Liquiditätshilfen und Kreditbürgschaften für Unternehmen, Abgabenerleichterungen sowie Infrastrukturinvestitionen. Darüber hinaus einigte sich die Europäische Union (EU) auf einen Wiederaufbaufonds, der den Mitgliedländern Zuschüsse und Darlehen gewähren wird. Diese sollen besonders denjenigen Ländern zugutekommen, deren fiskalischer Handlungsspielraum eingeschränkt ist.

Brexit

Ende Januar 2020 trat das Vereinigte Königreich aus der EU aus und vollzog damit den Brexit. Es blieb jedoch bis zum Jahresende Teil des europäischen Binnenmarktes und der europäischen Zollunion. Im Dezember einigten sich das Vereinigte Königreich und die EU auf ein Freihandelsabkommen, das den zoll- und kontingentsfreien Warenverkehr zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU vorsieht. Ausserdem wurde eine Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr und Energie sowie in Fragen der sozialen Sicherheit vereinbart.

Die Pandemie führte auch in den USA zu einer schweren Rezession. Das BIP schrumpfte um 3,5% und damit mehr als während des Tiefpunkts der Finanzkrise im Jahr 2009 (–2,5%). Der seit 2017 andauernde Handelskonflikt mit China, der in den Vorjahren zu Unsicherheit geführt und die Konjunktur belastet hatte, entschärfte sich hingegen, nachdem die beiden Länder im Januar 2020 eine Handelsvereinbarung unterzeichnet hatten.

Rezession infolge der
Pandemie in den USA

Als Folge der gesundheitspolitischen Massnahmen gegen das Coronavirus kam es in der ersten Jahreshälfte zu einem historischen Rückgang der Wirtschaftsaktivität. Auch die Lage am Arbeitsmarkt verschlechterte sich dramatisch. Die Arbeitslosenquote stieg von 3,6% zu Jahresbeginn vorübergehend auf fast 15%. Im Unterschied zur Eurozone wurde die Beschäftigung nicht durch ein umfassendes Programm für Kurzarbeit gestützt. Die US-Regierung verabschiedete mehrere Fiskalpakete, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu begrenzen. Mit der schrittweisen Lockerung der Massnahmen ab Mai erholte sich die Wirtschaftsaktivität zunächst rasch. Die Erholung verlor gegen Jahresende aber an Schwung, auch weil einige Bundesstaaten ihre Massnahmen wieder verschärften, nachdem die Zahl der Neuansteckungen stark gestiegen war. Im vierten Quartal lag das BIP rund 2,5% unter dem Vorkrisenniveau. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten waren bis zum Jahresende deutlich unterausgelastet, und die Arbeitslosenquote betrug im Dezember noch 6,7%.

In Japan ging das BIP infolge der Pandemie um 4,9% zurück. Einen vergleichbaren Rückgang hatte Japan letztmals während der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 (–5,7%) verzeichnet. Die gesundheitspolitischen Massnahmen gegen das Coronavirus waren im ersten Quartal noch moderat. Mitte April wurde allerdings ein sechswöchiger Notstand verhängt, der die Wirtschaftsaktivität stark beeinträchtigte. Nachdem die landesweiten Massnahmen gegen das Coronavirus gegen Ende Mai aufgehoben worden waren, erholte sich die Wirtschaftstätigkeit rasch, gestützt auch durch die Fiskalpolitik und die globale Nachfrage. Das BIP erreichte bis zum Jahresende aber nicht das Vorkrisenniveau. Die Lage am Arbeitsmarkt blieb angespannt. Die Regierung gewährte zwar den Unternehmen Subventionen, damit keine Beschäftigten entlassen wurden. Dennoch stieg die Arbeitslosigkeit innert Jahresfrist um fast einen Prozentpunkt auf 2,9% im Dezember.

... und in Japan

Historisch tiefes Wachstum
in China

China verzeichnete trotz der Pandemie ein positives BIP-Wachstum von 2,3%. Dies war allerdings das tiefste Wachstum seit Mitte der 1970er-Jahre. Wegen der Ausbreitung des Coronavirus ergriff die Regierung schon im Januar rigorose Eindämmungsmassnahmen. Da dadurch die Zahl der Neuerkrankungen rasch zurückging, wurden die Massnahmen bereits ab März wieder gelockert. Nachdem die Wirtschaftsaktivität im ersten Quartal einen historischen Rückgang verzeichnet hatte, erholte sie sich zügig; das BIP übertraf bereits im dritten Quartal sein Vorkrisenniveau und lag im vierten Quartal wieder etwa auf dem längerfristigen Trend. Gestützt wurde die Erholung durch öffentliche Investitionen, Finanzierungshilfen sowie vorübergehende Abgabenerleichterungen für die Unternehmen. Zudem profitierten die Exporte von der erhöhten globalen Nachfrage nach medizinischer Schutzausrüstung und technischer Ausrüstung für Home-Office. Der Arbeitsmarkt erholte sich bis zum Jahresende deutlich; in den städtischen Gebieten lag die Arbeitslosigkeit im Dezember wieder auf dem Vorjahresniveau (5,2%).

Auch Brasilien, Indien
und Russland von
der Pandemie erfasst

Brasilien, Indien und Russland waren von der Coronakrise ebenfalls sehr betroffen. In Indien beeinträchtigten strikte Eindämmungsmassnahmen die Wirtschaftsaktivität besonders stark. Russlands Industrie litt zusätzlich unter der schwachen globalen Ölnachfrage. Die Wirtschaftsaktivität erholte sich in allen drei Ländern allmählich, nachdem die Eindämmungsmassnahmen ab Juni gelockert worden waren.

Inflationsrückgang
in den Industrieländern

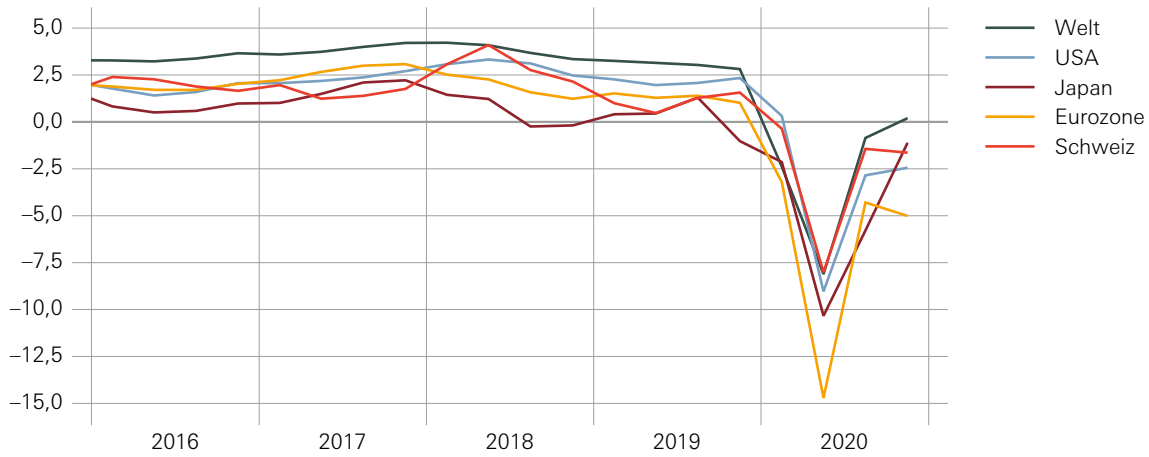
Die am Konsumentenpreisindex gemessene Inflationsrate ging in den Industrieländern gegenüber 2019 zurück und unterschritt die Zielwerte der Zentralbanken teilweise deutlich. Die Kernteuerung, die volatile Gütergruppen wie Erdölprodukte und Nahrungsmittel ausschliesst, und die Energieteuerung schwächten sich in den meisten Ländern ab.

Kernteuerung in der Eurozone
Ende Jahr nahe null

In der Eurozone sank die Jahresteuering im Jahr 2020 auf 0,3%, nachdem sie im Vorjahr noch bei 1,2% gelegen hatte. Der Rückgang war zu einem grossen Teil auf die tieferen Energiepreise zurückzuführen. Aber auch die Kernteuerung war mit 0,7% niedriger als in den Vorjahren; im Jahresverlauf ging sie deutlich zurück, von 1,1% im Januar auf 0,2% im Dezember. Dämpfend auf die Kerninflation wirkten insbesondere die infolge der Pandemie rückläufigen Preise für Tourismusdienstleistungen und eine vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer in Deutschland.

WACHSTUM DES BRUTTOINLANDPRODUKTS

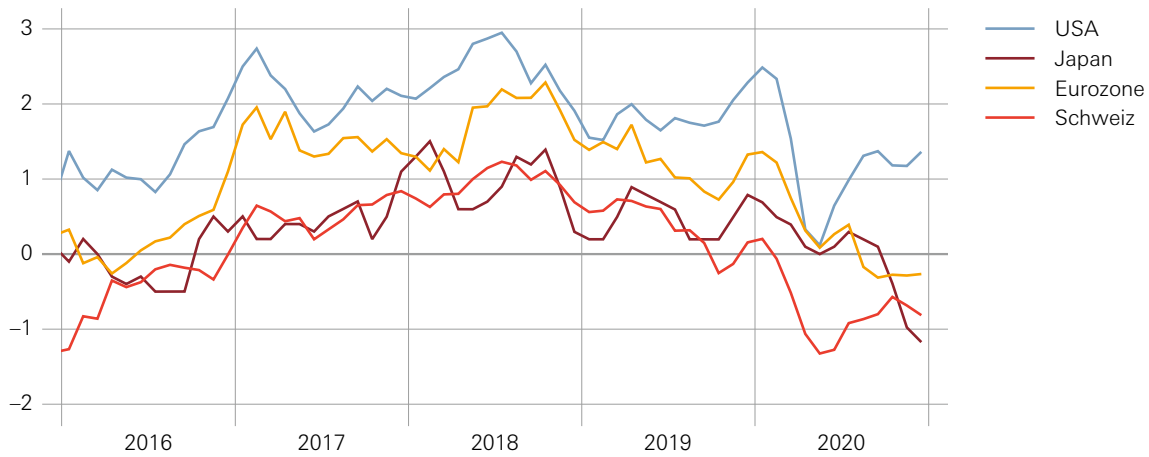
Real, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: SECO, SNB, Thomson Reuters Datastream

TEUERUNG

Konsumentenpreise, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: BFS, IWF, Thomson Reuters Datastream

US-Teuerung deutlich unter Zielwert

In den USA sank die Jahresteuerung auf 1,2%, von 1,8% im Vorjahr. Auch die Kernteuerung schwächte sich spürbar ab. Der Konsumdeflator – der Preisindex, an dem die US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) ihr Teuerungsziel von 2% ausrichtet – schwankte aufgrund der Pandemie im Jahresverlauf, lag aber stets unter dem Zielwert. Im Dezember unterschritt der Konsumdeflator mit 1,1% den Zielwert der Fed deutlich. Auch unter Ausschluss der volatilen Preise für Energie und Nahrungsmittel erreichte er im Dezember nur 1,5%.

Leichte Deflation in Japan

In Japan stagnierten die Konsumentenpreise im Jahresdurchschnitt, wobei die Kernteuerung leicht negativ ausfiel (–0,1%). Besonders die Preise für Tourismusdienstleistungen gingen infolge der Pandemie und einer Kampagne zur Förderung des Inlandtourismus, bei welcher der Staat bis zur Hälfte der Reisekosten übernahm, in der zweiten Jahreshälfte stark zurück. Im Dezember betrug die Kernteuerung –0,5%.

Uneinheitliche Teuerungsentwicklung in den aufstrebenden Volkswirtschaften

In China gab die Teuerung gegenüber dem Vorjahr leicht auf 2,5% nach, wobei die Kernteuerung mit 0,8% den tiefsten Wert seit mehr als zehn Jahren erreichte. In Brasilien und Russland ging die Teuerung ebenfalls zurück, in Brasilien auf 3,2% und in Russland auf 3,4%. In beiden Ländern nahm aber die Teuerung gegen Jahresende hin zu. In Indien hingegen erhöhte sich die Teuerung, teilweise wegen gestörter Lieferketten, auf 6,6% und überschritt damit das von der Notenbank anvisierte Zielband.

Umfangreiche geldpolitische Massnahmen wegen der Pandemie in der Eurozone

Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abzufedern, beschloss die Europäische Zentralbank (EZB) eine Reihe von Massnahmen. Sie lockerte die Bedingungen für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations, TLTRO) und förderte damit die Kreditvergabe an die Realwirtschaft. Weiter stockte sie ihr schon länger existierendes Wertschriftenkaufprogramm (Asset Purchase Programme, APP) auf. Zudem schuf sie neu das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) für Vermögenswerte des privaten und öffentlichen Sektors. Das Notfallprogramm zielte darauf ab, die Finanzmärkte zu stabilisieren und zu verhindern, dass aufgrund der Pandemie die Finanzierungsbedingungen in den Mitgliedländern zu stark auseinandergehen. Die EZB erhöhte das Programm bis Ende des Jahres auf insgesamt 1850 Mrd. Euro (15% des BIP) und plante, es bis März 2022 weiterzuführen. Die Leitzinsen belies sie 2020 unverändert, so dass der Einlagesatz im negativen Bereich (–0,5%) verharrte. Die EZB signalisierte, dass sie die Leitzinsen nicht anheben wird, bevor sich die Teuerung genügend gefestigt hat.

Darüber hinaus begann die EZB im Jahr 2020 mit einer grundlegenden Überprüfung ihrer geldpolitischen Strategie, die bis Mitte 2021 abgeschlossen sein soll. Dabei will die EZB ihre Definition von Preisstabilität wie auch das geldpolitische Instrumentarium und ihre Kommunikation bei Bedarf anpassen. Die letzte Überprüfung erfolgte im Jahr 2003.

... und Überprüfung der geldpolitischen Strategie

Der Einbruch der Konjunktur veranlasste die Fed im Frühling zu einer umfassenden Lockerung der Geldpolitik. Sie senkte rasch das Zielband für den Leitzins um insgesamt 1,5 Prozentpunkte auf 0,0%–0,25%. Zudem begann sie, vermehrt Staatsanleihen und Hypothekendarlehen zu erwerben und führte diverse Kreditfazilitäten ein. Mit diesen Massnahmen versuchte sie, einer Straffung der Finanzierungsbedingungen entgegenzuwirken, den Kreditfluss an Haushalte und Unternehmen aufrechtzuerhalten sowie sicherzustellen, dass die Finanzmärkte reibungslos funktionieren. Zudem stärkte die Fed das Funktionieren der US-Dollar-Finanzierungsmärkte, indem sie über die bestehenden Swapabkommen mit anderen Zentralbanken günstige US-Dollar-Liquidität zuführte (siehe Kapitel 2.5).

Lockerung der Geldpolitik in den USA

Im August präsentierte die Fed wichtige Anpassungen ihres geldpolitischen Konzepts. So wird sie künftig eine durchschnittliche Inflation von 2% anvisieren: Liegt die Inflation längere Zeit unterhalb von 2%, soll danach zum Ausgleich eine höhere Inflation zugelassen werden. Zudem will die Fed im Rahmen ihres Beschäftigungsmandats in Zukunft eine Überauslastung am Arbeitsmarkt zulassen, sofern dies nicht mit einem unerwünschten Anstieg der Inflation einhergeht. Vor diesem Hintergrund plant die Fed, das Zielband für den Leitzins nicht anzuheben, bevor sich der Arbeitsmarkt erholt hat und die Inflation bei 2% liegt und höher tendiert.

... und Anpassung des geldpolitischen Konzepts

Die japanische Zentralbank stellt seit 2016 die Steuerung der Zinskurve in den Mittelpunkt ihrer Geldpolitik. Sie belies im Jahr 2020 den Zielwert für die Rendite zehnjähriger Staatspapiere bei rund 0% und den kurzfristigen Einlagezins bei –0,1%. Im Zusammenhang mit der Pandemie erklärte sie, dass sie die notwendigen Mengen an Staatsanleihen ohne Obergrenze kaufen werde, um die Zinskurve über alle Laufzeiten zu stabilisieren. Zudem beschloss sie Massnahmen, um die Kreditvergabe der Banken insbesondere an kleinere und mittlere Unternehmen zu erleichtern, und kaufte vermehrt Unternehmensanleihen und handelbare Aktienfondsanteile (Exchange Traded Funds, ETF). Die japanische Zentralbank bekräftigte ihre Bereitschaft, bei Bedarf weitere Lockerungsmassnahmen zu ergreifen.

Geldpolitische Sondermassnahmen auch in Japan

Leitzinssenkung in China

Die chinesische Zentralbank senkte wegen der Pandemie die Leitzinsen, darunter den kurzfristigen Reposatz um 0,3 Prozentpunkte auf 2,2%, und reduzierte in mehreren Schritten den Mindestreservesatz für kleinere Banken. Ziel war es, die Finanzierungskosten für Unternehmen zu verringern und die Kreditvergabe zu fördern.

... wie auch in Brasilien, Indien und Russland

Auch die Zentralbanken Brasiliens, Indiens und Russlands lockerten ihre Geldpolitik angesichts der Pandemie weiter, nachdem sie bereits im Vorjahr die Leitzinsen deutlich gesenkt hatten. In Brasilien wurde der Leitzins um 2,5 Prozentpunkte auf 2%, in Indien um 1,15 Prozentpunkte auf 4% und in Russland um 2 Prozentpunkte auf 4,25% reduziert.

Revision des internationalen Basisszenarios aufgrund der Corona-Pandemie

Die Nationalbank erstellt im Rahmen der vierteljährlichen Lagebeurteilungen vom März, Juni, September und Dezember jeweils ein Basisszenario für die Weltwirtschaft über die nächsten drei Jahre. Dieses Basisszenario fliesst in die Prognosemodelle zur Entwicklung der Konjunktur und Preise in der Schweiz ein und dient damit auch als Grundlage für die geldpolitischen Entscheide des Direktoriums und für die Analysen zur Finanzstabilität.

Im Dezember 2019 ging die Nationalbank für das Jahr 2020 von einem moderaten Wachstum der Weltwirtschaft von 3,4% aus. Verschiedene Zentralbanken hatten ihre Geldpolitik angesichts einer verhaltenen Konjunktur gelockert und signalisiert, dass sie die Leitzinsen wahrscheinlich noch für längere Zeit auf tiefem Niveau belassen würden. Die Nationalbank nahm an, dass die globale Konjunktur und in der Folge auch die Inflation mittelfristig wieder anziehen würden. Zum Jahreswechsel 2019/2020 deuteten verschiedene Umfragen auf eine Aufhellung der globalen Konjunktur hin. Die Entschärfung der internationalen Handelsspannungen liess eine allmähliche Belebung der globalen Wirtschaftstätigkeit in den folgenden Monaten erwarten.

Mit der globalen Ausbreitung des Coronavirus änderten sich die Perspektiven für die Weltwirtschaft innert weniger Wochen schlagartig. Nach Ausbruch der Pandemie in China belasteten die rigorosen Eindämmungsmassnahmen die Wirtschaftsaktivität in den betroffenen Regionen des Landes vorübergehend erheblich. Im März wurden schliesslich weltweit entsprechende gesundheitspolitisch motivierte Massnahmen ergriffen, was die Wirtschaftstätigkeit stark bremste. Deshalb beschlossen viele Länder sodann auch wirtschaftspolitische Stützungsmaßnahmen, und die Zentralbanken ergriffen eine Reihe geldpolitischer Sondermassnahmen.

Diese Entwicklungen veranlassten die Nationalbank im März zu einer deutlichen Revision ihres Basisszenarios für die Weltwirtschaft. Die Nationalbank erwartete nun für die erste Jahreshälfte markante wirtschaftliche Einbussen und infolgedessen auch für das Gesamtjahr 2020 einen Rückgang der globalen Wirtschaftsaktivität. Angesichts der äusserst unsicheren Aussichten verzichtete sie auf die Veröffentlichung einer numerischen Prognose (siehe Quartalsheft 1/2020). Wie sich später herausstellte, kam es in vielen Ländern bereits im ersten Quartal zu einem BIP-Rückgang.

Die Wirtschaftsaktivität erreichte in den meisten Ländern ihren Tiefpunkt aber erst im April. Nachdem die Zahl der Neuinfektionen zurückgegangen war, lockerten viele Länder ab Mai zwar ihre Eindämmungsmassnahmen. Trotzdem war ein noch gravierenderer Rückgang des globalen BIP im zweiten Quartal absehbar. Gleichzeitig erwartete die Nationalbank eine deutliche Erholung im zweiten Halbjahr. In ihrem Basisszenario im Juni rechnete sie nun mit einem Rückgang des globalen BIP um 4,6% für 2020 und mit einem Wachstum von 7,8% für 2021 (siehe Quartalsheft 2/2020).

Im September passte die Nationalbank ihre Einschätzung für die Weltwirtschaft an. Für 2020 prognostizierte sie neu einen BIP-Rückgang von 3,3% und für 2021 ein Wachstum von 6,9% (siehe Quartalsheft 3/2020). Die Revision war hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der Einbruch im ersten Halbjahr etwas weniger stark ausgefallen war als befürchtet.

Die Weltwirtschaft wuchs im dritten Quartal sogar kräftiger als erwartet, erreichte aber nicht ihr Vorkrisenniveau. Im Oktober stiegen die Ansteckungszahlen in Europa und den USA jedoch wieder rasch an. Diese Entwicklungen führten zu neuen Eindämmungsmassnahmen, und die Wirtschaftsaktivität schwächte sich in einzelnen Ländern deutlich ab. Wegen der schnellen Erholung im dritten Quartal revidierte die Nationalbank ihre Prognose für das Gesamtjahr trotzdem nochmals nach oben. So ging sie im Dezember für 2020 von einer Schrumpfung um nur noch 2,6% aus. Dies entsprach aber immer noch einem historischen Rückgang. Für 2021 rechnete sie mit einem Wachstum von 6,8% (siehe Quartalsheft 4/2020). Die Prognose für 2021 basierte auf der Annahme, dass die Pandemie in absehbarer Frist wieder unter Kontrolle gebracht werden kann und dass geeignete Massnahmen weitere Ansteckungswellen verhindern würden.

1.3 WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DER SCHWEIZ

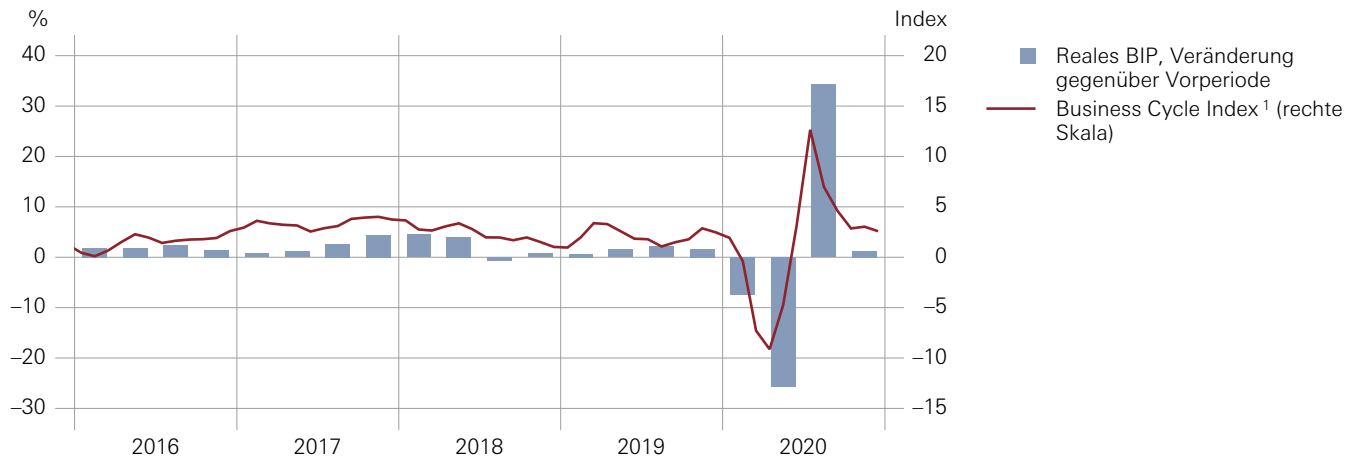
Wirtschaftseinbruch
in der ersten Jahreshälfte

Die Pandemie rief in der Schweiz eine scharfe Rezession hervor. Die Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus, die Zurückhaltung der Konsumenten, der Einbruch der Auslandnachfrage und Lieferschwierigkeiten führten in der ersten Jahreshälfte zu einem markanten Rückgang der Geschäftstätigkeit. Im Gegensatz zu früheren Rezessionen waren insbesondere die Dienstleistungen stark betroffen. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) brach in den ersten beiden Quartalen kumuliert um fast 9% ein. Auch die Lage am Arbeitsmarkt verschlechterte sich. Die Kurzarbeit nahm massiv zu, und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich rasch. Vor diesem Hintergrund fiel die Konsumentenstimmung auf ein Allzeittief.

Rasche, aber unvollständige
Erholung in der zweiten
Jahreshälfte

Mit der Lockerung der gesundheitspolitischen Massnahmen belebte sich die Wirtschaftstätigkeit ab Mai wieder. Gestützt wurde die Erholung zudem durch die Fiskal- und Geldpolitik, v. a. die umfangreichen Entschädigungen für Kurzarbeit und das COVID-19-Kreditprogramm (siehe Kapitel 1.4). So konnten die meisten Unternehmen ihre Geschäftsaktivität in den Sommermonaten rasch wieder erhöhen. Auch die Kurzarbeit ging zurück, und die Arbeitslosigkeit nahm kaum mehr zu. Die wirtschaftliche Erholung setzte sich bis September fort. Im Oktober breitete sich das Coronavirus allerdings wieder rasch aus, was die Konjunkturdynamik belastete. Folglich verlangsamte sich die Erholung im vierten Quartal.

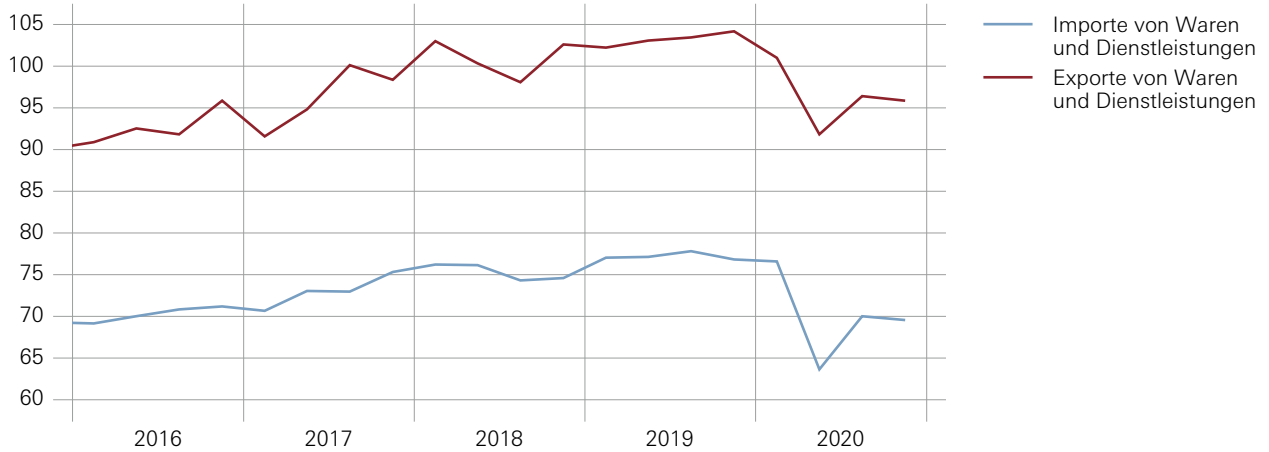
BUSINESS CYCLE INDEX UND BIP-WACHSTUM



1 Normalisiert auf das BIP-Wachstum seit 2002.
Quellen: SECO, SNB

AUSSENHANDEL

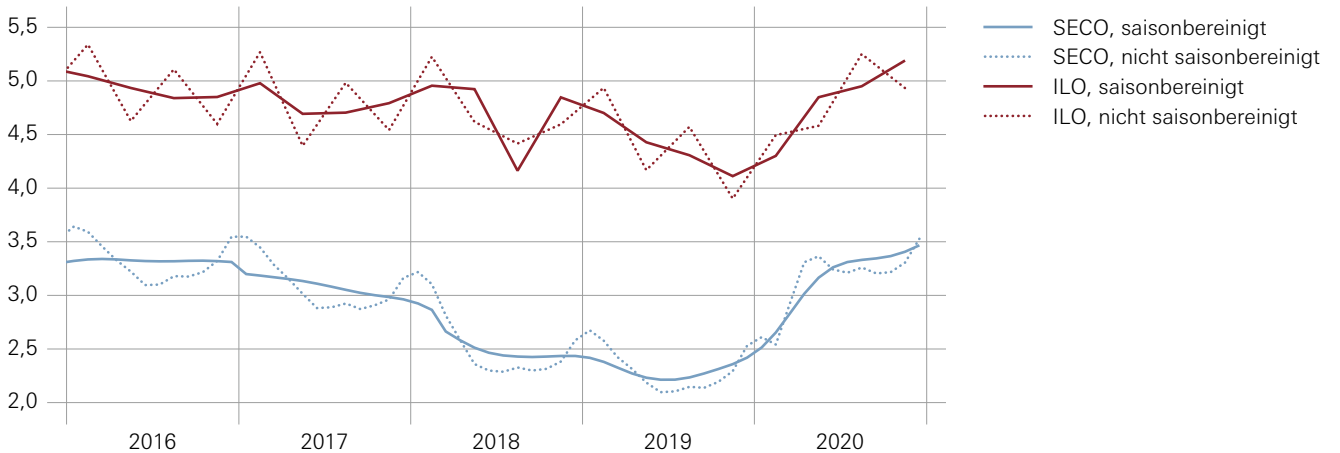
in Mrd. Franken, real, saisonbereinigt



Quelle: SECO

ARBEITSLOSENQUOTE

in Prozent



Quellen: BFS, SECO

Grösster BIP-Rückgang seit 1975	Gemäss erster Schätzung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) sank das BIP im Jahr 2020 um 2,9%. Dies war der grösste Rückgang seit 1975. Der Einbruch fiel aber weniger gross aus als in vielen anderen Ländern.
Negative Produktionslücke	Die Auslastung der Produktionskapazitäten ging infolge des Wirtschaftseinbruchs deutlich zurück. Die Produktionslücke, die als prozentuale Abweichung des BIP vom geschätzten Produktionspotenzial berechnet wird, öffnete sich bereits im ersten Quartal und blieb bis Jahresende negativ. Unternehmensumfragen bestätigten, dass die Kapazitäten in vielen Branchen deutlich schlechter ausgelastet waren als normal. Dies galt sowohl für die technischen Kapazitäten als auch für das Personal.
Branchen unterschiedlich stark betroffen	Die meisten Wirtschaftsbereiche litten unter der Krise. Besonders betroffen waren die Dienstleistungen, insbesondere das Gastgewerbe und die Unterhaltungsbranche, wo die Wertschöpfung um 35% bzw. 19% gegenüber dem Vorjahr zurückging. Auch die unternehmensnahen Dienstleistungen und die Transportbranche litten stark unter der Pandemie. Im verarbeitenden Gewerbe ohne pharmazeutische Industrie ging die Wertschöpfung ebenfalls deutlich zurück, aber weniger stark als im Tiefpunkt der Finanzkrise im Jahr 2009. In der Pharmabranche nahm die Wertschöpfung hingegen zu. Auch der Gross- und Detailhandel, der öffentliche Sektor und die Versicherungsbranche entwickelten sich günstig.
Historischer Einbruch des Konsums	Die Pandemie führte zu einem historischen Einbruch des Konsums. Zum einen waren die Konsummöglichkeiten aufgrund der Eindämmungsmassnahmen zeitweise stark eingeschränkt. Zum anderen trübte sich die Konsumlaune der privaten Haushalte wegen der grossen Unsicherheit ein. Besonders die Ausgaben für Dienstleistungen (Veranstaltungen, Restaurantbesuche, Hotelübernachtungen, Reisen, Gesundheit usw.) gingen markant zurück. Auch die Ausgaben für Fahrzeuge waren rückläufig, während Güter des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmittel, vermehrt nachgefragt wurden. Die starke Zunahme des Online-Handels während der Pandemie konnte zwar den Konsum gewisser Güterklassen stützen, vermochte jedoch die Ausfälle in anderen Konsumbereichen (v. a. Dienstleistungen) bei weitem nicht zu kompensieren.
Stärkster Exportrückgang seit der Finanzkrise	Angesichts der globalen Dimension der Krise kam es auch zu einem Einbruch der Exporte, der mit –6,3% ähnlich stark ausfiel wie in der Finanzkrise. Die Dienstleistungsexporte schrumpften um mehr als 17%. Aufgrund der Reisebeschränkungen und der Unsicherheit über den weiteren Pandemieverlauf waren v. a. der Fremdenverkehr und die Transportdienste stark betroffen. Auch die Warenexporte sanken deutlich, insbesondere die Ausfuhren von Uhren, Präzisionsinstrumenten, Maschinen und Metallen. Die Exporte von chemisch-pharmazeutischen Produkten und Nahrungsmitteln stützten hingegen den Aussenhandel.

Die Ausrüstungsinvestitionen waren ebenfalls rückläufig. Der Einbruch der internationalen Wirtschaftsaktivität, die grosse Unsicherheit und die schwache Kapazitätsauslastung dämpften die Investitionsbereitschaft der Unternehmen spürbar. Dennoch litten die Investitionen weniger stark als in der Finanzkrise.

**Rückgang der
Ausrüstungsinvestitionen**

Aufgrund der Pandemie wurden im Frühling teilweise Baustellen geschlossen. Insgesamt gingen die Bauinvestitionen aber nur leicht zurück.

... und der Bauinvestitionen

Die Pandemie hinterliess am Arbeitsmarkt deutliche Spuren. Die Zahl der bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) registrierten Arbeitslosen stieg rasch an. Die vom SECO aufgrund der Angaben der RAV berechnete Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 3,1%, gegenüber 2,3% im Jahr 2019. Auch die vom Bundesamt für Statistik (BFS) gemäss Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ermittelte Erwerbslosenquote nahm zu, auf durchschnittlich 4,8% nach 4,4% im Vorjahr. Die Erwerbslosenquote beruht auf einer vierteljährlichen Haushaltsbefragung, die auch erwerbslose Personen erfasst, die nicht oder nicht mehr bei einem RAV als arbeitslos registriert sind. Sie liegt daher in der Regel über der Arbeitslosenquote des SECO.

Höhere Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Beschäftigten nahm um 0,1% ab, was der schwächsten Entwicklung seit der Finanzkrise entsprach. Sowohl im Baugewerbe als auch in der verarbeitenden Industrie gingen Stellen verloren. Im Dienstleistungssektor stagnierte die Beschäftigung insgesamt.

Beschäftigungsabbau

Angesichts des wirtschaftlichen Einbruchs fiel der Beschäftigungsrückgang gering aus. Dies war v. a. darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen angesichts des Nachfrageeinbruchs stark auf das Instrument der Kurzarbeit zurückgreifen konnten. Das vereinfachte Antragsverfahren und die Ausweitung der Anspruchsgruppen trugen ebenfalls zum rapiden Anstieg der Kurzarbeit bei. Gemäss SECO erreichte die Kurzarbeit im April mit rund 1,3 Mio. betroffenen Arbeitnehmern (rund 28% der Erwerbspersonen) einen Höhepunkt. Das waren deutlich mehr als auf dem Höhepunkt der Finanzkrise (92 000 Personen oder rund 2% der Erwerbspersonen). Nach vorläufiger Abrechnung waren Ende Dezember fast 300 000 Personen in Kurzarbeit.

**Massiver Anstieg
der Kurzarbeit**

Anstieg der realen Lohnsumme

Die reale Lohnsumme, die sich aus den ausbezahlten Löhnen und den Entschädigungen für Kurzarbeit zusammensetzt, nahm gemäss SECO-Schätzungen um 2% zu. Ohne die Entschädigungen für Kurzarbeit in Höhe von rund 11 Mrd. Franken (vorläufige Abrechnung) wäre sie um 0,8% geschrumpft. Im Vorjahr war die reale Lohnsumme noch um 2,8% gestiegen.

REALES BRUTTOINLANDPRODUKT

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Privatkonsum	2,5	1,6	1,2	0,8	1,4	-4,4
Staatskonsum	0,6	0,4	0,6	0,9	0,9	2,9
Bruttoanlageinvestitionen	2,1	2,9	3,6	0,8	1,2	-1,7
Bau	1,6	-0,2	1,5	0,0	-0,5	-0,7
Ausrüstungen	2,4	4,9	4,9	1,2	2,2	-2,3
Inländische Endnachfrage¹	2,1	1,8	1,8	0,8	1,3	-2,7
Exporte von Waren und Dienstleistungen ¹	4,4	6,8	3,4	5,0	2,1	-6,3
Gesamtnachfrage¹	2,2	2,6	2,2	3,1	1,5	-5,0
Importe von Waren und Dienstleistungen ¹	3,4	4,0	3,8	3,3	2,5	-9,6
Bruttoinlandprodukt	1,7	2,0	1,6	3,0	1,1	-2,9

¹ Ohne Wertsachen (nicht-monetäres Gold und andere Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine sowie Kunstgegenstände und Antiquitäten).

Quellen: BFS, SECO

Konjunkturbild aus den Unternehmensgesprächen

Die Nationalbank stützt ihre Einschätzung der Wirtschaftslage auf eine breite Palette von Informationen ab. Dazu gehören die Ergebnisse der Gespräche, welche die SNB-Delegierten für regionale Wirtschaftskontakte jedes Quartal mit rund 240 Unternehmen aus verschiedenen Branchen führen. Die Auswertung dieser Gespräche wird jeweils im Quartalsheft der Nationalbank im Teil «Konjunktursignale» zusammengefasst.

Die Unternehmensgespräche im Jahr 2020 waren massgeblich von der Pandemie geprägt. Die Schweizer Wirtschaft hatte sich zu Jahresbeginn zwar noch günstig entwickelt, und gemäss den im Januar und Februar durchgeführten Gesprächen hatte die Pandemie den Geschäftsgang noch kaum tangiert. Mit der Ausbreitung des Coronavirus in Europa nahm allerdings die Unsicherheit markant zu, und die Wirtschaft wurde zunehmend beeinträchtigt. Aufgrund der veränderten Lage führten die Delegierten für regionale Wirtschaftskontakte im März zusätzliche Gespräche mit rund 100 Unternehmen und Verbänden. Diese Gespräche zeigten, dass sich die Geschäftslage für die unmittelbar betroffenen Branchen drastisch verschlechtert hatte. Insbesondere im Tourismus, im Gastgewerbe, in der Unterhaltungs- und Freizeitindustrie, in der Uhrenindustrie und im stationären Nonfood-Detailhandel zeichnete sich ein markanter Umsatzeinbruch ab.

In den Gesprächen des zweiten Quartals wurde die volle Tragweite der Krise sichtbar. Mit der weiteren Ausbreitung des Coronavirus und den Eindämmungsmassnahmen verschärfte sich das Ausmass des Einbruchs nochmals deutlich. Die Auftragslage trübte sich nicht nur im Dienstleistungssektor, sondern auch in weiten Teilen der Industrie – und je nach Region auch der Bauwirtschaft – spürbar ein. Beschaffungsengpässe machten sich bemerkbar, führten aber nur in wenigen Fällen zu Produktionsausfällen. Um Liquiditätsengpässen entgegenzuwirken, führten viele Unternehmen Kurzarbeit ein und stoppten Investitionen. Zudem bezogen etliche Unternehmen COVID-19-Kredite.

Mit der Lockerung der gesundheitspolitischen Massnahmen ab Mai belebte sich die Wirtschaftstätigkeit wieder, was in den Gesprächen des dritten Quartals zum Ausdruck kam. Bei den meisten Unternehmen verbesserte sich die Geschäftslage in den Sommermonaten deutlich. Trotzdem blieb die Geschäftslage insgesamt unbefriedigend: Insbesondere in der Industrie lagen die Umsätze noch klar unter ihrem Vorjahreswert. Zudem schätzten die Unternehmen den Personalbestand angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation weiterhin als zu hoch ein.

Die Gespräche des vierten Quartals waren von der erneuten raschen Ausbreitung des Coronavirus geprägt, die in vielen Branchen wiederum zu Umsatzeinbussen führte. Die Gewinnmargen gerieten unter Druck, und die Liquiditätssituation war angespannter als im Vorquartal. Kurzarbeit ermöglichte es vielen Unternehmen, auf Entlassungen zu verzichten. Dennoch wurden teilweise Stellen abgebaut. Die Unternehmen erwarteten zwar eine gewisse Erholung in den Folgequartalen, signalisierten aber weiterhin eine hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung.

Rückgang der Angebotspreise

Die Angebotspreise (Produzenten- und Importpreise) sanken im Verlauf der ersten Jahreshälfte 2020 und blieben in der zweiten Jahreshälfte stabil. Im Jahresdurchschnitt lagen die Angebotspreise 3,0% unter ihrem Vorjahresniveau.

LIK-Teuerung tiefer als im Vorjahr

Die am Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) gemessene Jahresteuering sank von 0,4% im Jahr 2019 auf –0,7% im Jahr 2020. Der Teuerungsrückgang war hauptsächlich auf eine starke Abnahme des Ölpreises und der Preise tourismusnaher Dienstleistungen infolge der Pandemie zurückzuführen. Die Teuerung erreichte ihren Tiefpunkt im zweiten Quartal bei –1,2%. Danach erholte sie sich leicht, lag aber im vierten Quartal mit –0,7% immer noch deutlich im negativen Bereich.

Die Teuerungsrates für ausländische Waren und Dienstleistungen fiel von –1,1% im ersten Quartal auf –4,2% im zweiten Quartal. Im weiteren Verlauf des Jahres war ebenfalls eine Gegenbewegung zu beobachten. Im vierten Quartal lag die Teuerungsrates für ausländische Waren und Dienstleistungen jedoch immer noch bei –2,8%. Der insgesamt starke Rückgang war hauptsächlich auf tiefere Preise für Erdölprodukte sowie tourismusnahe Dienstleistungen zurückzuführen.

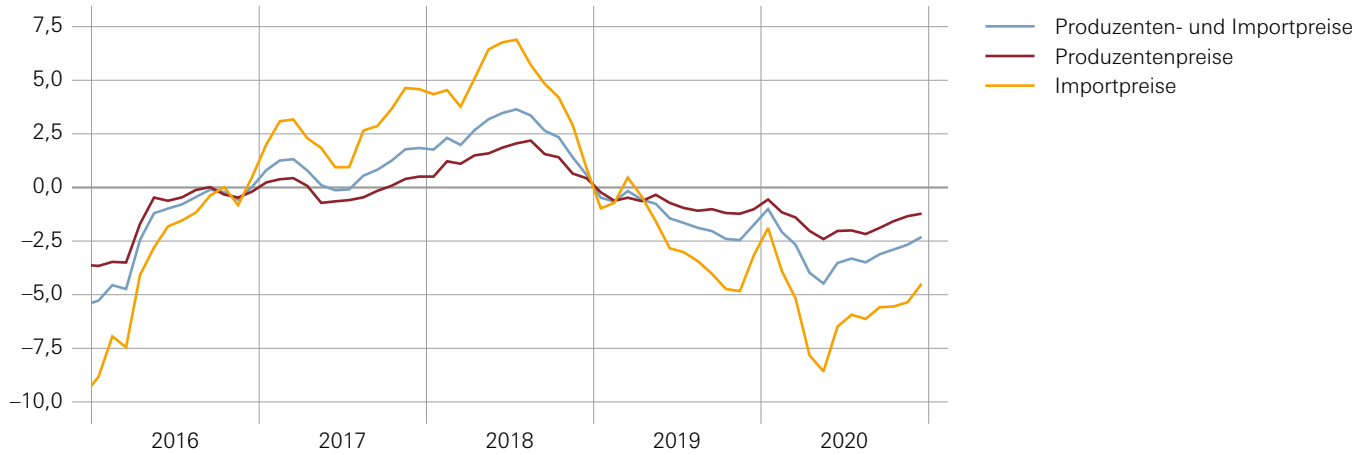
Auch die Teuerungsrates für inländische Waren und Dienstleistungen verringerte sich von 0,2% im ersten Quartal auf –0,2% im zweiten Quartal. In der zweiten Jahreshälfte stieg sie ebenfalls leicht an und lag im vierten Quartal bei 0%. Der Rückgang der Teuerungsrates für inländische Waren und Dienstleistungen war hauptsächlich auf die tiefere Teuerung bei den privaten Dienstleistungen (ohne Mieten) zurückzuführen. Aufgrund des weitergefallenen Referenzzinssatzes für Hypotheken war die Mietteuerung in der zweiten Jahreshälfte ebenfalls leicht rückläufig.

Rückläufige Kerninflation

Die am LIK gemessene Gesamtteuerung kann in der kurzen Frist von Schwankungen einzelner Preiskomponenten spürbar beeinflusst werden. Zur Analyse der grundlegenden Teuerung berechnet die Nationalbank deshalb die Kerninflation mit Hilfe eines getrimmten Mittelwerts. Für deren Berechnung werden jeden Monat die Güter mit den extremsten Preisveränderungen gegenüber dem Vorjahresmonat ausgeklammert. Dies betrifft zum einen diejenigen 15% der Güter im LIK-Warenkorb mit den höchsten Teuerungsrates. Zum anderen werden aber auch diejenigen 15% der Güter im LIK-Warenkorb mit den tiefsten Teuerungsrates ausgeschlossen. Die anhand des getrimmten Mittelwerts berechnete Kerninflationssrate sank im Jahresverlauf 2020 und lag im Jahresdurchschnitt bei 0,1%, nach 0,4% im Vorjahr.

PRODUZENTEN- UND IMPORTPREISE

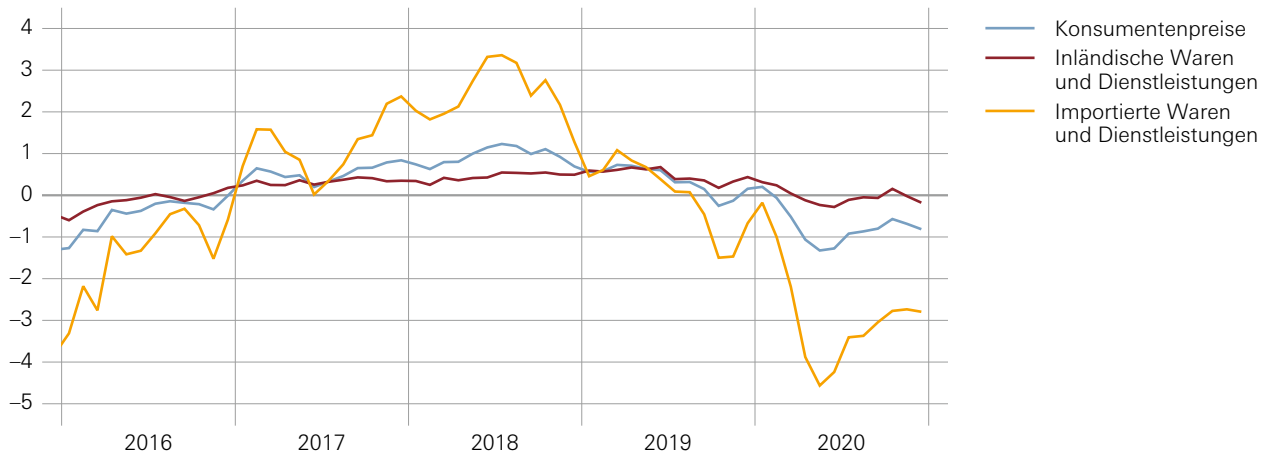
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: BFS

KONSUMENTENPREISE

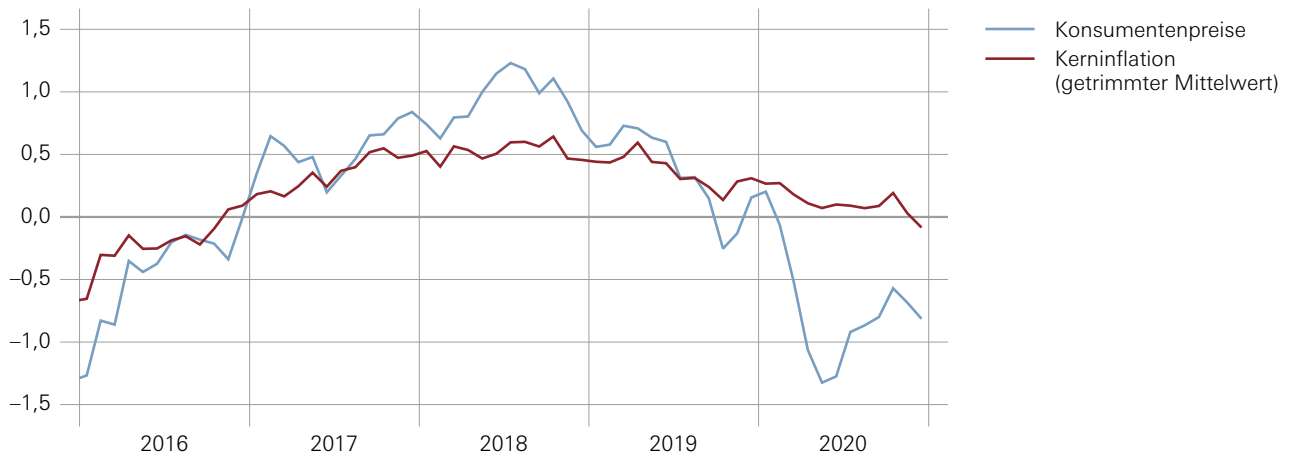
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: BFS

KERNINFLATION

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: BFS, SNB

LANDESINDEX DER KONSUMENTENPREISE UND KOMPONENTEN

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2020			
			1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
LIK total	0,4	-0,7	-0,1	-1,2	-0,9	-0,7
Inländische Waren und Dienstleistungen	0,5	0,0	0,2	-0,2	-0,1	0,0
Waren	0,6	0,0	-0,2	0,1	0,0	0,1
Dienstleistungen	0,5	0,0	0,3	-0,3	-0,1	0,0
Private Dienstleistungen ohne Mieten	0,7	-0,4	0,2	-1,0	-0,5	-0,2
Mieten	0,5	0,9	1,1	1,1	0,9	0,5
Öffentliche Dienstleistungen	-0,3	-0,8	-0,9	-0,8	-0,8	-0,6
Ausländische Waren und Dienstleistungen	0,0	-2,9	-1,1	-4,2	-3,3	-2,8
Ohne Erdölprodukte	0,4	-1,4	-0,8	-2,3	-1,4	-1,1
Erdölprodukte	-2,7	-13,7	-3,8	-18,6	-16,8	-15,3
Kerninflation						
Getrimmter Mittelwert	0,4	0,1	0,3	0,1	0,1	0,1

Quellen: BFS, SNB

1.4 DIE GELDPOLITIK IM JAHR 2020

Fortsetzung der expansiven
Geldpolitik

Die Corona-Pandemie und die Massnahmen zu ihrer Eindämmung führten in der Schweiz zu einem starken Wirtschaftseinbruch. Auch die Inflation fiel deutlich in den negativen Bereich. Gleichzeitig stand der Franken als sicherer Hafen häufig unter starkem Aufwertungsdruck. In dieser Situation war eine expansive Geldpolitik weiterhin nötig, um angemessene monetäre Bedingungen zu gewährleisten. Die Geldpolitik der Nationalbank beruhte im Jahr 2020 auf dem SNB-Leitzins und dem Zins auf den Sichtguthaben bei der SNB von unverändert $-0,75\%$ sowie der Bereitschaft zu Devisenmarktinterventionen. Angesichts der Pandemie hielt die Nationalbank an der Lagebeurteilung im März fest, dass sie verstärkt am Devisenmarkt intervenieren wird, um die Lage zu stabilisieren. Die verstärkten Devisenmarktinterventionen und der Negativzins wirkten dem Aufwertungsdruck auf den Franken im weiteren Jahresverlauf entgegen.

Aufgrund der Ungewissheit über den Verlauf und die Auswirkungen der Pandemie unterlagen die Inflations- und Wachstumsaussichten im Jahr 2020 einer erhöhten Unsicherheit. Die Inflationsprognosen, welche die Nationalbank vierteljährlich veröffentlicht, deuteten darauf hin, dass die Teuerungsrate bei unveränderten Zinsen in der mittleren Frist wieder in den positiven Bereich zurückkehren würde. Gleichzeitig ging die Nationalbank davon aus, dass sich die Wirtschaft im Jahr 2021 erholen sollte.

Die SNB traf in Anbetracht der Pandemie 2020 zusätzlich zu Negativzins und Interventionsbereitschaft Massnahmen, um die Kredit- und Liquiditätsversorgung der Wirtschaft sicherzustellen.

Massnahmen zur Kredit- und Liquiditätsversorgung

Die Nationalbank kündigte an der geldpolitischen Lagebeurteilung im März an, den Freibetragsfaktor, der die Negativzinsbelastung der Banken massgeblich mitbestimmt, per 1. April 2020 von 25 auf 30 zu erhöhen. Sie befreite so mehr Sichtguthaben der Banken vom Negativzins. Dies entlastete das Bankensystem (siehe Kapitel 2.3).

Erhöhung des Freibetragsfaktors

Am 25. März gab die Nationalbank die Schaffung der SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität (CRF) bekannt. Die CRF wurde gleichzeitig und in Ergänzung zum COVID-19-Bürgschaftsprogramm des Bundes eingeführt. Sie war ab dem 26. März verfügbar und erlaubte es den Banken, gegen Abtretung der vom Bund verbürgten bzw. garantierten COVID-19-Kredite bei der Nationalbank Liquidität zum SNB-Leitzins von $-0,75\%$ zu beziehen. Dies trug dazu bei, dass die Banken COVID-19-Kredite zu einem Zins von 0% an die Unternehmen vergeben und ihre Kreditvergabe rasch und in grossem Umfang ausdehnen konnten.

Schaffung der CRF

Im Mai erweiterte die Nationalbank die CRF. Neu akzeptierte sie auch Forderungen, die durch kantonale Bürgschaften oder Kreditausfallgarantien gesichert waren, sofern diese zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie erlassen wurden. Zudem liess die Nationalbank Forderungen, die im Rahmen der Start-up-Solidarbürgschaften des Bundes in Kooperation mit den Kantonen gesichert waren, sowie weitere vom Bund verbürgte Kredite als Sicherheiten zu. Die Banken nutzten die CRF rege. Ende 2020 bezogen sie über diese Fazilität Liquidität im Umfang von 66% der gesamten COVID-19-Kreditlimiten, was $11,2$ Mrd. Franken entsprach (siehe Kapitel 2.3).

Am 25. März beantragte die SNB nach Anhörung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) dem Bundesrat, den antizyklischen Kapitalpuffer zu deaktivieren, um den Banken die Kreditvergabe weiter zu erleichtern. Der Bundesrat folgte dieser Empfehlung am 27. März (siehe Kapitel 6.3).

Deaktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers

Stärkung der Liquiditätsversorgung mit US-Dollar

Im Zuge der Coronakrise kam es an den globalen US-Dollar-Finanzierungsmärkten zu Verwerfungen. Zusammen mit den anderen beteiligten Zentralbanken griff die Nationalbank im März auf das bestehende Swapabkommen mit der US-Zentralbank Federal Reserve zurück, um die Liquiditätsversorgung mit US-Dollar zu stärken. Gegen Jahresmitte verbesserten sich die Finanzierungsbedingungen, was zu einem Rückgang der Nachfrage nach US-Dollar-Liquidität führte. In der Folge wurde die Frequenz der Operationen schrittweise wieder reduziert (siehe Kapitel 2.5).

SNB-Leitzins und Negativzins auf SNB-Sichtguthaben unverändert

Die Nationalbank belies den SNB-Leitzins während des gesamten Jahres 2020 bei $-0,75\%$. Der Zins, den die Nationalbank auf den Sichtguthaben der Banken und anderer Finanzmarktteilnehmer abzüglich eines Freibetrags erhebt (Negativzins), blieb im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls unverändert bei $-0,75\%$. Die tiefen Zinsen trugen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie bei, indem sie günstige Finanzierungsbedingungen für die Wirtschaft und die öffentliche Hand sicherstellten. Die Erhöhung des Freibetragsfaktors per April von 25 auf 30 führte vorübergehend zu Aufwärtssdruck bei den kurzfristigen Geldmarktzinsen. Mittels Feinsteuerungsoperationen und Repo-Auktionen führte die Nationalbank dem Geldmarkt gezielt Liquidität zu, um die besicherten kurzfristigen Geldmarktzinssätze nahe am SNB-Leitzins zu halten (siehe Kapitel 2.3).

Geringere Zinsdifferenz gegenüber den USA

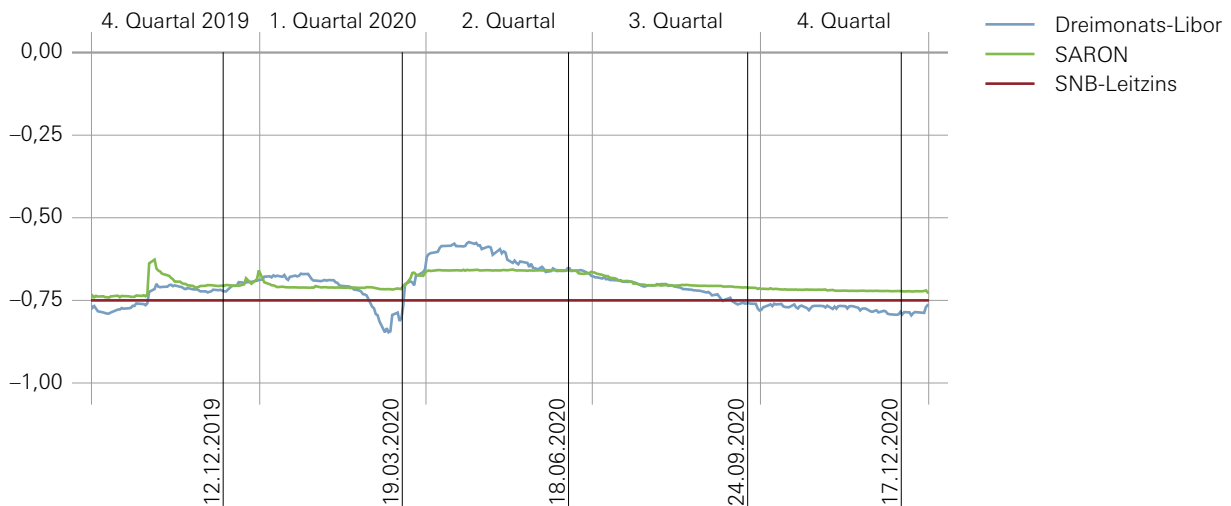
Die Europäische Zentralbank (EZB) belies den Leitzins im Jahr 2020 unverändert bei 0% und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei $-0,5\%$. Damit veränderte sich die Differenz zwischen den kurzfristigen Euro- und Frankenzinsen kaum. Die Fed senkte hingegen das Zielband für den Leitzins im März in zwei Schritten um insgesamt 1,5 Prozentpunkte, was zu einer Abnahme der Zinsdifferenz zwischen den kurzfristigen US-Dollar- und den Frankenzinsen führte.

Volatile Kapitalmarktrenditen in der ersten Jahreshälfte

Die globale Ausbreitung des Coronavirus sorgte für grosse Unsicherheit, die sich in erhöhter Volatilität der Kapitalmarktrenditen in der ersten Jahreshälfte 2020 widerspiegelte. Die Rendite zehnjähriger Bundesobligationen sank von $-0,5\%$ zu Jahresbeginn auf $-0,9\%$ im März und stieg dann innert Tagen auf $-0,3\%$. Die weltweiten fiskal- und geldpolitischen Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie trugen zu einer Beruhigung an den Finanzmärkten bei. Dies zeigte sich auch in der Entwicklung an den Anleihenmärkten. Die Rendite zehnjähriger Bundesobligationen schwankte ab Mai wieder in einem engeren Band und lag Ende Jahr bei rund $-0,5\%$ und damit wieder auf dem Stand zu Jahresbeginn. Die Zinskurve war Ende 2020 im Vergleich zum Vorjahr etwas tiefer. Die Bundesobligationenrenditen verharrten für alle Laufzeiten über das gesamte Jahr im negativen Bereich.

GELDMARKTZINSEN UND SNB-LEITZINS

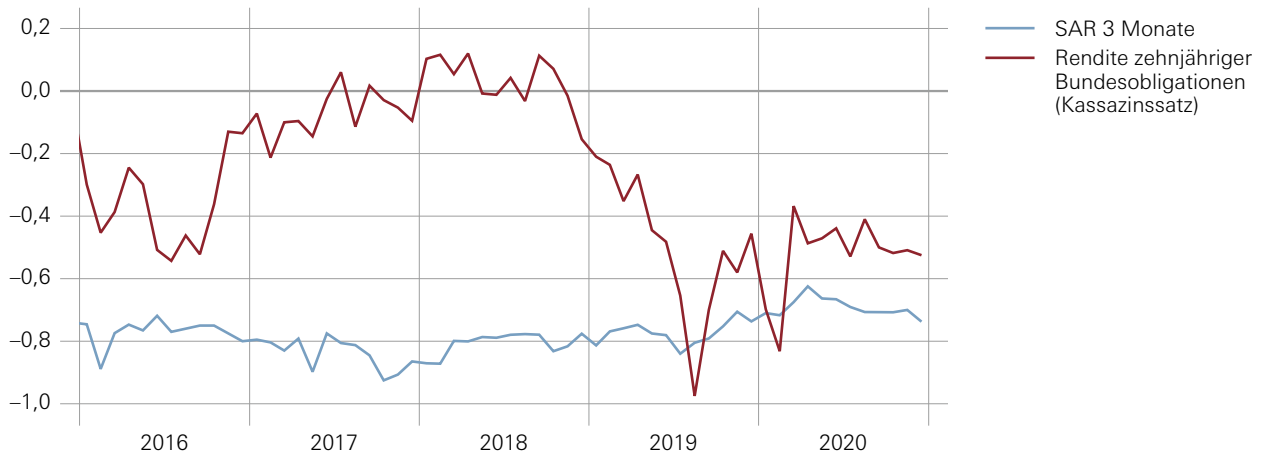
Tageswerte in Prozent, Datum der vierteljährlichen Lagebeurteilung



Quelle: SNB

GELD- UND KAPITALMARKTSÄTZE

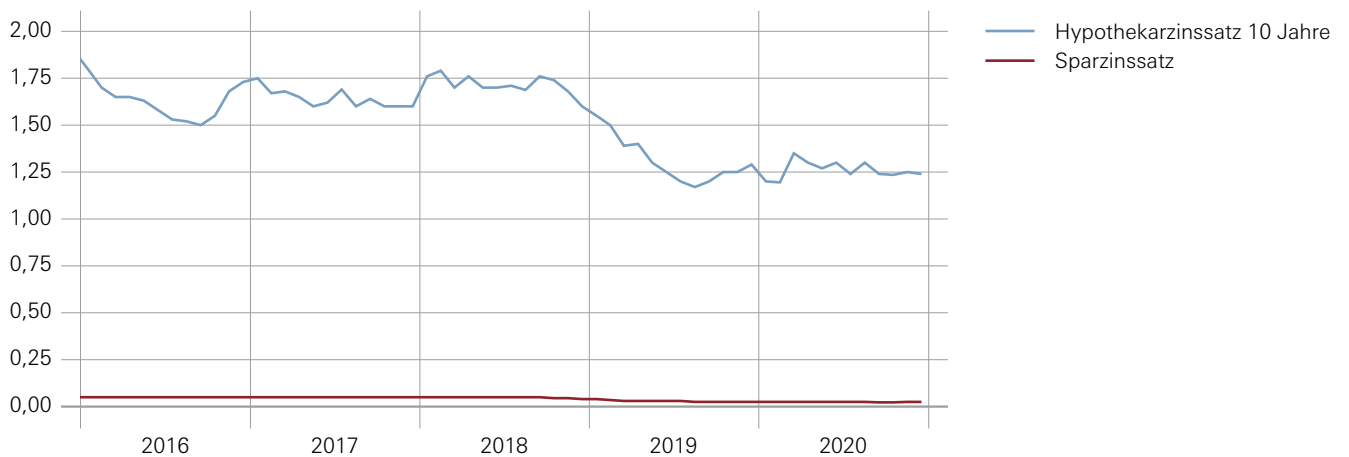
Monatsdurchschnitte in Prozent



Quelle: SNB

BANKENZINSSÄTZE

Monatsendwerte in Prozent



Quelle: SNB

Tiefe Kredit- und Einlagenzinsen

Die publizierten Zinssätze für neue Hypotheken blieben im Laufe des Jahres auf tiefem Niveau stabil. Der für die Wohnungsmieten relevante Referenzzinssatz, der dem durchschnittlichen Zins aller ausstehenden Hypotheken entspricht und jeweils auf einen Viertelprozentpunkt gerundet wird, sank hingegen im März von 1,5% auf 1,25% und erreichte damit einen neuen Tiefststand. Die durchschnittliche Verzinsung von Spareinlagen blieb weiterhin knapp über null. Die meisten Banken gaben die Negativzinsen nur an Kunden mit hoher Liquiditätshaltung weiter.

Verstärkte Interventionen am Devisenmarkt

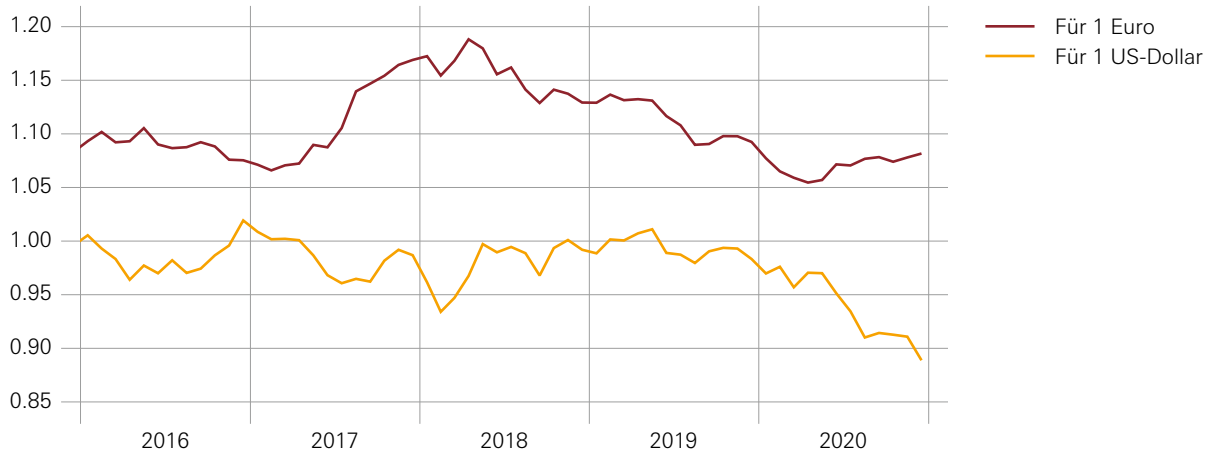
An der geldpolitischen Lagebeurteilung vom März gab die Nationalbank bekannt, verstärkt am Devisenmarkt zu intervenieren, um dem Aufwertungsdruck auf den Franken entgegenzuwirken und damit zur Stabilisierung beizutragen. An den nachfolgenden Lagebeurteilungen bekräftigte sie ihre Bereitschaft zu verstärkten Devisenmarktinterventionen. Dabei berücksichtigte sie stets die gesamte Währungssituation und unterstrich die hohe Bewertung des Frankens. Die Nationalbank erwarb im Jahresverlauf Devisen im Umfang von 110 Mrd. Franken (Vorjahr 13,2 Mrd. Franken).

Höherbewertung des Frankens

Der nominale handelsgewichtete Aussenwert des Frankens stieg im Jahr 2020 an und erreichte im August einen neuen Höchststand. Dies spiegelte vor allem die Schwäche des US-Dollars wider, der auf breiter Front an Wert verlor und sich somit auch zum Franken abschwächte. Gegenüber dem Euro stand der Franken ebenfalls unter Aufwertungsdruck. Zeitweise kostete ein Euro 1.05 Franken, so wenig wie seit 2015 nicht mehr. Am Jahresende notierte der Franken zum Euro bei 1.08 und damit praktisch auf dem gleichen Niveau wie zu Jahresbeginn, während er zum US-Dollar rund 8% an Wert gewann. Gegenüber dem Pfund wertete sich der Franken um etwa 6% auf. Auch auf realer handelsgewichteter Basis legte der Franken zu und lag 4% höher als zu Jahresbeginn. Da die Teuerung in der Schweiz tiefer war als im Ausland, fiel die reale Aufwertung des Frankens geringer aus als die nominale.

DEWESENKURSE IN FRANKEN

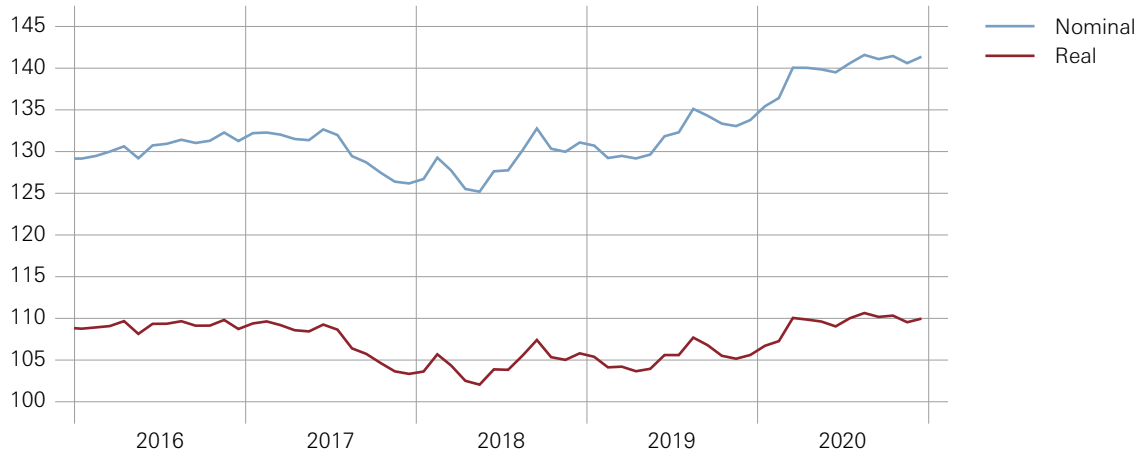
Monatsdurchschnitte



Quelle: SNB

HANDELSGEWICHTETE WECHSELKURSE DES FRANKENS

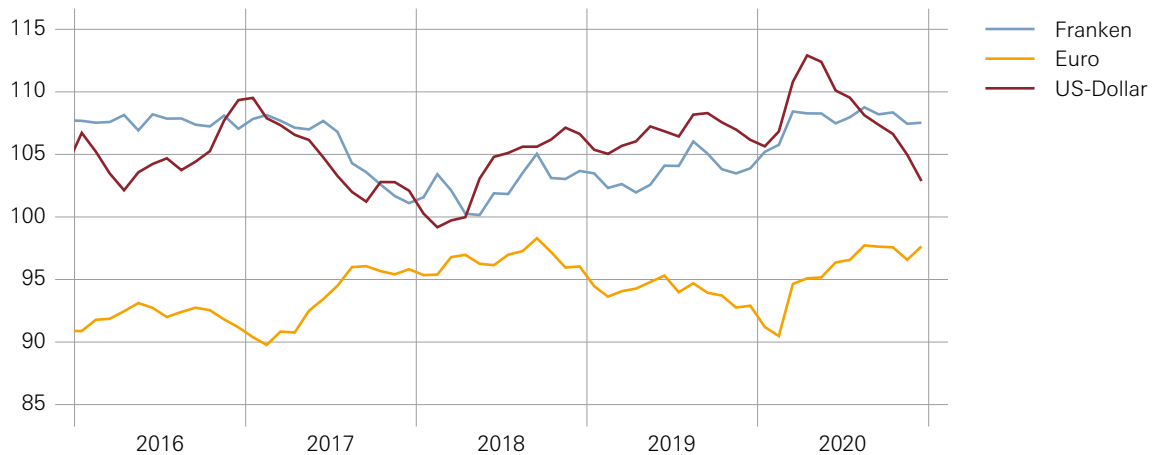
Index: Durchschnitt seit 1990 = 100



Quelle: SNB

HANDELSGEWICHTETE WECHSELKURSE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Real, 61 Länder, Index: Durchschnitt seit 1990 = 100



Quellen: BIZ, SNB

**Wachsende
Notenbankgeldmenge und
Überschussliquidität**

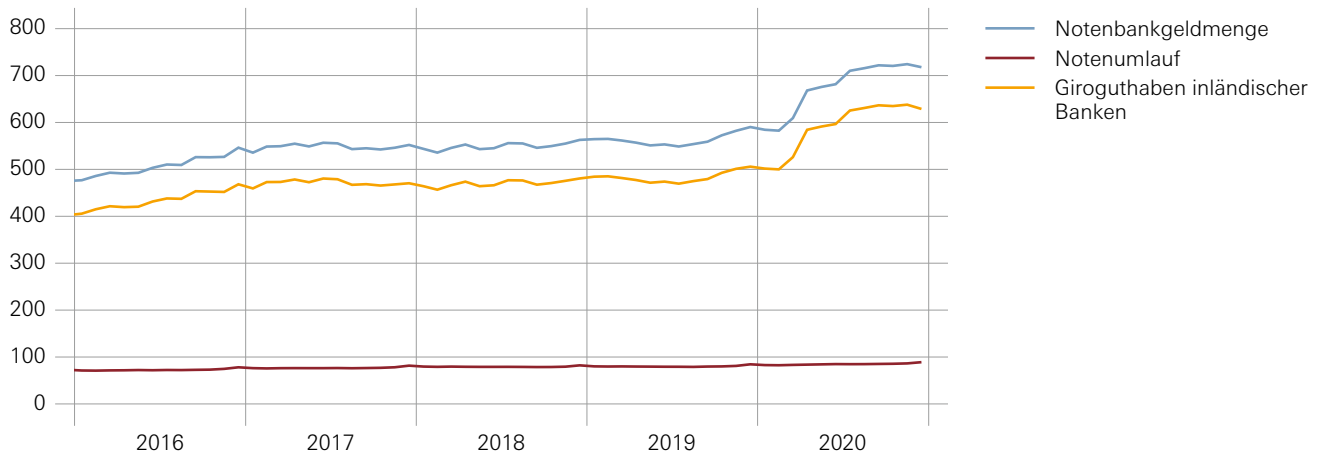
Die Notenbankgeldmenge, bestehend aus Notenumlauf und Sichtguthaben inländischer Banken bei der Nationalbank, nahm im Jahr 2020 zu und erreichte einen neuen Höchststand. Ein grosser Teil des Wachstums lässt sich auf die Devisenmarktinterventionen der Nationalbank zurückführen. Weitere Treiber waren die Beanspruchung der CRF durch die Banken sowie die Feinsteuerungsoperationen und Repo-Auktionen der Nationalbank. Auch die Überschussliquidität, die als Differenz zwischen der von den Banken gehaltenen Liquidität (Noten, Münzen und Sichtguthaben bei der SNB) und der aufgrund der Mindestreservevorschriften geforderten Liquidität berechnet wird (siehe Kapitel 2.4), nahm zu. Die Überschussreserven der Banken bergen in der gegenwärtigen Situation keine Inflationsgefahr. Zudem kann die Nationalbank mit ihren geldpolitischen Instrumenten bei Bedarf rasch und in grossem Umfang Liquidität abschöpfen.

**Steigende Bankkredite und
Geldaggregate**

Die Bankkredite an inländische Kunden stiegen 2020 aufgrund des vom Bund eingeleiteten Bürgschaftsprogramms stärker als im Vorjahr. Im Rahmen dieses Programms wurden COVID-19-Überbrückungskredite mit einer Laufzeit von fünf Jahren vergeben. Dadurch konnten knapp 137 000 v. a. kleine Unternehmen Liquidität (Kreditlimiten) in der Höhe von insgesamt fast 17 Mrd. Franken aufnehmen. Beinahe die Hälfte der Überbrückungskredite entfiel auf Unternehmen in den drei Branchen unternehmensnahe Dienstleistungen, Gross- und Detailhandel (ohne Kraftfahrzeuge) sowie Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie. Rund zwei Drittel der Kredite wiesen eine Limite von unter 80 000 Franken auf. Demgegenüber ging das Jahreswachstum der Hypothekarkredite, die 85% der Bankkredite ausmachen, von durchschnittlich 3,4% im Jahr 2019 auf durchschnittlich 3,1% im Jahr 2020 leicht zurück. Die weitgefassten Geldmengen M2 (Bargeldumlauf, Sichteinlagen, Transaktionskonten und Spareinlagen) und M3 (M2 plus Termineinlagen) begannen im März 2020 wieder zuzunehmen. Im Juli näherten sich ihre Wachstumsraten denjenigen der Kredite an und übertrafen sie teilweise. Die Geldmengen M2 und M3 lagen Ende 2020 6,0% bzw. 6,5% über ihrem Vorjahresstand. Rund ein Viertel des Anstiegs der weitgefassten Geldmengen dürfte auf die Vergabe der COVID-19-Kredite durch die Banken an Unternehmen zurückzuführen sein.

NOTENBANKGELDMENGE UND IHRE KOMPONENTEN

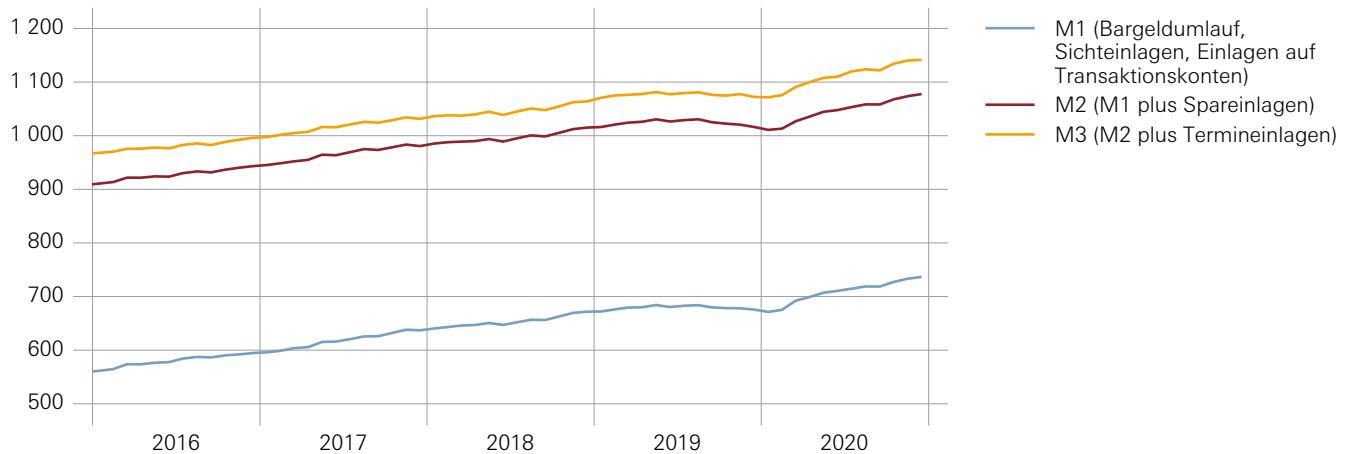
Monatsdurchschnitte in Mrd. Franken



Quelle: SNB

NIVEAU DER GELDAGGREGATE

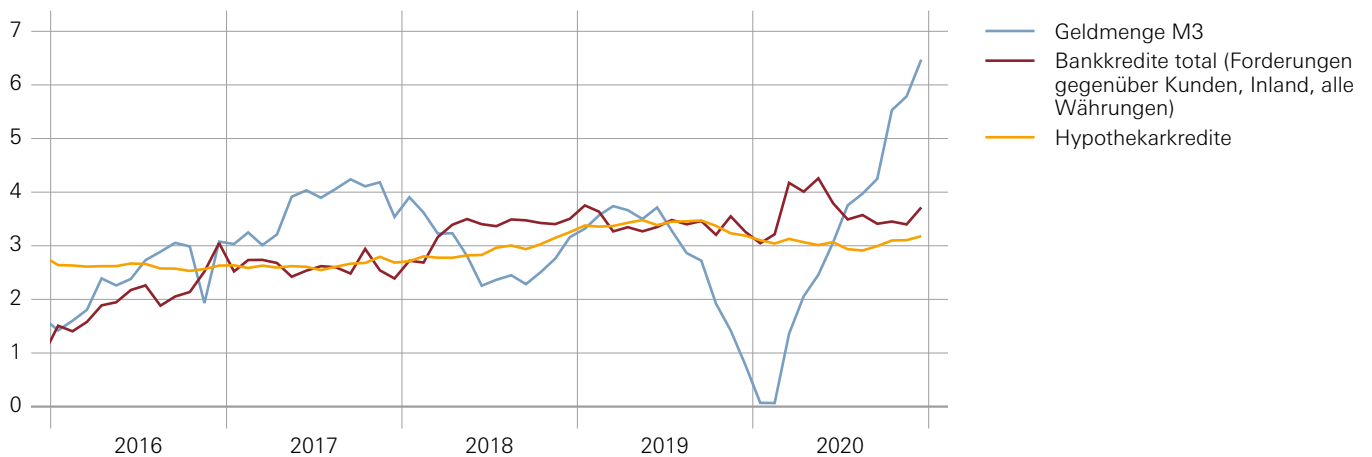
Monatsendwerte in Mrd. Franken



Quelle: SNB

WACHSTUM DER GELD- UND KREDITAGGREGATE

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: SNB

Internationales Szenario für die Prognosen

Die von der Nationalbank im Rahmen der vierteljährlichen Lagebeurteilungen vom März, Juni, September und Dezember publizierten bedingten Inflationsprognosen beruhen auf Szenarien für die Weltwirtschaft. Ausserdem fliesst eine Annahme für den Erdölpreis ein, die jeweils ungefähr dem Marktpreis pro Fass (Brent) zum Prognosezeitpunkt entspricht. Im Dezember 2019 war die Nationalbank für das Jahr 2020 von einem moderaten weltwirtschaftlichen Wachstum von 3,4% ausgegangen. Mit der globalen Ausbreitung des Coronavirus und den zur Eindämmung der Pandemie getroffenen Massnahmen änderten sich die Perspektiven für die Weltwirtschaft schlagartig (siehe Kapitel 1.2, Textkasten «Revision des internationalen Basisszenarios aufgrund der Corona-Pandemie»). Die Nationalbank erwartete in der Folge einen scharfen Einbruch der Weltwirtschaft. Aufgrund der hohen Unsicherheit verzichtete sie im März auf die Veröffentlichung einer Prognose. Im Juni ging sie sodann für 2020 von einem Rückgang des globalen Bruttoinlandprodukts (BIP) von 4,6% aus. Die Nationalbank revidierte diese Prognose aufgrund einer etwas weniger schlechten Wirtschaftsentwicklung als erwartet zunächst im September auf –3,3% und dann auf –2,6% im Dezember. Des Weiteren rechnete die Nationalbank damit, dass sich die Weltwirtschaft im Jahr 2021 erholen wird.

Wachstumsprognose für die Schweiz

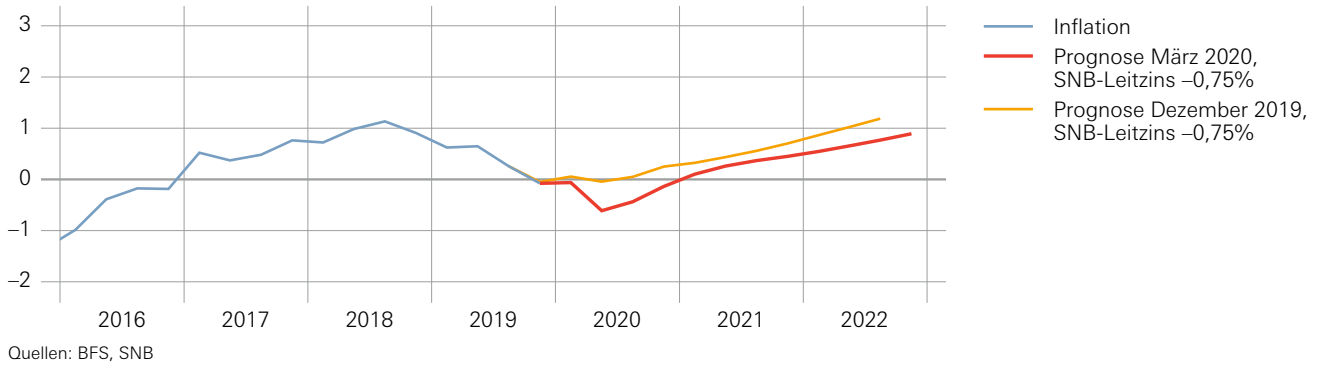
Für die Schweiz hatte die Nationalbank Ende 2019 ein BIP-Wachstum zwischen 1,5% und 2% für 2020 erwartet und war damit von einer Zunahme des Wirtschaftswachstums gegenüber dem Vorjahr ausgegangen. Aufgrund der Pandemie nahm die SNB im März 2020 an, dass das BIP-Wachstum 2020 negativ ausfallen dürfte, und im Juni prognostizierte sie einen BIP-Rückgang von 6%. Im September hob die Nationalbank diese Prognose zunächst leicht auf –5% an, im Dezember dann auf –3%, nachdem die BIP-Verluste in Folge der ersten Pandemiewelle weniger gross ausgefallen waren als ursprünglich angenommen. Im Dezember rechnete die Nationalbank für 2021 mit einem Wachstum zwischen 2,5% und 3%.

Bedingte Inflationsprognose

Die publizierten bedingten Inflationsprognosen basieren jeweils auf der Annahme, dass der SNB-Leitzins über den dreijährigen Prognosezeitraum unverändert bleibt. Da der SNB-Leitzins im Jahr 2020 stets bei –0,75% lag, bedeutet dies, dass 2020 in allen Prognosen ein Zinssatz von –0,75% unterstellt wurde. Nach dem Ausbruch der Pandemie wurde die bedingte Inflationsprognose im Laufe der ersten Jahreshälfte 2020 deutlich nach unten korrigiert. Ausschlaggebend waren vor allem die stark gesunkenen Wachstumsaussichten, die Aufwertung des Frankens sowie tiefere Erdölpreise. In der zweiten Jahreshälfte wurde die bedingte Inflationsprognose nur geringfügig angepasst. Während die im Jahr 2020 publizierten bedingten Inflationsprognosen in der kurzen Frist eine negative Inflation vorhersahen, lagen sie in der mittleren Frist im Bereich, den die Nationalbank mit Preisstabilität gleichsetzt.

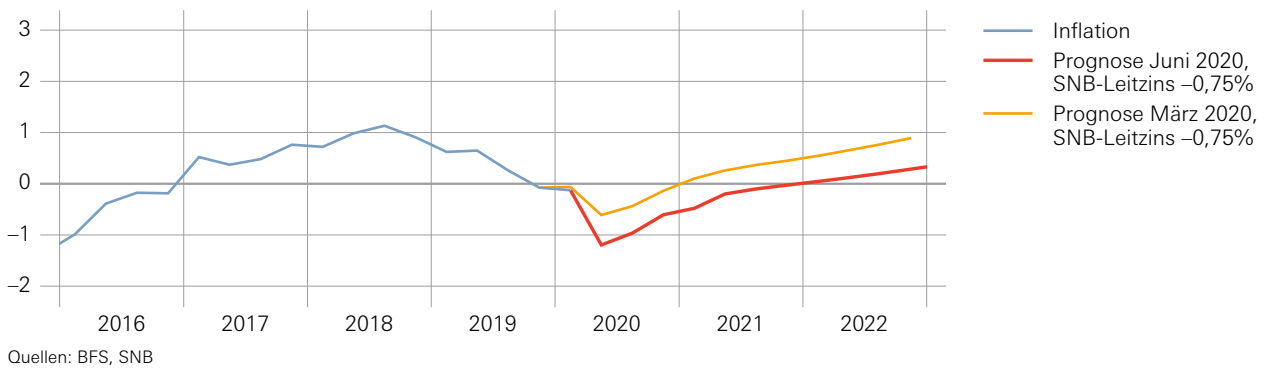
BEDINGTE INFLATIONSPROGNOSE MÄRZ 2020

Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise gegenüber Vorjahr in Prozent



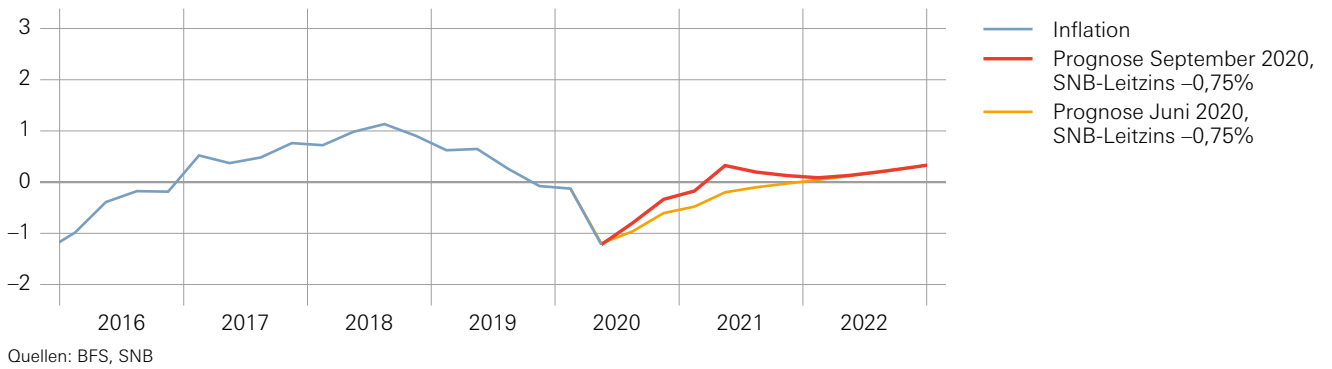
BEDINGTE INFLATIONSPROGNOSE JUNI 2020

Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise gegenüber Vorjahr in Prozent



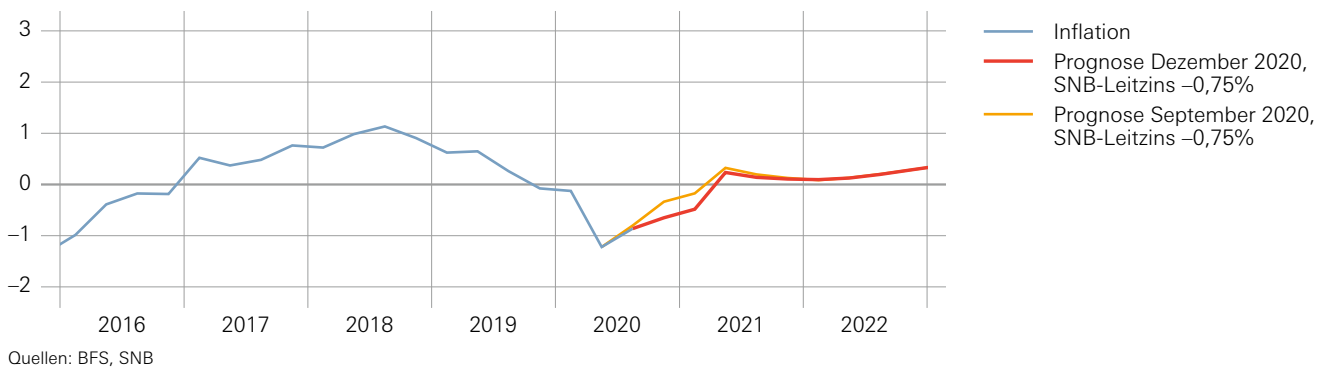
BEDINGTE INFLATIONSPROGNOSE SEPTEMBER 2020

Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise gegenüber Vorjahr in Prozent



BEDINGTE INFLATIONSPROGNOSE DEZEMBER 2020

Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise gegenüber Vorjahr in Prozent



Anhaltende Unsicherheit

Die Nationalbank wies regelmässig auf die Risiken hin, die zu einer Anpassung der Prognosen führen und eine Neubeurteilung der Lage notwendig machen könnten. Im Vordergrund standen die globale Ausbreitung des Coronavirus und die Auswirkungen der Eindämmungsmassnahmen im Ausland und in der Schweiz. Die Nationalbank betonte zudem die Risiken im Zusammenhang mit handelspolitischen Spannungen. Sie wies aber auch darauf hin, dass die in vielen Ländern getroffenen geld- und fiskalpolitischen Massnahmen die Erholung stärker stützen könnten als angenommen.

Wirkung der Geldpolitik in der Coronakrise

In der Coronakrise trug die Geldpolitik der Nationalbank auf drei Arten zur Krisenbewältigung bei. Erstens wirkte sie mit dem SNB-Leitzins und dem Zins auf Sichtguthaben bei der SNB von $-0,75\%$ sowie verstärkten Devisenmarktinterventionen dem erhöhten Aufwertungsdruck auf den Franken entgegen. Eine Aufwertung des Frankens hätte die Schweizer Wirtschaft zusätzlich belastet. Zweitens schuf das tiefe Zinsniveau günstige Finanzierungsbedingungen für die Schweizer Wirtschaft und die öffentliche Hand. Das entlastete insbesondere diejenigen Unternehmen und Körperschaften, die als Folge der Krise einen erhöhten Finanzierungsbedarf haben. Drittens förderte die SNB die Kredit- und Liquiditätsversorgung der Wirtschaft mit zusätzlichen Massnahmen, die den Spielraum der Banken für die Kreditvergabe vergrösserten. Im Vordergrund stand dabei die CRF, die dazu beitrug, dass die Banken COVID-19-Kredite zu einem Zins von 0% zu vergeben konnten. In die gleiche Richtung zielten die Deaktivierung des anti-zyklischen Kapitalpuffers und die Erhöhung der Freibeträge.

Klimawandel – Herausforderung für die Geldpolitik, die Finanzstabilität und die Anlagepolitik

In den letzten Jahren hat in der Schweiz das Interesse der Öffentlichkeit an Fragestellungen zum Klimawandel stark zugenommen, stellt dieser doch die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik vor grosse Herausforderungen.

Die Nationalbank beschäftigt sich seit längerem intensiv mit diesem Thema. Die Einschätzung allfälliger Folgen des Klimawandels für die Volkswirtschaft und damit für die Geldpolitik, für die Finanzstabilität sowie für die Verwaltung der Währungsreserven ist wichtig, damit die SNB ihr gesetzliches Mandat erfüllen kann. Zu diesem Zweck arbeitet sie auch mit anderen Zentralbanken und Behörden wie der FINMA eng zusammen und beteiligt sich als Mitglied des Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System (NGFS) am internationalen Erfahrungsaustausch zu Klimafragen (siehe Kapitel 7.2.6).

Auf die Geldpolitik kann sich der Klimawandel hauptsächlich auf zwei Arten auswirken: Zum einen führt er möglicherweise zu strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft, was bei den Analysen und Prognosemodellen der SNB zu berücksichtigen wäre. Zum anderen können politische und regulatorische Massnahmen gegen den Klimawandel zu abrupten Preisveränderungen bestimmter Güter führen. Die Nationalbank prüft die Auswirkungen dieser Veränderungen auf das Wirtschaftswachstum und die Inflation und beurteilt die Folgen, die sich daraus für die Geldpolitik ergeben könnten. In diesem Bereich ist der Austausch mit anderen Zentralbanken besonders wichtig.

Auch auf das Finanzsystem kann der Klimawandel einen Einfluss haben: zum einen durch eine Häufung und zunehmende Stärke von Naturkatastrophen und zum anderen durch Anpassungen bei der Klimapolitik und den entsprechenden Regulierungen. Für die SNB steht dabei im Vordergrund, die Auswirkungen der Klimarisiken auf die Stabilität des Schweizer Bankensystems zu erfassen. Im Jahr 2020 initiierte die Nationalbank dazu gemeinsam mit der FINMA ein Pilotprojekt mit dem Ziel, die Risikokonzentrationen der Grossbanken gegenüber Sektoren zu identifizieren, die erhöhten Transitionsrisiken, d. h. möglichen Auswirkungen von künftigen gesetzlichen Anpassungen, ausgesetzt sind.

Der Klimawandel tangiert schliesslich auch die Anlagepolitik der Nationalbank. Wie andere finanzielle Risiken können Klimarisiken Marktschwankungen auslösen oder verstärken und die Attraktivität von Anlagen beeinflussen. Aus Anlagesicht unterscheiden sie sich damit nicht fundamental von anderen Risiken. Die SNB hält Aktien aus den verschiedenen Wirtschaftssektoren grundsätzlich gemäss deren Marktkapitalisierung. Damit wird sichergestellt, dass Risikokonzentrationen möglichst vermieden werden und sich strukturelle Veränderungen der globalen Wirtschaft auch im Portfolio der SNB widerspiegeln. Zudem schliesst die SNB seit 2013 Wertschriften von Unternehmen aus, die gravierende Umweltschäden verursachen, Menschenrechte verletzen oder geächtete Waffen produzieren. Ende 2020 erweiterte die SNB das Ausschlusskriterium betreffend Umwelt, indem sie Klimaaspekte berücksichtigt. Neu werden auch Aktien und Anleihen von Unternehmen ausgeschlossen, die primär Kohle abbauen (siehe Kapitel 5.3, Textkasten «Nicht-finanzielle Aspekte bei der Bewirtschaftung von Wertschriften privater Emittenten»).

2.1 GRUNDLAGEN UND ÜBERBLICK

Auftrag	Die Nationalbank hat gemäss Nationalbankgesetz (NBG) die Aufgabe, den Geldmarkt in Franken mit Liquidität zu versorgen (Art. 5 Abs. 2 Bst. a NBG). Sie setzt ihre Geldpolitik um, indem sie das Zinsniveau am Geldmarkt steuert. Dabei strebt sie an, die kurzfristigen besicherten Geldmarktzinssätze in Franken nahe am SNB-Leitzins zu halten. Die Nationalbank kann auf die Geldmarktsätze mit ihren Offenmarktoperationen Einfluss nehmen oder die Verzinsung der Sichtguthaben anpassen, welche die Banken und andere Finanzmarktteilnehmer bei ihr halten. Zudem kann die Nationalbank am Devisenmarkt aktiv sein.
SNB-Leitzins unverändert	Zur Umsetzung ihrer Geldpolitik legt die Nationalbank den SNB-Leitzins fest. Dabei strebt sie an, dass die kurzfristigen Geldmarktzinssätze in Franken nahe am SNB-Leitzins liegen. Im Fokus steht dabei der Satz für besichertes Tagesgeld, die Swiss Average Rate Overnight (SARON). Die Nationalbank beliefs den SNB-Leitzins im Verlauf des Jahres 2020 unverändert bei $-0,75\%$.
Negativzins und Devisenmarktinterventionen	Seit 2015 setzt die Nationalbank die Geldpolitik mittels des Negativzins, d. h. des Zinses auf Sichtguthaben, welche die Banken und andere Finanzmarktteilnehmer bei ihr halten, und bei Bedarf mittels Interventionen am Devisenmarkt um. Der Zins betrug 2020 weiterhin $-0,75\%$ und entsprach damit dem SNB-Leitzins. Um angemessene monetäre Rahmenbedingungen zu gewährleisten, nahm die Nationalbank Devisenkäufe vor.

Sichtguthaben (Giroguthaben) bei der Nationalbank

Die Nationalbank führt für Banken und andere Finanzmarktteilnehmer Sichtkonten, für die auch der Begriff Girokonto verwendet wird. Die Guthaben auf den Sichtkonten bei der Nationalbank bilden die liquidesten Aktiven eines Finanzmarktteilnehmers, da diese unmittelbar für Zahlungen zur Verfügung stehen und gesetzliche Zahlungsmittel darstellen. Inländische Banken können ihre Sichtguthaben bei der SNB zur Erfüllung des Mindestreserveverfordernisses anrechnen lassen. Zudem benötigen Banken Sichtguthaben für den Zahlungsverkehr und als Liquiditätsreserve. Die Nationalbank beeinflusst die Höhe der Sichtguthaben, indem sie ihre geldpolitischen Instrumente einsetzt. Die gesamten Sichtguthaben umfassen neben den Sichtguthaben inländischer Banken die Verbindlichkeiten auf Sicht gegenüber dem Bund, die Sichtguthaben ausländischer Banken und Institutionen sowie die übrigen Sichtverbindlichkeiten.

Die Höhe der Sichtguthaben beeinflusst die Aktivität am Geldmarkt. Ist die Liquiditätsversorgung des Finanzsystems knapp gehalten, erfolgt der Liquiditätsausgleich zwischen den einzelnen Finanzmarktteilnehmern über den Geldmarkt. Dabei stellen Banken mit einem kurzfristigen Anlagebedarf anderen Banken mit einem kurzfristigen Refinanzierungsbedarf die Liquidität mittels Krediten zur Verfügung. Die Kreditgewährung kann dabei auf besicherter oder unbesicherter Basis erfolgen. Ist reichlich Liquidität im Finanzsystem vorhanden, sinkt bei den Banken der Bedarf nach einem Liquiditätsausgleich, und die Handelsaktivität am Geldmarkt nimmt ab. Ein Negativzins auf den Sichtguthaben unter Gewährung von Freibeträgen führt unter gewissen Umständen zu einer Belebung des Handels. Der Grund dafür liegt darin, dass Institute mit Sichtguthaben über dem Freibetrag Geldmarktgeschäfte mit Instituten abschliessen, die den Freibetrag nicht ausgeschöpft haben.

2.2 ENTWICKLUNGEN AM GELD- UND DEVISENMARKT

Die Sichtguthaben bei der Nationalbank beliefen sich Ende 2020 auf 702 Mrd. Franken und lagen damit wesentlich höher als vor Jahresfrist (590 Mrd. Franken).

Deutlicher Anstieg
der Sichtguthaben

Der von der Nationalbank erhobene Zins auf den Sichtguthaben von $-0,75\%$ trug dazu bei, dass die kurzfristigen Zinsen in der Schweiz niedrig blieben. Damit konnte eine gewisse Zinsdifferenz zwischen dem Ausland und der Schweiz aufrechterhalten und der Attraktivität von Anlagen in Franken entgegengewirkt werden.

Geldmarksätze nahe
beim SNB-Leitzins

Die relevanten Geldmarksätze bewegten sich 2020 nahe beim SNB-Leitzins. Die Erhöhung des Freibetragsfaktors von 25 auf 30 per 1. April führte zu einem Anstieg der aggregierten Freibeträge und zu einer leichten Erhöhung der kurzfristigen Zinssätze am besicherten Geldmarkt. Dieser Aufwärtsdruck entstand, weil einige grössere Geldmarktteilnehmer ihre Sichtguthaben rasch auf die neue Höhe ihres Freibetrags aufstocken wollten und dementsprechend stark Liquidität bei anderen Marktteilnehmern nachfragten. So stieg der SARON zeitweise bis auf $-0,66\%$, bewegte sich danach aber wieder in Richtung des SNB-Leitzinses, u. a. weil die Nationalbank zunächst mittels Feinsteuerungsoperationen und ab Juli auch mittels längerfristigen Repo-geschäften punktuell zusätzliche Liquidität zuführte (siehe Kapitel 2.3). Am Jahresende lag der SARON bei $-0,73\%$.

Höhere Handelsaktivität am Repomarkt

Wie in den Vorjahren wurde das Geschehen am Repomarkt (Interbankenmarkt) durch den Handel von Sichtguthaben zwischen Kontoinhabern mit Sichtguthaben über bzw. unter ihrem Freibetrag geprägt. Die Freibetragserhöhung im Frühling 2020 vergrösserte den Spielraum für zusätzlichen Liquiditätsaustausch. Die Institute mit neuen, nicht ausgeschöpften Freibeträgen erhöhten ihre Sichtguthaben u. a. mittels Repogeschäften. Auf der Gegenseite standen Banken mit Sichtguthaben, die den Freibetrag nach wie vor überstiegen. Die Mittel wurden zu Sätzen verschoben, die sich leicht über dem Negativzins der SNB bewegten. Entsprechend lag 2020 der durchschnittliche tägliche Umsatz am Repomarkt mit 13,9 Mrd. Franken deutlich über dem Niveau des Vorjahrs (6,4 Mrd. Franken). Auch die Zahl der am Repomarkt aktiven Banken nahm zu.

Geldmarktinфраstruktur: TPA erleichtert Bewirtschaftung der Sicherheiten

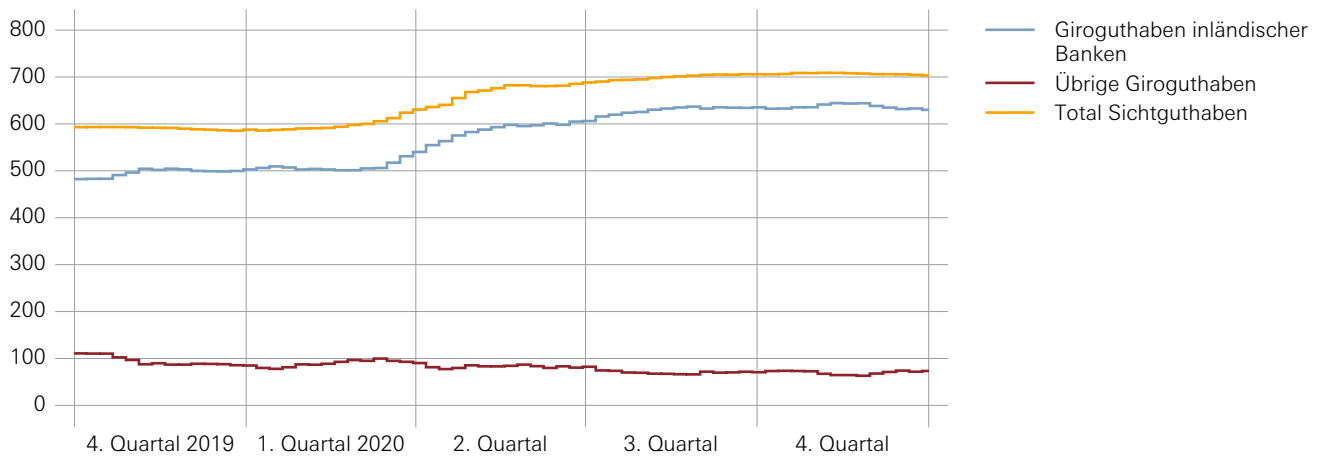
Eine jederzeit funktionierende, sichere und effiziente Geldmarktinфраstruktur ist für die Umsetzung der Geldpolitik und für den direkten Zugang der Marktteilnehmer zur Zentralbankliquidität von grosser Bedeutung. Die SIX Group AG (SIX) als Betreiberin der Schweizer Geldmarktinфраstruktur und die Nationalbank überholen seit 2013 wichtige Bestandteile der sogenannten Swiss Money Market Value Chain umfassend. Nachdem 2016 die elektronische Handelsplattform CO:RE in Betrieb genommen worden war, wurde im Juni 2020 mit dem Triparty Agent (TPA) ein weiteres wichtiges Glied der Swiss Money Market Value Chain erneuert. Die laufende Weiterentwicklung des neuen TPA vereinfacht die Bewirtschaftung der Sicherheiten (Collateral Management) erheblich und erweitert die Palette der angebotenen Dienstleistungen. Collateral Management ist für die Marktteilnehmer eine immer wichtigere Disziplin, um Wertschriften effizient zu bewirtschaften und gleichzeitig zu gewährleisten, dass die zugrundeliegenden Geschäfte zu jedem Zeitpunkt vertragskonform besichert sind.

Ablösung des Libors

Die Nationalbank begleitete auch 2020 die Arbeiten rund um die Ablösung des Libors (London Interbank Offered Rate) und die Umstellung auf robuste alternative Referenzzinssätze. In der Schweiz werden die Reformen von der Nationalen Arbeitsgruppe für Referenzzinssätze in Franken (NAG) koordiniert (siehe Textkasten «Übergang vom Libor zum SARON»). Auf internationaler Ebene wird der Reformprozess durch die Official Sector Steering Group des Financial Stability Board begleitet, die 2020 wiederum einen Jahresbericht zu den internationalen Reformanstrengungen veröffentlichte. Die Nationalbank ist auch in diesem Gremium vertreten.

SICHTGUTHABEN BEI DER SNB

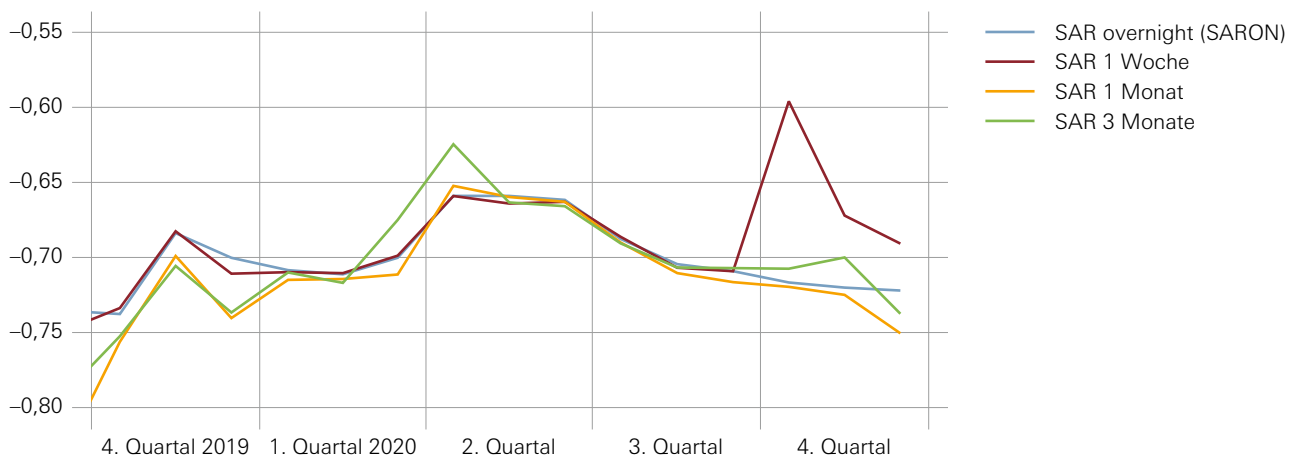
Wochendurchschnitt in Mrd. Franken



Quelle: SNB

FRANKEN-REFERENZSÄTZE (SWISS AVERAGE RATES, SAR)

Monatsdurchschnitte aus Tageswerten in Prozent



Quelle: SIX Swiss Exchange AG

Übergang vom Libor zum SARON

Nachdem der Regulator des Libors, die Financial Conduct Authority, 2017 angekündigt hatte, den Libor nur noch bis Ende 2021 zu unterstützen und ab diesem Zeitpunkt die Banken nicht mehr zur Teilnahme am Libor-Panel zu verpflichten, wurde auf internationaler und nationaler Ebene intensiv an der Ablösung des Libors gearbeitet. Anfang März 2021 teilte der Administrator des Libors, die Intercontinental Exchange Benchmark Administration, wie erwartet mit, den Franken-Libor Ende des Jahres einzustellen. Um einen einwandfreien Übergang zum SARON zu ermöglichen, sind bis dahin die verbleibenden Umstellungsarbeiten am Kredit- und Swapmarkt abzuschliessen.

In der Schweiz befasst sich die Nationale Arbeitsgruppe für Referenzzinssätze in Franken (NAG) mit der Umstellung. Die NAG bindet die relevanten Akteure ein und setzt sich aus Vertretern von Banken, Versicherungen, Infrastrukturanbietern, Unternehmen ausserhalb des Finanzsektors, öffentlichen Institutionen und Interessenverbänden zusammen. Die SNB unterstützt die Arbeiten der NAG, wobei sie in erster Linie eine Koordinationsfunktion übernimmt. Zudem stellt sie auf ihrer Website Informationen zur Tätigkeit der NAG zur Verfügung.

Im Jahr 2017 empfahl die NAG den SARON als Alternative zum Franken-Libor. Der SARON ist ein besicherter Tagesgeldsatz. Er basiert auf dem liquidesten Segment am Frankengeldmarkt und wird seit 2009 berechnet. Als Referenzzins hat der SARON bereits in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. So entstand 2017 eine SARON-basierte Zinskurve, die sich aus entsprechenden Swapgeschäften herleiten lässt. Das ausstehende Volumen an SARON-Swapgeschäften lag 2020 immer noch unter demjenigen des entsprechenden Marktes, dem der Libor zugrunde liegt. Spätestens nach 2021 wird jedoch der SARON den Franken-Libor bei Swapgeschäften voraussichtlich vollständig ablösen. Marktteilnehmer haben bis Ende 2021 Zeit, ausstehende Libor-basierte Swapgeschäfte in SARON-basierte Swapgeschäfte umzuwandeln. Verbleibende Swapgeschäfte sollen anschliessend über Rückfallklauseln automatisch umgewandelt werden.

Auch am Kreditmarkt etabliert sich der SARON als Referenzzinssatz. Anfang 2019 schlug die NAG verschiedene Varianten für die konkrete Ausgestaltung SARON-basierter Kredite vor. Bereits Ende 2019 wurden erste Kredite abgeschlossen, denen der SARON zugrunde liegt. Im Verlauf des Jahres 2020 begannen diverse Banken – darunter beide Schweizer Grossbanken – damit, auch SARON-basierte Kredite anzubieten.

Die Zeit bis Ende 2021 soll nun dafür genutzt werden, die Umstellungsarbeiten am Kredit- und Swapmarkt abzuschliessen. Dazu gehören u. a. die Anpassung verbleibender Libor-basierter Verträge und die zunehmende Lancierung von SARON-basierten Krediten. Zudem sollen Marktteilnehmer zur Steuerung ihrer Zinspositionen vermehrt SARON-basierte Swapgeschäfte nutzen und die operationelle Bereitschaft (z. B. durch die Implementierung von Rückfallklauseln) für einen reibungslosen Wegfall des Franken-Libors sicherstellen.

Die Nationalbank verlangt bei ihren Kreditgeschäften mit Banken und anderen Finanzmarktteilnehmern ausreichende Sicherheiten (Art. 9 NBG). Damit sichert sie sich gegen Verluste ab und gewährleistet die Gleichbehandlung ihrer Geschäftspartner.

**Grundsätze
der Effektenpolitik**

Die «Richtlinien der Schweizerischen Nationalbank über das geldpolitische Instrumentarium» beschreiben die Effekten, welche die Nationalbank als Sicherheit akzeptiert. Das «Merkblatt zu den SNB-repofähigen Effekten» konkretisiert die Kriterien für die Wertschriften, die bei Repogeschäften mit der Nationalbank eingereicht werden können. Akzeptiert werden nur Wertpapiere, die im «Verzeichnis der SNB-repofähigen Effekten» aufgeführt sind. Da die Nationalbank auch Banken mit Sitz im Ausland zu ihren geldpolitischen Operationen zulässt und der Bestand an Effekten in Franken beschränkt ist, akzeptiert sie auch Sicherheiten, die in Fremdwährungen denominiert sind.

Die Nationalbank setzt hohe Mindestanforderungen an die Marktfähigkeit und die Bonität von Effekten. Dies veranlasst die Banken dazu, werthaltige und liquide Effekten zu halten. Das bildet wiederum eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich Banken auch unter erschwerten Bedingungen am Geldmarkt refinanzieren können.

Anpassungen bei der Repofähigkeit von Effekten aufgrund des Brexit

Aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union per 31. Januar 2020 (Brexit) passte die Nationalbank die Kriterien für die Repofähigkeit von Effekten in den Richtlinien über das geldpolitische Instrumentarium und im Merkblatt zu den SNB-repofähigen Effekten per 3. Februar an. Das Vereinigte Königreich wurde zusätzlich als Sitzland für zugelassene Emittenten aufgeführt, und anerkannte Börsen sowie repräsentative Märkte im Vereinigten Königreich wurden als zugelassene Märkte definiert. Die SNB stellte dadurch sicher, dass Effekten mit Domizil «Vereinigtes Königreich» SNB-repofähig bleiben. Des Weiteren wurde festgelegt, dass die Effekten, die bei Verwahrungsstellen im Vereinigten Königreich end- oder zwischenverwahrt werden und via SIX SIS AG lieferbar sind, die Abwicklungskriterien weiterhin erfüllen.

... und des Übergangs zu neuen Referenzzinssätzen

Im Rahmen der bestehenden Kriterien kündigte die Nationalbank am 17. Dezember 2020 an, per Ende 2021 sämtliche Libor-basierten Floating-Rate Notes (variabel verzinsliche Anleihen) in allen Währungen aus dem Kreis der SNB-repofähigen Effekten auszuschliessen. Mit diesem Schritt unterstützt die Nationalbank die Marktteilnehmer beim Übergang zu neuen, robusteren Referenzzinssätzen und reduziert mögliche Risiken, die mit dem Wegfall des Libors einhergehen.

Höheres Volumen an SNB-repofähigen Effekten

Das Volumen an SNB-repofähigen Effekten belief sich Ende 2020 auf umgerechnet 10 770 Mrd. Franken und lag damit rund 1051 Mrd. Franken höher als am Ende des Vorjahres. Der Anstieg ist hauptsächlich auf die verstärkte Emissionstätigkeit im öffentlichen Sektor zurückzuführen.

Swiss Foreign Exchange Committee und FX Global Code

Das im Jahr 2018 gegründete Schweizer Devisenkomitee (Swiss Foreign Exchange Committee) dient als Diskussionsforum zwischen Banken und anderen Teilnehmern am Devisenmarkt in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein. Das Komitee ist zudem Mitglied im Global Foreign Exchange Committee (GFXC), das die Grundsätze des FX Global Code weiterentwickelt und dessen Verbreitung fördert. Der FX Global Code war 2017 eingeführt worden, um einheitliche Richtlinien zur Förderung der Integrität und der Effizienz des Devisenhandels bereitzustellen. Die Nationalbank ist Mitglied im Schweizer Devisenkomitee und nimmt gemeinsam mit einem Vertreter des Privatsektors den Vorsitz wahr.

Das Schweizer Devisenkomitee bereitete im Jahr 2020 die im GFXC zu behandelnden Geschäfte vor. Dabei stand die Überprüfung der Grundsätze des FX Global Code im Vordergrund, die Mitte 2021 abgeschlossen sein soll. Eine solche Überprüfung findet alle drei Jahre statt. Weiter wurden im Devisenkomitee relevante Marktentwicklungen und Veränderungen in der Marktstruktur besprochen. Zudem erneuerte das Komitee seine Zusammensetzung. Alle zwei Jahre zieht sich ein Teil der Mitglieder zurück, damit andere interessierte Marktteilnehmer im Komitee mitwirken können.

Die Nationalbank gab im September 2020 bekannt, dass sie ab dem 30. September auf ihrem Datenportal detailliertere Daten zu ihren Geld- und Devisenmarktoperationen veröffentlichen wird. Seitdem publiziert die SNB bei den Geldmarktoperationen jeweils am Monatsende Informationen über Konditionen und Volumen zu den einzelnen geldpolitischen Geschäften des Vormonats. Damit reagierte die SNB auf die Wiederaufnahme ihrer geldpolitischen Operationen am Geldmarkt im November 2019. Bei den Devisenmarktoperationen wird neu jeweils am Quartalsende das Interventionsvolumen des Vorquartals bekanntgegeben. Bisher wurde lediglich das Jahrestotal im Rechenschaftsbericht publiziert. Mit dem neuen Publikationsrhythmus trägt die SNB dem gestiegenen öffentlichen Interesse Rechnung.

Anpassung bei der Veröffentlichung von Geld- und Devisenmarktoperationsdaten

2.3 EINSATZ DER GELDPOLITISCHEN INSTRUMENTE

Zur Erfüllung der geld- und währungspolitischen Aufgaben kann die Nationalbank an den Finanzmärkten Fremdwährungen gegen Franken kaufen und verkaufen. Die Devisengeschäfte der Nationalbank sind in der Regel Kassa- oder Swapgeschäfte. Bei einem Devisenswap werden gleichzeitig der Kauf (Verkauf) von Devisen zum Kassakurs und der Verkauf (Kauf) dieser Devisen zu einem späteren Termin vereinbart. Die Nationalbank schliesst Devisengeschäfte mit einem breiten Kreis von Gegenparteien im In- und Ausland ab.

Devisengeschäfte

Die Nationalbank nahm auch im Jahr 2020 bei Bedarf Einfluss auf die monetären Bedingungen und erwarb im Jahresverlauf Fremdwährungen im Gegenwert von insgesamt 109,7 Mrd. Franken. Der Aufwertungsdruck auf den Franken war aufgrund der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Pandemie im ersten Halbjahr besonders hoch, was in diesem Zeitraum Interventionen in der Höhe von 90,0 Mrd. Franken nötig machte. Im zweiten Halbjahr nahm der Druck auf den Franken ab, wodurch weniger Interventionen erforderlich waren. Die SNB schloss keine Devisenswaps mit dem Ziel ab, die Bedingungen am Frankengeldmarkt zu beeinflussen.

Verzinsung der Sichtguthaben bei der SNB

Seit dem 22. Januar 2015 erhebt die Nationalbank einen Zins von $-0,75\%$ auf Sichtguthaben, die Banken und andere Finanzmarktteilnehmer bei ihr halten. Über die Verzinsung und die Ausgestaltung der weiteren Konditionen beeinflusst die Nationalbank das Zinsniveau am Geldmarkt. Hierfür genügt es, wenn nur ein Teil der Sichtguthaben dem Negativzins unterliegt, weshalb die Nationalbank Freibeträge gewährt.

Die Revision des Freibetragsregimes per 1. November 2019 sowie eine weitere Erhöhung des Freibetragsfaktors per 1. April 2020 führten zu einer Reduktion der Negativzinsbelastung für das Bankensystem. Auf der anderen Seite erhöhte die im Verlauf von 2020 über Devisenmarktinterventionen und andere geldpolitische Instrumente zusätzliche geschaffene Liquidität die dem Negativzins unterliegenden Sichtguthaben bei der SNB. In die gleiche Richtung wirkten auch Netto-Zahlungsflüsse von Sichtkonten des Bundes, die nicht dem Negativzins unterstellt sind, zu den negativzinspflichtigen Kontoinhabern. Da der Entlastungseffekt der beiden Anpassungen der Freibeträge überwog, sank 2020 der Ertrag aus der Erhebung des Negativzinses gegenüber dem Vorjahr von 1,9 Mrd. Franken auf 1,4 Mrd. Franken.

Die Sichtguthaben der negativzinspflichtigen Institute beliefen sich Ende Dezember 2020 auf 686 Mrd. Franken und lagen damit deutlich über der Summe der Freibeträge in der Höhe von 521 Mrd. Franken. Dem Negativzins unterlagen Ende Dezember Guthaben in der Höhe von 221 Mrd. Franken (32% der Sichtguthaben der negativzinspflichtigen Institute) nach 187 Mrd. Franken (33% der Sichtguthaben der negativzinspflichtigen Institute) vor Jahresfrist.

Vor dem 1. November 2019 hatte die Ausschöpfung der Freibeträge nahezu 100% betragen. Mit der Anpassung des Freibetragsregimes resultierten für gewisse Institute höhere Freibeträge, die nicht unmittelbar ausgeschöpft wurden. Bereits bei der Einführung des Negativzinses Anfang 2015 hatte sich gezeigt, dass es eine gewisse Zeit braucht, bis nach einer Anpassung die Umverteilung der Sichtguthaben über den Repomarkt oder über andere Kanäle erfolgt ist. Nach der Änderung des Freibetragsregimes im Jahr 2019 bzw. nach der Erhöhung des Freibetragsfaktors im Frühling 2020 setzte dieser Umverteilungsprozess erneut ein. Der Ausschöpfungsgrad der Freibeträge erreichte Ende 2020 89%.

Bei einem liquiditätszuführenden Repogeschäft kauft die SNB von einer Bank (oder einem anderen am Repomarkt zugelassenen Finanzinstitut) Effekten und schreibt dieser den entsprechenden Geldbetrag in Franken auf ihrem Girokonto bei der SNB gut. Gleichzeitig wird vereinbart, dass die Nationalbank Effekten gleicher Gattung und Menge zu einem späteren Zeitpunkt zurückverkauft. Bei einem liquiditätsabschöpfenden Repogeschäft erfolgen die Transaktionen in umgekehrter Richtung. Für die Dauer des Repogeschäfts zahlt der Geldnehmer dem Geldgeber in der Regel einen Zins (Reposatz). Repogeschäfte können über Auktionen oder auf bilateraler Basis mit einem weiten Kreis von Gegenparteien abgeschlossen werden.

Wie schon bei der Anpassung der Berechnung der Freibeträge im Jahr 2019 führte die Erhöhung des Freibetragsfaktors per 1. April 2020 zu einem deutlichen Anstieg der Freibeträge für das Bankensystem und zu einem Aufwärtsdruck auf die kurzfristigen Zinssätze. Um einem übermässigen Anstieg des SARON entgegenzuwirken und insbesondere die Ausschläge nach oben zu begrenzen, führte die SNB zunächst Feinsteuerungsoperationen durch. Diese Offenmarktoperationen wurden als liquiditätszuführende Repogeschäfte auf bilateraler Basis im Tagesgeldbereich abgeschlossen. Ab Juli 2020 führte die Nationalbank auch Offenmarktoperationen in Form von Repo-Auktionen mit längeren Laufzeiten durch, um mit Liquidität auf mittelfristiger Basis den Aufwärtsdruck auf den SARON zu verringern und die allmähliche Annäherung an den SNB-Leitzins zu unterstützen.

Im Jahresdurchschnitt betrug der ausstehende Betrag an geldpolitischen Repogeschäften 4,1 Mrd. Franken.

Geldpolitisches Instrumentarium

Die Geschäfte, welche die Nationalbank am Finanzmarkt tätigen darf, sind in Art. 9 NBG festgelegt. Die «Richtlinien der Schweizerischen Nationalbank über das geldpolitische Instrumentarium» beschreiben die Instrumente und Verfahren, welche die Nationalbank zur Umsetzung ihrer Geldpolitik einsetzt. Die Richtlinien werden durch Merkblätter ergänzt, die sich an die Geschäftspartner richten. Als Kreditgeberin in letzter Instanz (lender of last resort) gewährt die Nationalbank auch ausserordentliche Liquiditätshilfe.

Die Nationalbank unterscheidet im geldpolitischen Instrumentarium zwischen Offenmarktoperationen und stehenden Fazilitäten. Bei den Offenmarktoperationen geht die Initiative zum Geschäftsabschluss von der Nationalbank aus. Bei den stehenden Fazilitäten, d. h. der Engpassfinanzierungsfazilität und der Innertagsfazilität, setzt die Nationalbank lediglich die Konditionen fest, zu denen die Geschäftspartner Liquidität beziehen können.

Zu den Offenmarktoperationen gehören Repogeschäfte, Emissionen und Käufe bzw. Verkäufe eigener Schuldverschreibungen (SNB Bills) sowie Devisengeschäfte. Die Nationalbank kann Offenmarktoperationen im Rahmen von Auktionen oder bilateralen Geschäften durchführen. Die Transaktionen am Geldmarkt werden in der Regel über eine elektronische Handelsplattform abgeschlossen.

Grundsätzlich können alle in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein domizilierten Banken an den geldpolitischen Operationen teilnehmen. Andere inländische Finanzmarktteilnehmer wie Versicherungen sowie Banken mit Sitz im Ausland können zugelassen werden, sofern dafür ein geldpolitisches Interesse besteht und sie zur Liquidität am besicherten Frankengeldmarkt beitragen.

Zu den geldpolitischen Instrumenten der Nationalbank gehört auch die Verzinsung der Sichtkonten. Das NBG ermächtigt in Art. 9 die Nationalbank dazu, verzinsliche oder unverzinsliche Konten für Banken und andere Finanzmarktteilnehmer zu führen. Bis Januar 2015, als die SNB erstmals den Negativzins verrechnete, waren die Sichtkonten nicht verzinst.

Seit 2020 gehört des Weiteren die SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität (CRF) zum geldpolitischen Instrumentarium der Nationalbank. Das NBG ermächtigt in Art. 9 die Nationalbank dazu, Kreditgeschäfte mit Banken und anderen Finanzmarktteilnehmern abzuschliessen, sofern für die Darlehen ausreichende Sicherheiten geleistet werden.

Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Fazilität wurden die «Richtlinien der Schweizerischen Nationalbank über das geldpolitische Instrumentarium» entsprechend revidiert. Im Zuge dieser Revision wurde zudem eine Überprüfung der Zinssätze bei den stehenden Fazilitäten der SNB vorgenommen und entschieden, die Berechnung des Sondersatzes für die Engpassfinanzierungsfazilität anzupassen. Seit dem 1. Juli 2020 beträgt die Untergrenze für den Sondersatz mindestens 0% statt mindestens 0,5%.

Die Emission eigener Schuldverschreibungen in Franken (SNB Bills) ermöglicht der Nationalbank, Liquidität abzuschöpfen. Die Nationalbank kann SNB Bills über den Sekundärmarkt zurückkaufen, um so bei Bedarf die Liquidität im Finanzsystem zu erhöhen.

Eigene
Schuldverschreibungen

Im Jahr 2020 wurden keine Emissionen oder Rückkäufe von SNB Bills aus geldpolitischen Gründen durchgeführt.

Ausgestaltung des Negativzinses

Damit sich der Negativzins auf die Finanzmarktzinsen überträgt und dadurch, wie geldpolitisch erwünscht, die Attraktivität des Frankens mindert, genügt es, wenn ein Teil der Sichtguthaben dem Negativzins unterliegt. Aus diesem Grund gewährt die Nationalbank bei der Berechnung des Negativzinses Freibeträge auf den Sichtguthaben, die Banken und andere Finanzmarktteilnehmer bei ihr halten. Damit soll erreicht werden, dass die Belastung des Bankensystems auf das geldpolitisch nötige Ausmass beschränkt wird.

Die Schlüsselgrösse für die Bemessung des Freibetrags für inländische Banken bildet das Mindestreserveverfordernis (siehe Kapitel 2.4). Bei der Ankündigung des Negativzinses im Dezember 2014 legte die Nationalbank die Freibeträge auf das Zwanzigfache (Freibetragsfaktor) der Mindestreserven fest. Im Jahr 2019 erhöhte sie per 1. November den Freibetragsfaktor von 20 auf 25 und passte die Berechnungsgrundlage an. An der geldpolitischen Lagebeurteilung im März 2020 erhöhte die Nationalbank per 1. April den Freibetragsfaktor von 25 auf 30, um den Spielraum der Banken bei der Kreditvergabe zu vergrössern.

Die geltende Freibetragsberechnung basiert auf den folgenden Regeln: Für mindestreservepflichtige Banken berechnet sich der Freibetrag aus dem laufenden Durchschnitt der Mindestreserveverfordernisse der letzten 36 Unterlegungsperioden, multipliziert mit dem Freibetragsfaktor (Basis-komponente), abzüglich der Bargeldhaltung in der letzten Unterlegungsperiode (Bargeldkomponente). Vor der Anpassung im Jahr 2019 wurde der Freibetrag auf Basis der Unterlegungsperiode November 2014 berechnet. Für Kontoinhaber, die nicht der Mindestreservepflicht unterliegen (z. B. ausländische Banken und andere inländische sowie ausländische Finanzmarktteilnehmer), beläuft sich der Freibetrag auf 10 Mio. Franken.

Die Höhe der Mindestreserven berechnet sich für jede Bank nach einer einheitlichen Methode aufgrund ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten in Franken gegenüber Dritten. Banken, die im Verhältnis zu ihren Mindestreserven hohe Sichtguthaben bei der Nationalbank halten, werden durch den Negativzins stärker belastet als andere. Mit der dynamischen Berechnung der Basiskomponente werden die Entwicklungen in den Bilanzen der Banken über die Zeit berücksichtigt. Durch die beiden Erhöhungen des Freibetragsfaktors trug die Nationalbank zudem der zusätzlichen Liquiditätszufuhr ins Bankensystem Rechnung. Die Nationalbank überprüft die Berechnung des Freibetrags regelmässig.

Der Negativzins wird flächendeckend mit möglichst wenigen Ausnahmen angewendet. Dies entspricht dem Gebot der Gleichbehandlung und erhöht die geldpolitische Wirksamkeit des Instruments. Vom Negativzins ausgenommen sind lediglich die Girokonten der zentralen Bundesverwaltung und von compenswiss (Ausgleichsfonds AHV/IV/EO), wobei die Nationalbank die Entwicklung der Giroguthaben auf diesen Konten beobachtet.

SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität

Am 25. März 2020 kündigte die Nationalbank die Schaffung der neuen SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität (CRF) an. Die Fazilität erlaubt es den Banken, auf besicherter Basis bei der Nationalbank Liquidität zum SNB-Leitzins von $-0,75\%$ zu beziehen. Als Sicherheiten nimmt die Nationalbank Kredite entgegen, die der Bund im Rahmen der COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung garantiert. Forderungen, die durch kantonale Bürgschaften oder Kreditausfallgarantien gesichert sind, sofern diese zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gewährt wurden, gelten auch als Sicherheiten. Ebenfalls als Sicherheiten akzeptiert die Nationalbank Forderungen, die im Rahmen der Start-up-Solidarbürgschaften des Bundes in Kooperation mit den Kantonen gesichert sind, sowie weitere vom Bund verbürgte Kredite. Die Entgegennahme von einzelnen Bankkrediten war unter den bisherigen Voraussetzungen bzw. Zulassungskriterien für Sicherheiten nicht vorgesehen. Eine rasche und effiziente Übernahme dieser Kredite war nur möglich, weil mit der COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung die Grundlage für eine vereinfachte Übertragung auf die SNB geschaffen wurde.

Beanspruchung der CRF durch die Banken im Jahr 2020

Die SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität (CRF) wird von den Banken seit ihrer Einführung rege genutzt. Ende 2020 bezogen sie über die CRF von der Nationalbank Liquidität im Umfang von 11,2 Mrd. Franken. Die eingereichten rund 112 000 Sicherheiten stammten hauptsächlich aus den vom Bund verbürgten COVID-19-Überbrückungskrediten, die damit zu rund zwei Dritteln bei der Nationalbank refinanziert wurden. Die Fazilität wurde insbesondere in den ersten Monaten nach ihrer Einführung stark in Anspruch genommen. Ende April bezogen Banken bereits Liquidität von mehr als 8,4 Mrd. Franken über die CRF. Im weiteren Jahresverlauf nahm die Nutzung weniger stark zu. Die maximale Beanspruchung der CRF wurde Ende November mit einem Wert von 11,4 Mrd. Franken erreicht. Der Grossteil der refinanzierten Kredite betraf kleinere und mittlere Unternehmen. Fast drei Viertel der Unternehmen, deren COVID-19-Kredit von der Bank bei der SNB refinanziert wurde, hatten weniger als fünf Vollzeitstellen, und 98% der Unternehmen wiesen weniger als 50 Vollzeitstellen auf. Über die CRF wurden Kredite von Unternehmen aus praktisch allen Branchen refinanziert. Die gemäss Anzahl Kredite bedeutendsten waren unternehmensnahe Dienstleistungen, Detail- und Grosshandel (ohne Motorfahrzeuge), Baugewerbe sowie Gastgewerbe und Gastronomie.

Die Nationalbank stellt den Geschäftspartnern während des Tages über Repogeschäfte zinslos Liquidität (Innertagsfazilität) zur Verfügung, um die Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Swiss Interbank Clearing (SIC) und Devisentransaktionen im multilateralen Devisenabwicklungssystem (Continuous Linked Settlement) zu erleichtern. Der bezogene Geldbetrag muss spätestens am Ende desselben Bankwerktags zurückbezahlt werden.

Innertagsfazilität

Die durchschnittliche Benutzung der Innertagsfazilität belief sich im Jahr 2020 auf 1,1 Mrd. Franken.

Zur Überbrückung von unerwarteten Liquiditätsengpässen bietet die Nationalbank eine Engpassfinanzierungsfazilität (EFF) an. Zu diesem Zweck räumt sie den Geschäftspartnern eine Limite ein, die dauernd zu mindestens 110% mit SNB-repofähigen Effekten gedeckt sein muss. Ein Geschäftspartner kann im Ausmass der gewährten Limite Liquidität bis zum nächsten Bankwerktag beziehen. Die EFF wird in Form eines Repogeschäfts zum Sondersatz gewährt. Der Sondersatz entspricht dem SNB-Leitzins mit einem Aufschlag von 0,5 Prozentpunkten.

Engpassfinanzierungsfazilität

Per 1. Juli 2020 wurde die Untergrenze für den Sondersatz von mindestens 0,5% auf mindestens 0% gesenkt. Die EFF wurde kaum beansprucht; im Jahresdurchschnitt betrug der Bestand nahezu null. Die EFF-Limiten beliefen sich auf 36,8 Mrd. Franken; Ende Jahr hielten 75 Finanzmarktteilnehmer eine entsprechende Limite.

Im Jahr 2020 wurde eine angepasste Form der EFF für systemisch bedeutende Finanzmarktinfrastrukturen mit Sitz in der Schweiz etabliert. Der Bezug von Liquidität in Franken muss bis zu einer definierten Obergrenze ebenfalls zu mindestens 110% mit SNB-repofähigen Effekten gedeckt sein.

VERSORGUNG DES GELDMARKTES MIT LIQUIDITÄT

Liquiditätswirksame Operationen in Mio. Franken¹

	2020	2019
Offenmarktgeschäfte		
Repogeschäfte ^{2,3}	+ 4 068	+ 40
Devisenswaps ²	–	–
SNB Bills ^{2,4}	–	–6
Devisengeschäfte	+ 109 675	+ 13 241
Stehende Fazilitäten		
CRF ²	+ 7 553	–
Innertagsfazilität ⁵	+ 1 111	+ 416
Engpassfinanzierungsfazilität ²	0	0
Weitere geldpolitische Instrumente		
Verzinsung der Girokontoguthaben	– 1 378	– 1 938

1 Plus (+) bedeutet liquiditätszuführend; minus (–) bedeutet liquiditätsabschöpfend.

2 Durchschnittlicher Bestand der an den Tagesenden ausstehenden Operationen.

3 Feinsteuerungsoperationen, längerfristige Operationen im Auktionsverfahren und Operationen zu Testzwecken.

4 Operationen zu Testzwecken.

5 Durchschnittlicher Umsatz pro Tag.

2.4 MINDESTRESERVEN

Grundzüge der Regelung

Die Mindestreservepflicht (Art. 17, 18 und 22 NBG) sichert eine minimale Nachfrage der Banken nach Notenbankgeld und erfüllt damit einen geldpolitischen Zweck. Zu den anrechenbaren Aktiven in Franken zählen die Umlaufmünzen, die Banknoten und die Sichtguthaben (Giroguthaben) bei der Nationalbank. Das Mindestreserveerfordernis beträgt 2,5% der massgeblichen Verbindlichkeiten. Diese berechnen sich als Summe aus kurzfristigen (bis 90 Tage), auf Franken lautenden Verbindlichkeiten und 20% der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform. Die Nationalbankverordnung (NBV) regelt im Detail, welche Bilanzpositionen unterlegungspflichtig sind. Das Mindestreserveerfordernis muss im Durchschnitt der jeweiligen Unterlegungsperiode vom 20. eines Monats bis zum 19. des Folgemonats erfüllt werden. Es berechnet sich aus dem Durchschnitt der letzten drei Monatsendwerte der massgeblichen Verbindlichkeiten.

Die Mindestreserven bilden seit Beginn der Erhebung des Negativzinses im Januar 2015 die Grundlage für die Bemessung der Freibeträge inländischer Banken.

Erfüllt eine Bank das Mindestreserveerfordernis nicht, so hat sie der Nationalbank den Fehlbetrag für die Anzahl Tage der jeweiligen Unterlegungsperiode zu verzinsen. Der Zinssatz liegt vier Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Tagesgeldsatz (SARON) der jeweiligen Unterlegungsperiode.

MINDESTRESERVEN

in Mio. Franken

	2020 Bestand Durchschnitt	2019 Bestand Durchschnitt
Giroguthaben bei der SNB	585 413	481 079
Banknoten	6 286	6 466
Umlaufmünzen	105	112
Anrechenbare Aktiven	591 804	487 657
Erfordernis	19 209	17 399
Übererfüllung	572 595	470 259
Erfüllungsgrad in Prozent	3 080	2 803

Im Jahr 2020 (20. Dezember 2019–19. Dezember 2020) betragen die gesetzlich erforderlichen Mindestreserven im Durchschnitt 19,2 Mrd. Franken. Dies entspricht einem Anstieg von 10% gegenüber dem Vorjahr. Die anrechenbaren Aktiven stiegen auf durchschnittlich 591,8 Mrd. Franken gegenüber 487,7 Mrd. Franken im Vorjahr. Die Banken übertrafen damit das Erfordernis im Jahresmittel um 572,6 Mrd. Franken. Die gesetzlichen Mindestreservvorschriften wurden von allen 224 Banken erfüllt.

2.5 LIQUIDITÄT IN FREMDWÄHRUNGEN

Permanentes Netzwerk von Swapabkommen

Seit 2013 bestehen zwischen der Nationalbank, der Bank of Canada, der Bank of England, der Bank of Japan, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) unbefristete bilaterale Liquiditäts-Swapabkommen. Dieses permanente Netzwerk von Swapabkommen ermöglicht es den beteiligten Zentralbanken, den Banken in ihrem Währungsgebiet bei Bedarf Liquidität in den jeweiligen Währungen anzubieten, und wirkt damit als vorsorgliche Massnahme gegen Liquiditätsengpässe.

Zeitweise starke Nachfrage nach Liquidität in US-Dollar

Die Nationalbank bot bis März 2020 Repogeschäfte in US-Dollar mit einer Laufzeit von sieben Tagen wöchentlich an. Wie im Vorjahr gab es in diesem Zeitraum dafür keine Nachfrage.

Im Zuge der Corona-Pandemie kam es ab März an den globalen US-Dollar-Finanzierungsmärkten zu Verwerfungen. Zur Stärkung der Liquiditätsversorgung kündigte die Nationalbank am 15. März 2020 gemeinsam mit der Bank of Canada, der Bank of England, der Bank of Japan, der EZB und der Fed an, die Preiskonditionen bei den bestehenden US-Dollar-Swapabkommen per 16. März von 50 Basispunkten auf 25 Basispunkte zu senken. Als neuer Zinssatz für die US-Dollar-Liquiditätsoperationen kam fortan der Overnight-Index-Swap-Satz für US-Dollars für die Laufzeit der Operation zuzüglich 25 Basispunkten zur Anwendung. Zusätzlich wurden neu wöchentlich US-Dollars mit einer Laufzeit von 84 Tagen angeboten. Am 20. März kamen die Zentralbanken ausserdem überein, die Frequenz der Operationen mit sieben-tägiger Laufzeit per 23. März von wöchentlich auf täglich zu erhöhen.

Nachdem sich die Finanzierungsbedingungen für US-Dollars verbessert hatten und die Nachfrage bei den Operationen zur US-Dollar-Liquiditätsversorgung wieder abgenommen hatte, kündigte die Nationalbank am 19. Juni gemeinsam mit den anderen beteiligten Zentralbanken und in Absprache mit der Fed an, die Frequenz für Operationen mit einer Laufzeit von sieben Tagen ab Juli von täglich auf dreimal pro Woche zu reduzieren. Am 20. August folgte die Bekanntgabe einer weiteren Reduktion der Frequenz für diese Operationen ab September auf einmal pro Woche. Operationen mit einer Laufzeit von 84 Tagen wurden weiterhin wöchentlich durchgeführt.

Den Höchstwert erreichte das ausstehende Volumen aus der Nachfrage in den US-Dollar-Auktionen der Nationalbank Ende April 2020. Mit rund 11 Mrd. US-Dollar entsprach dieses Volumen etwa 3% des gesamten Bezugs von US-Dollar über verschiedene Swapabkommen zwischen der Fed und anderen Zentralbanken weltweit.

Im Rahmen dieser bilateralen Swapabkommen musste keine Liquidität in weiteren Fremdwährungen oder in Franken offeriert werden.

Weitere bilaterale und befristete Swapabkommen bestehen seit dem Jahr 2012, 2014 bzw. 2018 mit der polnischen, der chinesischen und der südkoreanischen Zentralbank.

Weitere Swapabkommen

2.6 AUSSERORDENTLICHE LIQUIDITÄTSHILFE

Die Nationalbank kann als Kreditgeberin in letzter Instanz (lender of last resort) auftreten. Im Rahmen dieser ausserordentlichen Liquiditätshilfe kann sie einer oder mehreren inländischen Banken Liquidität zur Verfügung stellen, wenn diese Institute nicht mehr in der Lage sind, sich am Markt ausreichend Liquidität zu beschaffen.

SNB als «lender of last resort»

Die Gewährung ausserordentlicher Liquiditätshilfe ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. So muss die kreditsuchende Bank oder Bankengruppe für die Stabilität des Finanzsystems von Bedeutung und solvent sein. Weiter muss die Liquiditätshilfe jederzeit vollständig durch ausreichende Sicherheiten gedeckt sein. Welche Sicherheiten als Deckung für die Liquiditätshilfe zugelassen werden, bestimmt die Nationalbank. Für die Beurteilung der Solvenz einer Bank oder Bankengruppe holt die Nationalbank die Stellungnahme der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) ein.

Voraussetzungen

3

Gewährleistung der Bargeldversorgung

3.1 GRUNDLAGEN

Auftrag Die Nationalbank verfügt über das Monopol zur Ausgabe von Banknoten. Sie hat gemäss Art. 5 Abs. 2 Bst. b des Nationalbankgesetzes (NBG) die Versorgung des Landes mit Bargeld (Banknoten und Münzen) zu gewährleisten. Sie sorgt für einen effizienten und sicheren Barzahlungsverkehr. Im Auftrag des Bundes übernimmt sie auch die Verteilung der Münzen.

Rolle der SNB Die Versorgung der Wirtschaft mit Bargeld erfolgt über die beiden Kassenstellen an den Sitzen in Bern und Zürich sowie – bis Ende 2020 – 14 Agenturen, die im Auftrag der Nationalbank von Kantonalbanken geführt werden. Die Urner Kantonalbank kündigte die Vereinbarung mit der SNB, und in der Folge wurde die Agentur Altdorf Ende des Jahres geschlossen. Da in der Zentralschweiz ein dichtes Agenturnetz zur Verfügung steht, ist die Bargeldversorgung weiterhin gewährleistet. Die Nationalbank gibt die Banknoten und Münzen nach den Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs aus, gleicht saisonale Schwankungen aus und nimmt nicht mehr zirkulationsfähige Banknoten und Münzen zurück. Die Feinverteilung der Banknoten und Münzen sowie deren Rücknahme nehmen die Banken, die Post sowie auf Verarbeitung von Bargeld spezialisierte Unternehmen (Bargeldverarbeiter) wahr.

3.2 KASSENSTELLEN, AGENTUREN UND BARGELDDEPOTS

Umsatz der Kassenstellen Die Kassenstellen der Nationalbank in Bern und Zürich verzeichneten im Jahr 2020 Kassenumsätze (Ein- und Ausgänge) in der Höhe von 72,9 Mrd. Franken (Vorjahr: 105,8 Mrd. Franken). Sie nahmen insgesamt 276,1 Mio. Noten (382,4 Mio.) und 260,2 Mio. Münzen (287,6 Mio.) entgegen. Die Nationalbank prüfte die eingehenden Noten und Münzen auf Quantität, Qualität und Echtheit. Den Eingängen standen Ausgänge von 297,5 Mio. Noten (399,7 Mio.) und 268,5 Mio. Münzen (352,8 Mio.) gegenüber.

Umsätze der Agenturen Die Agenturen unterstützen die Kassenstellen der Nationalbank bei der Ausgabe und der Rücknahme von Bargeld. Sie nehmen eine wichtige Funktion bei der Gewährleistung der regionalen Bargeldversorgung wahr, indem sie neben den Filialen der agenturführenden Kantonalbanken auch Drittbanken (lokale Institute oder Filialen grösserer Bankengruppen) für den Bargeldbezug offenstehen.

Die Umsätze (Ein- und Ausgänge) der Agenturen betragen 10,0 Mrd. Franken (13,4 Mrd. Franken). Sie beliefen sich damit auf 13,7% (12,7%) des Umsatzes der Kassenstellen der Nationalbank.

Die wichtigsten Partner der Nationalbank bei der Bargeldlogistik sind Banken, Post und Bargeldverarbeiter. Sie führen ihre Geschäftstätigkeit an eigenen Standorten in der Schweiz durch. Damit die Versorgung des Landes mit Bargeld jederzeit gewährleistet ist, führt die Nationalbank je ein Bargeldlogistikzentrum am Sitz Zürich und am Sitz Bern und erlässt Vorschriften über die Art und Weise, den Ort und die Zeit der Einlieferungen und Bezüge von Banknoten und Münzen. Sie stützt sich dabei auf das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG).

Bargeldlogistik

Bargeldverarbeiter können bei der Nationalbank die Einrichtung eines Bargelddepots beantragen. Bargelddepots sind Noten- und Münzlager, die im Eigentum der Nationalbank sind, aber bei Dritten eingerichtet werden. Die Bargeldverarbeiter zahlen Überschüsse in das Depot ein und beziehen daraus bei Bedarf Bargeld. Die entsprechenden Verbuchungen werden über ihre Girokonten bei der Nationalbank vorgenommen. Bargelddepots führen zu einer Reduktion der Bargeldeingänge und -ausgänge bei der Nationalbank, zu weniger Transporten der Depotbetreiber und somit zu Effizienzsteigerungen in der Bargeldversorgung.

Bargelddepots

3.3 BANKNOTEN

Gemäss Art. 7 WZG gibt die Nationalbank Banknoten nach den Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs aus und nimmt abgenutzte, beschädigte und infolge saisonaler Schwankungen überschüssige Noten zurück. Die Nationalbank bestimmt die Nennwerte und die Gestaltung der Noten. Besondere Bedeutung kommt der Sicherheit der Banknoten zu.

Auftrag

Der Notenumlauf belief sich im Jahresdurchschnitt 2020 auf 84,4 Mrd. Franken. Er lag damit 5,8% über dem Vorjahresstand. Die Zahl der insgesamt zirkulierenden Banknoten betrug durchschnittlich 513,4 Mio. und lag 5,2% höher als 2019.

Notenumlauf

Wie in Krisensituationen üblich wurden auch im Zuge der Coronakrise die grossen Stückelungen zur Wertaufbewahrung stärker nachgefragt. Demgegenüber wurde bei den kleinen Notenstückelungen und den Münzen während der behördlich angeordneten teilweisen Stilllegung der Wirtschaft im Frühling 2020 sowie den erneuten Eindämmungsmassnahmen im vierten Quartal eine geringere Nachfrage als üblich verzeichnet. Dies dürfte auf die reduzierte Wirtschaftsaktivität sowie auf eine aus Hygieneüberlegungen erhöhte Vorsicht des Publikums im Umgang mit Bargeld zurückzuführen sein. Zudem hatten viele Geschäfte Bedenken, dass es durch den Kontakt mit Banknoten und Münzen zu Ansteckungen kommen könnte. Daher forderten sie ihre Kunden auf, wenn möglich bargeldlos zu bezahlen. Wie sich die Coronakrise mittel- und langfristig auf die Bargeldnutzung auswirken wird, lässt sich noch nicht abschätzen.

**Auswirkungen
der Coronakrise**

Zweite Umfrage zur Zahlungsmittelnutzung

Die Nationalbank führte im Jahr 2020 zum zweiten Mal eine repräsentative Umfrage über die Nutzung der verschiedenen Zahlungsmittel in der Schweiz durch. Dafür wurden 2000 zufällig ausgewählte, in der Schweiz wohnhafte Personen mit einem Fragebogen und einem Zahlungstagebuch zu den Zahlungsgewohnheiten und zur Bargeldbenutzung befragt. Erste Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass im Vergleich zur Umfrage 2017 im Herbst 2020 merklich weniger Bargeld zu Zahlungszwecken verwendet wurde als im gleichen Zeitraum drei Jahre zuvor. Die befragten Personen nutzten v. a. vermehrt die Debitkarte und insbesondere deren Kontaktlosfunktion, aber auch weitere bargeldlose Zahlungsmittel. Die Nationalbank wird Mitte 2021 umfassend über die Ergebnisse zur Zahlungsmittelumfrage informieren.

Ausgabe und Vernichtung

Im Jahr 2020 setzte die Nationalbank 86,8 Mio. (Vorjahr: 181,1 Mio.) druckfrische Banknoten im Nominalwert von 15,0 Mrd. Franken (41,1 Mrd. Franken) in Umlauf. Der sowohl wertmässige als auch stückzahlenmässige hohe Rückgang ist auf die im Vorjahr erfolgte Ausgabe der 1000-Franken-Note und der 100-Franken-Note der 9. Banknotenserie zurückzuführen. Die Nationalbank vernichtete 129,4 Mio. (166,9 Mio.) beschädigte oder zurückgerufene Noten mit einem Nominalwert von 56,8 Mrd. Franken (45,1 Mrd. Franken).

NOTENUMLAUF

Abschnitte in Mio. Stück



10er	79
20er	96
50er	72
100er	141
200er	76
1000er	49

Jahresdurchschnitt 2020

Im Jahr 2020 wurden in der Schweiz 1692 (982) falsche Schweizer Banknoten beschlagnahmt. Dies entspricht 3 (2) Fälschungen pro Million umlaufender Banknoten. Im internationalen Vergleich ist dieser Wert sehr tief.

Fälschungen

Die Banknoten der 6. Serie wurden per 1. Mai 2000 zurückgerufen und sind seit diesem Datum keine offiziellen Zahlungsmittel mehr. Gemäss der am 1. Januar 2020 in Kraft getretenen Änderung des WZG können sie unbeschränkt bei der Nationalbank zum vollen Nennwert umgetauscht werden. Ende 2020 waren noch 17,7 Mio. Noten der 6. Serie im Umlauf, was einem Betrag von 1,0 Mrd. Franken entspricht.

Rückruf und Umtausch von Banknoten der 6. Serie

Die Nationalbank kündigte am 15. Mai 2020 an, dass sie im ersten Halbjahr 2021 den Rückruf der Banknoten der 8. Serie bekanntgeben wird. Bis zum Rückruf bleiben diese Noten gesetzliches Zahlungsmittel.

Rückruf von Banknoten der 8. Serie

KENNZAHLEN ZUM NOTEN- UND MÜNZUMLAUF (JAHRESDURCHSCHNITT)

	2016	2017	2018	2019	2020
Notenumlauf					
Wertmässig (in Mio. Franken)	72 201	76 471	78 997	79 809	84 450
Veränderung gegenüber Vorjahr (in Prozent)	7,2	5,9	3,3	1,0	5,8
Stückmässig (in tausend Noten)	425 876	449 221	471 276	488 060	513 381
Veränderung gegenüber Vorjahr (in Prozent)	4,8	5,5	4,9	3,6	5,2
Münzumlauf					
Wertmässig (in Mio. Franken)	3 062	3 102	3 144	3 180	3 189
Veränderung gegenüber Vorjahr (in Prozent)	1,5	1,3	1,3	1,2	0,3
Stückmässig (in Mio. Münzen)	5 442	5 527	5 617	5 693	5 737
Veränderung gegenüber Vorjahr (in Prozent)	1,7	1,6	1,6	1,3	0,8

3.4 MÜNZEN

Auftrag

Die Nationalbank gewährleistet im Auftrag des Bundes den Münzverkehr. Ihre Rolle ist in Art. 5 WZG umschrieben. Sie übernimmt die von der Swissmint geprägten Münzen und setzt die benötigte Anzahl in Umlauf. Die überschüssigen Münzen nimmt die Nationalbank gegen Vergütung des Nennwerts zurück. Die Leistungen der Nationalbank im Münzwesen sind unentgeltlich, da sie Bestandteil ihres Auftrags zur Bargeldversorgung des Landes sind. Die Nationalbank wird bei der Münzversorgung durch die Post und die Schweizerischen Bundesbahnen gemäss den Bestimmungen der Münzverordnung unterstützt.

Änderung der Münzverordnung

Der Bundesrat beschloss am 18. Dezember 2020 eine Änderung der Münzverordnung, die am 1. März 2021 in Kraft tritt. Neu wird beim Umtausch unterschieden zwischen im normalen Gebrauch abgenutzten Münzen und den durch andere Prozesse oder Verwendungen beschädigten Münzen. Davon betroffen sind insbesondere Münzen, die in Metallverarbeitungsanlagen (Recycling) stark beschädigt werden. Abgenutzte Münzen werden von der SNB weiterhin uneingeschränkt angenommen und zum vollen Nennwert umgetauscht. Beschädigte Münzen werden nur angenommen und entschädigt, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Bundes hat die SNB Bestimmungen publiziert, welche die Einzelheiten regeln.

Münzumsatz

Im Jahr 2020 betrug der durchschnittliche Münzumsatz 3,2 Mrd. Franken, was einer Stückzahl von 5,7 Mrd. Münzen (Vorjahr: 5,7 Mrd.) entsprach. Der wertmässige Zuwachs fiel mit 0,3% tiefer aus als im Vorjahr.

4

Erleichterung und Sicherung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

4.1 GRUNDLAGEN

Gemäss Art. 5 Abs. 2 Bst. c des Nationalbankgesetzes (NBG) erleichtert und sichert die Nationalbank das Funktionieren bargeldloser Zahlungssysteme. Art. 9 NBG ermächtigt sie, für Banken und andere Finanzmarktteilnehmer Sichtkonten (Girokonten) zu führen.

Auftrag

Die SNB erfüllt ihren gesetzlichen Auftrag zur Erleichterung und Sicherung des Funktionierens bargeldloser Zahlungssysteme, indem sie als Auftraggeberin und Systemmanagerin des Zahlungssystems Swiss Interbank Clearing (SIC-System) fungiert. Das SIC-System ist das zentrale Zahlungssystem für Zahlungen in Franken. Die Nationalbank legt den Teilnehmerkreis fest, versorgt das System mit Liquidität und bestimmt die Funktionalitäten und Abwicklungsregeln. Damit sorgt die SNB dafür, dass der bargeldlose Zahlungsverkehr über eine leistungsfähige Infrastruktur verfügt. Als systemisch bedeutsame Finanzmarktinfrastruktur wird das SIC-System von der Nationalbank überwacht (siehe Kapitel 6.4).

**Rolle im bargeldlosen
Zahlungsverkehr**

Das SIC-System ist ein Echtzeit-Brutto-Abwicklungssystem für Zahlungen in Franken. Dies bedeutet, dass die Zahlungen laufend, einzeln, endgültig und unwiderruflich in Zentralbankgeld abgewickelt werden. Über das SIC-System wickeln Banken und andere Finanzmarktteilnehmer sowohl Interbankenzahlungen (Zahlungen zwischen Finanzinstituten sowie Drittsystemzahlungen) als auch Kundenzahlungen in Franken ab. Die Kundenzahlungen werden hauptsächlich durch Zahlungsinstrumente wie Banküberweisungen und Lastschriften ausgelöst. Ebenso wird ein Teil der Verpflichtungen aus Zahlungen mit Karten gebündelt über das SIC-System unter den Teilnehmern verrechnet.

**Hauptmerkmale
des SIC-Systems**

Die Nationalbank überträgt zu Beginn eines Clearingtages Guthaben von den Girokonten der SIC-Teilnehmer auf deren Verrechnungskonten im SIC-System. Während des Tages sorgt sie für ausreichende Liquidität im SIC-System, indem sie den Banken bei Bedarf mit Wertschriften besicherte Innertagskredite gewährt (siehe Kapitel 2.3). Am Ende eines Clearingtages berechnet sie anhand der Umsätze der einzelnen SIC-Teilnehmer die Guthaben, die von den Verrechnungskonten auf die Girokonten bei der SNB transferiert werden. Rechtlich gesehen bilden die beiden Konten eine Einheit.

Betrieb des SIC-Systems

Mit dem Betrieb des SIC-Systems hat die SNB die SIX Interbank Clearing AG (SIC AG), eine Tochtergesellschaft der SIX Group AG (SIX), betraut. Der Auftrag, Dienstleistungen für das SIC-System zu erbringen, ist zwischen der Nationalbank und der SIC AG vertraglich geregelt. Ferner nimmt die Nationalbank Einsitz im Verwaltungsrat der SIC AG und in verschiedenen Zahlungsverkehrsgremien, in denen sie ihre vom Mandat abgeleiteten Interessen einbringt. Die Geschäftsbeziehung zwischen der Nationalbank und den SIC-Teilnehmern ist im SIC-Girovertrag geregelt.

Zulassung zum SIC-System

Die Nationalbank lässt inländische Finanzmarktteilnehmer zum SIC-System zu. Dazu gehören Banken, Wertpapierhäuser, Versicherungen und weitere Institute wie Bargeldverarbeiter, Finanzmarktinfrastrukturen sowie Fintech-Unternehmen (siehe Kapitel 4.2). Zum SIC-System Zugang haben darüber hinaus auch Drittsystembetreiber, die Belastungen oder Gutschriften auf den Konten von anderen Teilnehmern vornehmen können. Die SNB kann ausländische Finanzmarktteilnehmer ebenfalls zum SIC-System zulassen. Im Grundsatz gilt, dass Teilnehmer einen wesentlichen Beitrag zum gesetzlichen Auftrag der SNB leisten müssen, ohne erhebliche Risiken einzubringen.

SIC-System als Teil der Schweizer Finanzmarktinfrastruktur

Das SIC-System ist ein zentrales Element des schweizerischen Finanzplatzes. Die Finanzmarktinfrastruktur wird durch die SIX betrieben, die sich im Besitz von rund 120 Finanzinstituten befindet. Diese sind zugleich Hauptnutzer der von der SIX erbrachten Dienstleistungen. Eine gut funktionierende, sichere und effiziente Finanzmarktinfrastruktur ist für die Nationalbank zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben, insbesondere die Erleichterung und Sicherung des Funktionierens bargeldloser Zahlungssysteme, von grosser Bedeutung. Die Nationalbank steht in einem regelmässigen Austausch mit der SIX und den Banken, um die Schweizer Finanzmarktinfrastruktur weiterzuentwickeln.

4.2 DAS SIC-SYSTEM IM JAHR 2020

Kennzahlen

Im Jahr 2020 wurden pro Tag im Durchschnitt rund 2,9 Mio. Transaktionen im Wert von 178 Mrd. Franken über das SIC-System abgewickelt. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der durchschnittlich pro Tag abgewickelten Transaktionen um 9,3%, während die Umsätze um 12,8% zunahmen. An Spitzentagen wurden bis zu 9,3 Mio. Transaktionen und Umsätze von bis zu 276 Mrd. Franken verzeichnet. Der Umsatzanstieg lässt sich mit der erhöhten Handelsaktivität am Repomarkt (siehe Kapitel 2.2.) und der schrittweisen Überführung des Zahlungsverkehrs der PostFinance mit anderen Banken in das SIC-System erklären.

97,5% der Transaktionen im SIC-System entfielen auf Kundenzahlungen (10,3% des Umsatzes) und 2,5% (89,7% des Umsatzes) auf Interbankenzahlungen.

KENNZAHLEN ZUM SIC-SYSTEM

	2016	2017	2018	2019	2020
Anzahl Transaktionen					
Tagesdurchschnitt (in Tausend)	1 765	2 035	2 432	2 623	2 867
Höchster Tageswert des Jahres (in Tausend)	5 670	7 025	7 436	7 484	9 286
Anteil Interbankenzahlungen (in Prozent)	3,6	3,2	2,6	2,4	2,5
Anteil Kundenzahlungen (in Prozent)	96,4	96,8	97,4	97,6	97,5
Umsatz					
Tagesdurchschnitt (in Mrd. Franken)	153	173	156	158	178
Höchster Tageswert des Jahres (in Mrd. Franken)	266	227	249	240	276
Durchschnittswert pro Transaktion (in Franken)	86 914	84 941	64 081	60 256	62 160
Anteil Interbankenzahlungen (in Prozent)	90,4	91,1	89,2	88,6	89,7
Anteil Kundenzahlungen (in Prozent)	9,6	8,9	10,8	11,4	10,3
Sichtguthaben der SIC-Teilnehmer und Innertagsfazilität					
Durchschnittliche Sichtguthaben am Tagesende (in Mio. Franken)	463 038	519 433	524 801	521 595	621 458
Durchschnittlich bezogene Inner- tagsfazilität (in Mio. Franken)	1 060	1 086	1 061	416	1 111

Die Nationalbank zählte am 31. Dezember 2020 insgesamt 394 Girokontoinhaber (Vorjahr: 403). Davon nahmen 321 (323) am SIC-System teil, wobei mit 238 (234) die Mehrheit der SIC-Teilnehmer im Inland domiziliert war. Ausserdem haben sechs Drittsystembetreiber Zugang.

Teilnehmer am SIC-System

Weiterentwicklung des Zahlungsverkehrs

Der bargeldlose Zahlungsverkehr ist besonders stark von Innovationen in der Finanzindustrie tangiert. Ausgehend von ihrem Mandat im bargeldlosen Zahlungsverkehr schafft die Nationalbank als Auftraggeberin des SIC-Systems angemessene Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in Franken.

SIC5 und Instant Payments

Im Berichtsjahr lancierten die SNB und die SIC AG das Projekt SIC5 zur Weiterentwicklung des SIC-Systems. SIC5 erlaubt u. a. die Abwicklung von Instant Payments, d. h. von bargeldlosen Kundenzahlungen, die rund um die Uhr verarbeitet werden und bei denen die Endbegünstigten innert Sekunden über den Zahlungsbetrag verfügen können. Die neue SIC5-Plattform soll voraussichtlich 2023 den Betrieb aufnehmen und zunächst Instant Payments abwickeln. Danach werden die weiteren Zahlungsarten des SIC-Systems wie z. B. Interbankenzahlungen auf die neue Plattform migriert und können damit ebenfalls die Vorteile der Weiterentwicklungen nutzen. Das Projekt SIC5 wird unter engem Einbezug der SIC-Teilnehmer erarbeitet.

Zulassung von Fintech-Unternehmen

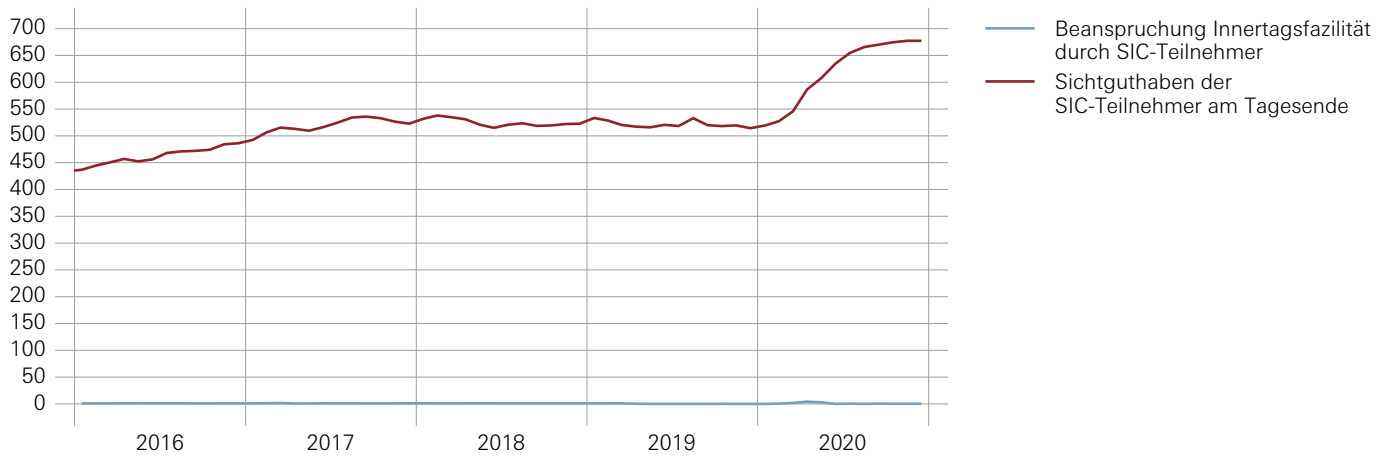
Nachdem Anfang 2019 die revidierte Bankenverordnung mit der neuen Bewilligungskategorie für Unternehmen aus dem Fintech-Bereich in Kraft getreten war, entschied die Nationalbank im Januar 2020, denjenigen Unternehmen mit Fintech-Bewilligung den Zugang zum SIC-System zu gewähren, die ein für den Zahlungsverkehr in Franken massgebliches Geschäftsmodell betreiben. Im Februar 2020 erhielt das erste Unternehmen mit einer Fintech-Bewilligung Zugang zum SIC-System.

Secure Swiss Finance Network

Im Jahr 2019 hatte die Nationalbank zusammen mit der SIX ein Projekt zur Entwicklung eines sicheren Netzwerkverbunds für den Schweizer Finanzplatz (Secure Swiss Finance Network, SSFN) lanciert. Das Ziel des Projekts ist es, die Sicherheit und Resilienz von Netzwerkverbindungen zum SIC-System und weiteren Finanzmarktinfrastrukturen zu erhöhen. Das Projekt sieht vor, dass in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsanbietern und deren Teilnehmern auf Basis der an der ETH Zürich entwickelten Routing-Architektur SCION (Scalability, Control and Isolation on Next-Generation Networks) ein neues sicheres Netzwerk errichtet wird. Im neuen SCION-Netzwerk werden nicht nur Meldungen zwischen den Finanzmarktinfrastrukturen und den Teilnehmern ausgetauscht, sondern zusätzlich können über die gleiche Architektur auch Daten unter den Teilnehmern gesichert ausgetauscht werden. Das Projekt befand sich 2020 in der Pilotphase. Externe Gutachten bestätigten die Tauglichkeit und Sicherheit des SSFN auf technischer Ebene. Wenn die Pilotphase erfolgreich abgeschlossen wird und weitere Aufbauarbeiten erledigt werden können, soll das SSFN ab 2021 sukzessive die bestehende Kommunikationsverbindung zum SIC-System ersetzen.

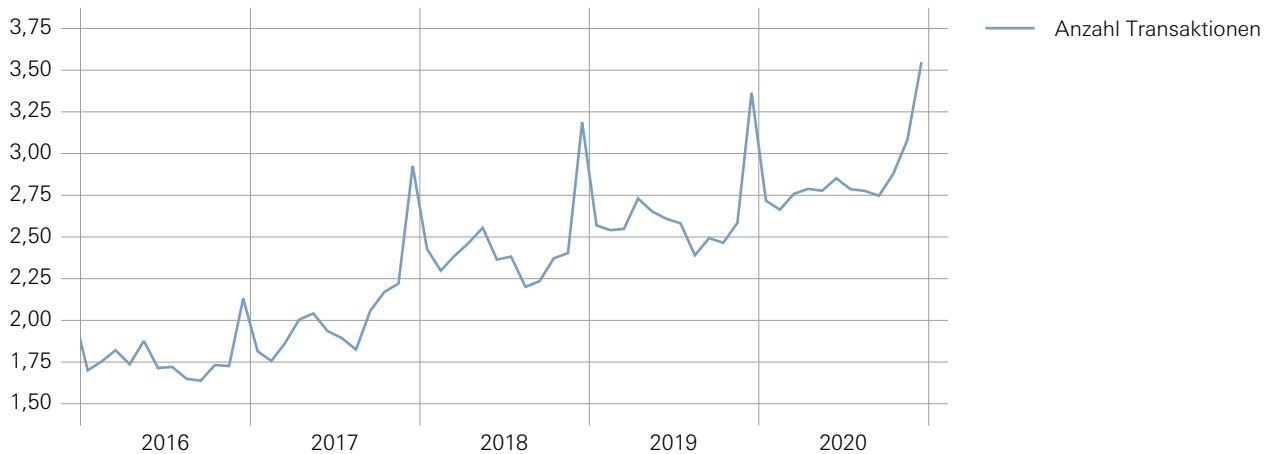
SICHTGUTHABEN UND INNERTAGSFAZILITÄT IM SIC-SYSTEM

Monatsdurchschnitte aus Tageswerten in Mrd. Franken



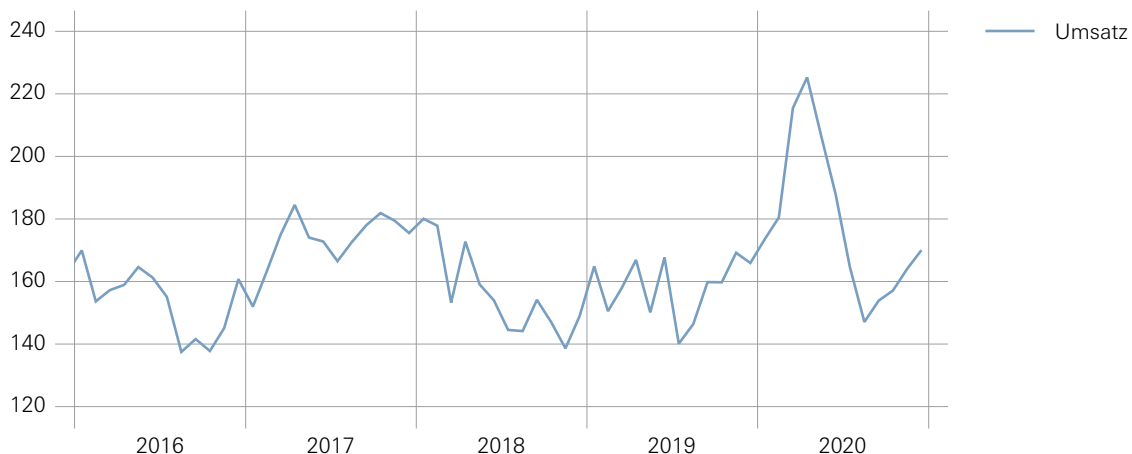
TRANSAKTIONEN IM SIC-SYSTEM

Monatsdurchschnitte aus Tageswerten in Mio. Transaktionen



UMSATZ IM SIC-SYSTEM

Monatsdurchschnitte aus Tageswerten in Mrd. Franken



**Endpunktsicherheit
zur Verringerung
des Betrugsrisikos**

Im Jahr 2018 hatte das Committee on Payments and Market Infrastructures (CPMI) der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) Empfehlungen zur Reduzierung von Betrugsrisiken in Grossbetragszahlungssystemen im Zusammenhang mit der Endpunktsicherheit (Endpoint Security) veröffentlicht. Unter Endpunktsicherheit im Zahlungsverkehr versteht man den Schutz von sämtlichen Endpunkten gegen unerlaubte Fremdzugriffe. Endpunkte sind Geräte, Applikationen und Systeme, die der Einlieferung von Zahlungsmeldungen in das Grossbetragszahlungssystem dienen. Die Nationalbank plant, bis Ende 2021 aus diesen Empfehlungen abgeleitete verbindliche Anforderungen gegenüber den SIC-Teilnehmern zu definieren. Sie sollen 2022 umgesetzt werden. Danach wird die SNB auch die Einhaltung der Anforderungen prüfen.

5.1 GRUNDLAGEN

Die Aktiven der Nationalbank erfüllen wichtige geld- und währungspolitische Funktionen. Sie bestehen vorwiegend aus Anlagen in Fremdwährungen, aus Gold sowie zu einem kleinen Teil aus Aktiven in Franken. Ihre Höhe und Zusammensetzung werden durch die geltende Währungsordnung und die Bedürfnisse der Geldpolitik bestimmt. Art. 5 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes (NBG) überträgt der Nationalbank die Aufgabe, die Währungsreserven zu verwalten. Gemäss Art. 99 Abs. 3 der Bundesverfassung hält sie einen Teil davon in Gold.

Auftrag

Die Nationalbank hält die Währungsreserven hauptsächlich in Form von Devisenanlagen und Gold. Zu den Währungsreserven gehören auch die Reserveposition beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und die internationalen Zahlungsmittel.

Währungsreserven

Währungsreserven ermöglichen es der Nationalbank, jederzeit über geld- und währungspolitischen Handlungsspielraum zu verfügen. Sie wirken überdies vertrauensbildend und dienen der Vorbeugung und Überwindung allfälliger Krisen. Ihre Höhe ergibt sich im gegenwärtigen Umfeld weitgehend aus der Umsetzung der Geldpolitik. Der Bestand an Währungsreserven vervielfachte sich seit Beginn der Finanz- und Schuldenkrise. Hatte der Bestand Ende 2007 noch 85 Mrd. Franken betragen, belief er sich Ende 2020 auf 962 Mrd. Franken. Der Anstieg ist zu einem wesentlichen Teil auf die Devisenkäufe zur Dämpfung der Frankenaufwertung zurückzuführen.

Die Finanzaktiven in Franken bestehen aus Frankenobligationen, Forderungen aus Repogeschäften und gedeckten Darlehen der 2020 geschaffenen SNB-COVID-19 Refinanzierungsfazilität (CRF).

Finanzaktiven in Franken

Anlagepolitische Grundsätze

Die Anlage der Aktiven untersteht dem Primat der Geld- und Währungspolitik. Mit ihrer Anlagepolitik verfolgt die Nationalbank zwei Hauptziele. Zum einen stellt sie sicher, dass ihre Bilanz jederzeit zu geldpolitischen Zwecken eingesetzt werden kann; die Nationalbank muss insbesondere in der Lage sein, die Bilanz bei Bedarf zu verlängern oder zu verkürzen. Zum anderen strebt die Anlagepolitik an, den langfristigen Wert der Währungsreserven zu erhalten. Um diese Ziele zu erreichen, muss die Anlagepolitik auf eine hohe Liquidität und eine breite Diversifikation ausgerichtet sein.

Aus dem Vorrang der Geldpolitik ergeben sich für die Anlagepolitik Einschränkungen. So sieht die Nationalbank davon ab, Wechselkursrisiken bei ihren Anlagen gegenüber dem Franken abzusichern. Eine solche Absicherung würde eine Frankennachfrage darstellen und damit Aufwertungsdruck erzeugen (siehe Kapitel 5.4). Zudem will die Nationalbank mit ihrer Anlagepolitik keinen Einfluss auf die Märkte nehmen. Sie setzt daher ihre Anlagepolitik möglichst marktschonend um.

Im Rahmen des Anlageprozesses wird sichergestellt, dass keine privilegierten Informationen der Nationalbank in die Anlagetätigkeit einfließen können und keine unerwünschten Signalwirkungen entstehen. Aus diesem Grund verzichtet die Nationalbank auf Anlagen in Aktien aller systemrelevanten Banken. Auch tätigt sie keine Anlagen in Schweizer Aktien oder in Anleihen schweizerischer Unternehmen, und das Frankenanleihen-Portfolio wird passiv bewirtschaftet.

Die Sicherstellung des geld- und währungspolitischen Handlungsspielraums erfordert insbesondere ein hohes Mass an Liquidität der Anlagen. Die Nationalbank legt deshalb einen wesentlichen Teil ihrer Währungsreserven in hochliquiden ausländischen Staatsanleihen an. Dem Aspekt der Sicherheit wird Rechnung getragen, indem die Anlagen so strukturiert werden, dass langfristig mindestens der reale Werterhalt erwartet werden kann. Zum einen wird dieses Ziel über eine breite Diversifikation der Währungen verfolgt. Zum anderen werden die Staatsanleihen in den Hauptwährungen mit weiteren Anlageklassen ergänzt, um das langfristige Rendite-Risiko-Verhältnis zu verbessern. Weil alle Anlagen in Franken bewertet werden, muss die Rendite den langfristigen Aufwertungsstrend des Frankens kompensieren. Dazu braucht es eine hinreichend positive Rendite in den Lokalwährungen. Mit ihrem Ansatz, einen Teil der Währungsreserven breit gestreut in Aktien und Unternehmensanleihen zu investieren, kann die Nationalbank den positiven Renditebeitrag dieser Anlageklassen nutzen. Gleichzeitig behält sie die Flexibilität, um ihre Geld- und Anlagepolitik an geänderte Bedürfnisse anzupassen.

5.2 ANLAGE- UND RISIKOKONTROLLPROZESS

Das Nationalbankgesetz definiert die Zuständigkeiten und konkretisiert den Auftrag der Nationalbank für die Verwaltung der Aktiven. Die Gesamtaufsicht über den Anlage- und Risikokontrollprozess obliegt dem Bankrat. Dieser beurteilt die Grundsätze des Prozesses und überwacht deren Einhaltung. Er wird dabei von einem Risikoausschuss unterstützt, der sich aus drei Mitgliedern des Bankrats zusammensetzt. Dieser Ausschuss überwacht insbesondere das Risikomanagement und beurteilt die Governance des Anlageprozesses. Die interne Berichterstattung des Risikomanagements erfolgt an das Direktorium und den Risikoausschuss.

Zuständigkeiten des Bankrats
und des Risikoausschusses

Das Direktorium definiert die Grundsätze der Anlagepolitik. Dabei geht es um Fragen der Bilanzstruktur, der Anlageziele, der Definition des Anlageuniversums, der Anforderungen an die Anlagestrategie und der zugehörigen Risikotoleranz sowie der Gestaltung des Anlage- und Risikokontrollprozesses. Das Direktorium konkretisiert insbesondere die Anforderungen an die Sicherheit, die Liquidität und den Ertrag der Anlagen und legt den Kreis der zulässigen Währungen, Anlageklassen, Anlageinstrumente und Schuldnerkategorien fest. Es bestimmt die Zusammensetzung der Währungsreserven sowie der übrigen Aktiven und befindet über die Anlagestrategie der Devisenanlagen. Die Anlagestrategie umfasst die Allokation der Devisenanlagen auf die verschiedenen Anlageklassen und Währungen sowie die Festlegung des Bewirtschaftungsspielraums auf operativer Ebene.

... des Direktoriums

Auf der operativen Ebene bestimmt ein internes Anlagekomitee die taktische Allokation der Devisenanlagen, indem es im Rahmen der vom Direktorium strategisch vorgegebenen Bandbreiten Grössen wie Währungsanteile, Laufzeiten der Anleihen und Anteile der verschiedenen Anlageklassen an veränderte Marktbedingungen anpasst.

... des Anlagekomitees

Das Portfoliomanagement verwaltet die einzelnen Portfolios. Der grösste Teil der Devisenanlagen (97%) wird intern bewirtschaftet. Externe Vermögensverwalter werden zu Vergleichszwecken mit dem internen Portfoliomanagement und zur effizienten Erschliessung neuer Anlageklassen eingesetzt. Auf operativer Ebene sind die Zuständigkeiten für geld- und anlagepolitische Geschäfte so organisiert, dass Interessenkonflikte vermieden werden.

... des Portfoliomanagements

... der Niederlassung
Singapur

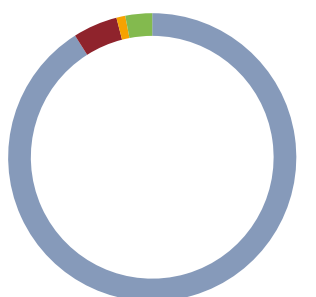
Die Portfolios aus dem asiatisch-pazifischen Raum werden durch die SNB-internen Portfoliomanager der 2013 eröffneten Niederlassung Singapur verwaltet. Es handelt sich um die einzige Niederlassung der Nationalbank im Ausland. Ihre primäre Aufgabe besteht in der effizienten Bewirtschaftung der Währungsreserven aus dem asiatisch-pazifischen Raum. Auch für die Umsetzung der Geldpolitik am Devisenmarkt ist die Präsenz in Asien von Nutzen. Die operativen Tätigkeiten der Niederlassung (Handel und Portfoliomanagement) sind vollständig in den Anlage- und Risikokontrollprozess in der Schweiz integriert.

... des Risikomanagements

Das wichtigste Element zur Steuerung der absoluten Risiken ist eine breite Diversifikation der Anlagen. Die Risikosteuerung und -begrenzung erfolgt über ein System von Referenzportfolios (Benchmarks), Richtlinien und Limiten. Alle massgeblichen finanziellen Risiken auf den Anlagen werden kontinuierlich erfasst, beurteilt und überwacht. Die Risikomessung beruht auf gängigen Risikokennzahlen und Verfahren. Ergänzend dazu werden regelmässig Sensitivitätsanalysen und Stresstests durchgeführt. Bei allen Risikoanalysen wird dem tendenziell langfristigen Anlagehorizont der Nationalbank Rechnung getragen.

Um die Kreditrisiken zu beurteilen und zu steuern, werden die Informationen der führenden Ratingagenturen, Marktindikatoren sowie eigene Analysen herangezogen. Die Kreditlimiten werden aufgrund dieser Informationen festgelegt und angepasst, wenn sich die Einschätzung der Risiken verändert. Zur Verminderung der Gegenpartei Risiken werden die Wiederbeschaffungswerte von Derivaten in der Regel durch Wertschriften besichert. Bei den Risikolimiten werden auch Konzentrations- und Reputationsrisiken berücksichtigt. Die Risikokennzahlen werden über alle Anlagen aggregiert. Die Einhaltung der Richtlinien und der Limiten wird täglich überwacht. Die Risikoanalysen und die Ergebnisse der Risikoüberwachung werden in vierteljährlichen Risikoberichten dem Direktorium und dem Risikoausschuss des Bankrats unterbreitet. Der Jahresbericht des Risikomanagements geht zudem an den Bankrat.

**STRUKTUR DER
NATIONALBANKAKTIVEN**



- Devisenanlagen **91%**
- Gold **5%**
- Finanzaktiven in Franken **1%**
- Weitere Aktiven **3%**

Total: 999 Mrd. Franken
Ende 2020

5.3 ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER AKTIVEN

Ende 2020 betragen die Aktiven der Nationalbank 999 Mrd. Franken und lagen damit 138 Mrd. Franken über dem Vorjahresstand. Sie setzten sich zusammen aus 910 Mrd. Franken in Devisenanlagen, 56 Mrd. Franken in Gold, 7 Mrd. Franken in Sonderziehungsrechten (SZR), 4 Mrd. Franken in Frankenanleihen, 0,5 Mrd. Franken in Forderungen aus Repogeschäften in Franken und 22 Mrd. Franken in übrigen Aktiven. Neu enthält die Bilanz seit diesem Jahr die Position gedeckte Darlehen (11 Mrd. Franken). Es handelt sich dabei um Darlehen, die im Rahmen der im März geschaffenen SNB-COVID-19 Refinanzierungsfazilität (CRF) vergeben wurden. Die Bilanz enthielt Ende 2020 zudem 9 Mrd. Franken an Forderungen aus Repogeschäften in US-Dollar. Im Frühling schloss die SNB im Rahmen der internationalen Zentralbankenaktion zur verbesserten Versorgung der Märkte mit US-Dollar-Liquidität erstmals seit 2012 wieder Repogeschäfte in US-Dollar mit Banken ab.

Entwicklung der Aktiven

Der Anstieg der Bilanzsumme im Jahr 2020 war grösstenteils auf die Zunahme der Devisenanlagen zurückzuführen. Diese erhöhten sich innert Jahresfrist um 116 Mrd. Franken. Hauptgrund für die Zunahme waren die Zuflüsse aus Devisenkäufen.

Ende 2020 standen geringfügig weniger bilanzverlängernde Repogeschäfte in Fremdwährungen aus als im Vorjahr. Solche Repogeschäfte werden im Rahmen des Portfoliomanagements getätigt. Dabei werden für eine bestimmte Laufzeit ausländische Wertschriften gegen Sichtguthaben in Fremdwährungen übertragen; nach Ende der Laufzeit findet eine Rückabwicklung des Geschäfts statt. Da es sich um am Markt gesuchte Wertschriften handelt, kann mit solchen Repogeschäften eine entsprechende Prämie verdient werden. Damit verbunden ist eine vorübergehende Bilanzverlängerung: Zum einen werden die temporär mittels Repos abgegebenen Wertschriften weiterhin im Bestand der SNB geführt, zum anderen werden auch die über die Repos erhaltenen Sichtguthaben und die Verpflichtung, diese am Verfalltermin wieder zurückzuzahlen, bilanziert. Da diese Mittel nicht uneingeschränkt zur Verfügung stehen, werden sie für die Definition der Devisenreserven bzw. Währungsreserven von den Devisenanlagen abgezogen.

Der Goldbestand von 1040 Tonnen blieb im Jahresverlauf unverändert. Sein Wert nahm um knapp 7 Mrd. Franken zu. Die gesamten Währungsreserven beliefen sich Ende 2020 auf 962 Mrd. Franken und lagen damit 126 Mrd. Franken über dem Stand des Vorjahrs.

Währungsreserven

ZUSAMMENSETZUNG DER WÄHRUNGSRESERVEN

in Mrd. Franken

	31.12.2020	31.12.2019
Goldreserven	56	49
Devisenanlagen	910	794
./.. damit verbundene Verbindlichkeiten ¹	-10	-13
Derivate (Netto der Wiederbeschaffungswerte)	0	0
Total Devisenreserven	900	781
Reserveposition beim IWF	2	1
Internationale Zahlungsmittel	4	4
Total Währungsreserven	962	836

¹ Verbindlichkeiten aus Repogeschäften in Fremdwährungen.

Anleihenportfolios

Die Nationalbank hält in ihren Anleihenportfolios überwiegend Staatsanleihen (rund 85% aller Anleihen). Die Auswahl der Staatsanleihen und der entsprechenden Märkte trägt den spezifischen Bedürfnissen der Nationalbank Rechnung und stellt insbesondere ein hohes Mass an Liquidität sicher. Innerhalb eines einzelnen Marktes werden die Anlagen breit über die Laufzeiten verteilt, damit bei Bedarf auch grosse Volumen möglichst ohne Einfluss auf die Preise gekauft oder verkauft werden können. Die Anleihenportfolios der Devisenreserven enthalten neben den Anleihen von Staaten auch Anleihen von staatsnahen Instituten, supranationalen Organisationen, lokalen Gebietskörperschaften, Finanzinstituten (hauptsächlich Pfandbriefe und vergleichbare Papiere) und übrigen Unternehmen.

Die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer (Duration) des Portfolios sank im Jahr 2020 leicht und betrug am Jahresende 4,6 Jahre. Gut 50% der Anleihen wiesen eine negative Verfallrendite auf.

Die Aktien werden passiv und regelgebunden auf der Basis einer strategischen Benchmark bewirtschaftet, die aus einer Kombination von Aktienindizes in verschiedenen Märkten und Währungen besteht. Das Prinzip der breiten Abbildung ganzer Märkte stellt sicher, dass die Nationalbank an den einzelnen Aktienmärkten möglichst neutral agiert. Indem sie auf eine aktive Titelselektion und im Grundsatz auch auf eine Über- oder Untergewichtung einzelner Sektoren verzichtet, vermeidet sie Konzentrationen in einzelnen Unternehmen und Sektoren.

Aktienportfolios

Die Aktienportfolios enthielten Ende 2020 hauptsächlich Aktien mittel- und grosskapitalisierter Unternehmen aus Industrieländern. Daneben wurden auch Aktien kleinkapitalisierter Unternehmen (Small Caps) aus Industrieländern sowie Aktien aus Schwellenländern gehalten. Daraus ergab sich ein global breit diversifiziertes Aktienportfolio mit rund 6700 Einzeltiteln (gut 1400 Titel mittel- und grosskapitalisierter Unternehmen und rund 4300 Titel kleinkapitalisierter Unternehmen aus Industrieländern sowie rund 1000 Titel von Unternehmen aus Schwellenländern). Aufgrund der breiten, gleichmässigen Marktabdeckung ist der Eigentumsanteil der Nationalbank an den einzelnen mittel- und grosskapitalisierten Unternehmen aller Industrieländer ungefähr gleich hoch. Die entsprechenden Anteile an kleinkapitalisierten Unternehmen und an Unternehmen aus Schwellenländern fallen aus Liquiditätsgründen etwas geringer aus.

Das passiv bewirtschaftete Portfolio der Frankenanleihen enthält in erster Linie Anleihen von Bund, Kantonen, Gemeinden und ausländischen Emittenten sowie Schweizer Pfandbriefe. Die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer (Duration) des Portfolios stieg 2020 leicht auf 8,6 Jahre. Von den Frankenanleihen im Wert von gut 4 Mrd. Franken wiesen Ende 2020 mehr als 90% eine negative Verfallrendite auf.

Frankenanleihen

Nicht-finanzielle Aspekte bei der Bewirtschaftung von Wertschriften privater Emittenten

Die Nationalbank hält einen Teil ihrer Devisenanlagen in Form von Aktien und Unternehmensanleihen, um den positiven Renditebeitrag dieser Anlageklassen zu nutzen und das langfristige Risiko-Ertrags-Verhältnis zu verbessern. Bei der Bewirtschaftung solcher Wertschriften privater Emittenten berücksichtigt die Nationalbank auch Aspekte, die nicht-finanzieller Natur sind.

Zum einen verzichtet die Nationalbank aufgrund ihrer speziellen Rolle als Zentralbank gegenüber dem Bankensektor auf Investitionen in Aktien von systemrelevanten Banken weltweit. Zum anderen berücksichtigt die Nationalbank im Rahmen ihrer Anlagepolitik aber auch die grundlegenden Normen und Werte der Schweiz. Sie investiert daher nicht in Aktien und Anleihen von Unternehmen, deren Produkte oder Produktionsprozesse in grober Weise gegen gesellschaftlich breit anerkannte Werte verstossen. Die Nationalbank erwirbt somit keine Wertschriften von Unternehmen, die grundlegende Menschenrechte massiv verletzen, systematisch gravierende Umweltschäden verursachen oder in die Produktion international geächteter Waffen involviert sind.

Unter «geächteten Waffen» werden B- und C-Waffen, Streumunition sowie Personenminen verstanden. Ebenfalls ausgeschlossen werden Unternehmen, die in die Produktion von Nuklearwaffen für Staaten involviert sind, die nicht zu den fünf legitimen Atommächten gemäss UNO-Atomwaffensperrvertrag zählen (China, Frankreich, Grossbritannien, Russland und USA).

Unter dem Kriterium «systematisch gravierende Umweltschädigung» werden einzelne Unternehmen ausgeschlossen, die im Rahmen ihrer Produktion beispielsweise Gewässer oder Landschaften systematisch vergiften oder die Biodiversität massiv schädigen. Seit Dezember 2020 werden zusätzlich auch Unternehmen ausgeschlossen, deren Geschäftsmodell hauptsächlich auf dem Abbau von Kohle basiert. Diese Erweiterung des Umweltkriteriums erfolgte, weil in der Schweiz ein breiter Konsens für den Kohleausstieg besteht.

Zur Eruierung der betreffenden Unternehmen überprüft die SNB regelmässig das ganze Anlageuniversum. Bei den Unternehmen, die in die Herstellung «geächteter Waffen» involviert sind, überprüft ein darauf spezialisierter externer Dienstleister das Anlageuniversum der SNB. Bezüglich Unternehmen, die auf den Abbau von Kohle fokussieren, richtet sich die SNB nach der Einstufung eines entsprechenden Indexanbieters. Die unter die übrigen Ausschlusskriterien fallenden Unternehmen werden mittels eines zweistufigen Prozesses eruiert. Die erste Stufe umfasst die Sichtung und Verarbeitung von öffentlich zugänglichen Informationen mit dem Ziel, Unternehmen zu identifizieren, deren Aktivitäten mit einer hohen Wahrscheinlichkeit unter die Ausschlusskriterien fallen. Bei der zweiten Stufe wird für jedes identifizierte Unternehmen eine ausführliche Beurteilung darüber erstellt, ob es ausgeschlossen werden soll oder nicht. Die SNB stützt sich beim Entscheid über den Ausschluss von Unternehmen auf die Empfehlungen spezialisierter externer Dienstleister und überprüft ihre Entscheide regelmässig.

Bei der Bewirtschaftung der Aktiven gilt es zu berücksichtigen, dass der Verfassungs- und Gesetzgeber der SNB bewusst nicht die Aufgabe übertragen hat, gezielt Einfluss auf die Entwicklung bestimmter Wirtschaftssektoren auszuüben. Die Anlagepolitik der SNB kann daher nicht darauf ausgerichtet sein, Strukturpolitik zu betreiben, d. h., eine positive oder negative Selektion einzelner Wirtschaftssektoren vorzunehmen mit dem Ziel, diesen einen Vor- oder Nachteil zu verschaffen bzw. wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Wandel zu fördern oder zu hemmen.

Vor diesem Hintergrund strebt die Nationalbank an, die einzelnen Aktienmärkte grundsätzlich in ihrer Gesamtheit abzubilden, unter Berücksichtigung der weiter oben begründeten Ausnahmen. Als Konsequenz daraus hält die Nationalbank Aktien aus den verschiedenen Wirtschaftssektoren gemäss deren Börsenkapitalisierung. Damit wird sichergestellt, dass das Portfolio den unterschiedlichen Risiken ungefähr im selben Mass ausgesetzt ist wie die Gesamtheit der global kotierten Unternehmen und dass sich strukturelle Veränderungen der globalen Wirtschaft auch im Portfolio der SNB widerspiegeln.

Zu den nicht-finanziellen Aspekten bei Wertschriften privater Emittenten zählt auch die Ausübung der Stimmrechte bei Aktien. Die SNB beschränkt sich dabei auf Fragen der guten Unternehmensführung. Eine gute Unternehmensführung trägt langfristig zu einer positiven Entwicklung der Unternehmen und damit der Anlagen bei. Die Nationalbank konzentriert sich bei der Stimmrechtsausübung auf mittel- und grosskapitalisierte Unternehmen aus Europa und arbeitet zu diesem Zweck ebenfalls mit externen Dienstleistern zusammen. Die konkrete Stimmabgabe stützt sich auf eine interne Stimmrechtsrichtlinie der SNB. Die externen Dienstleister nehmen die fachliche Interpretation der Stimmrechtsrichtlinie vor und wenden diese auf die Abstimmungsvorlagen der Aktionärsversammlungen an. Die SNB steht in regelmässigem Kontakt mit den externen Dienstleistern und überwacht die korrekte Interpretation der Stimmrechtsrichtlinie.

ANLAGESTRUKTUR DER DEISENRESERVEN UND FRANKENANLEIHEN AM JAHRESENDE

	Deisen- reserven	2020 Franken- anleihen	Deisen- reserven	2019 Franken- anleihen
Währungsallokation in Prozent, inkl. Derivatpositionen				
Franken		100		100
Euro	40		39	
US-Dollar	36		35	
Yen	8		9	
Pfund	6		7	
Kanadischer Dollar	3		3	
Übrige ¹	7		7	
Anlageklassen in Prozent				
Bankanlagen	0		0	
Staatsanleihen ²	70	38	69	39
Andere Anleihen ³	10	62	11	61
Aktien	20		20	
Struktur der verzinslichen Anlagen in Prozent				
Anlagen mit AAA-Rating ⁴	62	79	58	79
Anlagen mit AA-Rating ⁴	19	20	22	21
Anlagen mit A-Rating ⁴	15	1	16	0
Übrige Anlagen	4	0	4	0
Duration der Anlagen (Jahre)	4,6	8,6	4,7	8,5

1 Hauptsächlich australischer Dollar, Renminbi, dänische Krone, schwedische Krone, Singapur-Dollar, südkoreanischer Won; dazu geringe Bestände weiterer Währungen in den Aktienportfolios.

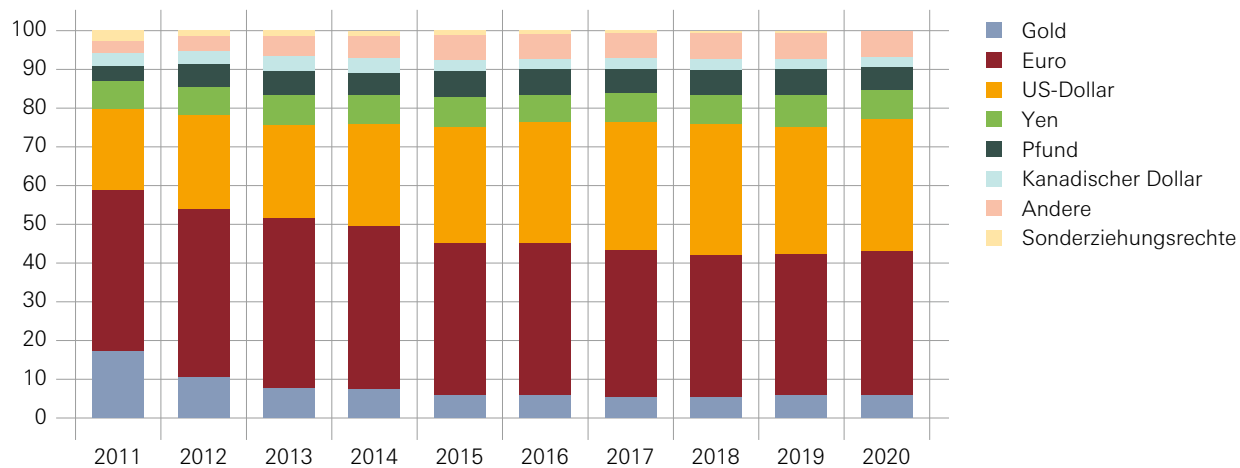
2 Anleihen von Staaten in deren eigener Währung, Anlagen bei Zentralbanken und der BIZ sowie – bei den Frankenanlagen – Anleihen von schweizerischen Kantonen und Gemeinden.

3 Anleihen von Staaten in Fremdwährung sowie Anleihen von ausländischen lokalen Gebietskörperschaften und supranationalen Organisationen, Pfandbriefe, Unternehmensanleihen usw.

4 Durchschnittsrating, berechnet aus den Ratings führender Agenturen.

AUFTEILUNG DER WÄHRUNGSRESERVEN AM JAHRESENDE

in Prozent ohne Anlagen und Verpflichtungen aus Devisenswaps gegen Franken



Quelle: SNB

Entwicklung der Aktivenstruktur

Die Struktur der Devisenreserven und der Frankenanleihen veränderte sich gegenüber Ende 2019 nur geringfügig. Der Euro- und der US-Dollar-Anteil stiegen leicht zulasten des Pfund- und Yen-Anteils. Der Anteil der übrigen Währungen blieb konstant. Der Anteil der Anlagen mit einem AAA-Rating stieg um vier Prozentpunkte zulasten von Anlagen mit AA- und A-Rating. Der Anteil der Aktien an den Devisenreserven lag Ende 2020 wie im Vorjahr bei 20%.

Kriegsgeschäfte-Initiative

Am 29. November 2020 fand die Abstimmung über die eidgenössische Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» (Kriegsgeschäfte-Initiative) statt. Mit der Initiative wurde eine Einschränkung des Anlageuniversums der Nationalbank sowie von Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen angestrebt. Volk und Stände lehnten die Initiative ab.

5.4 BILANZRISIKEN

Risikoprofil

Das Risikoprofil der Aktiven wird durch die Währungsreserven bestimmt. Die Hauptrisiken auf den Währungsreserven sind die Marktrisiken, insbesondere die Wechselkurs-, Goldpreis-, Aktienkurs- und Zinsrisiken. Ausserdem bestehen Liquiditätsrisiken sowie Kredit- und Länderrisiken, die allerdings geringer als die Marktrisiken sind. Der Beitrag der Frankenanleihen zum Gesamtrisiko ist marginal.

Marktrisiken

Die bedeutendsten Risikofaktoren der Währungsreserven sind die Wechselkurse. Da Währungsrisiken grundsätzlich nicht gegen Franken abgesichert werden, führen bereits geringe Veränderungen der Frankenwechselkurse zu erheblichen Schwankungen des Anlageerfolgs und damit des Eigenkapitals der Nationalbank. Neben den Währungsrisiken sind auch die Schwankungen des Goldpreises und der Aktienkurse sowie die Zinsrisiken relevant. Die Währungs-, Aktien- und Zinsrisiken werden durch die Vorgabe von Benchmarks und Bewirtschaftungsrichtlinien limitiert. Gesteuert werden sie u. a. durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente wie Zinsswaps, Aktienindex- und Zinsfutures. Zur Steuerung der Währungsanteile zwischen den Fremdwährungen können Devisenderivate eingesetzt werden.

Die Nationalbank sichert ihre Fremdwährungsrisiken grundsätzlich nicht gegen Franken ab, da eine Absicherung die Geldpolitik auf unerwünschte Weise beeinflussen würde. Durch die Absicherungsgeschäfte – z. B. Terminverkäufe von Devisen gegen Franken – würde zusätzliche Frankennachfrage und damit zusätzlicher Aufwertungsdruck auf den Franken geschaffen. Eine Absicherung hätte damit de facto denselben Effekt wie eine Devisenmarktintervention zur Stärkung des Frankens. Die Währungsrisiken müssen aus diesem Grund als inhärenter Bestandteil der Währungsreserven in Kauf genommen werden.

Die Liquiditätsrisiken der Nationalbank beziehen sich darauf, dass Anlagen in Fremdwährungen im Bedarfsfall nicht, nur teilweise oder nur mit hohen Preisnachlässen verkauft werden könnten. Auch 2020 wurde die hohe Liquidität der Devisenreserven durch einen grossen Bestand an den liquidesten Staatsanleihen in den Hauptwährungen Euro und US-Dollar sichergestellt. Die Liquiditätsrisiken werden periodisch neu beurteilt.

Liquiditätsrisiken

Kreditrisiken entstehen durch die Möglichkeit, dass Gegenparteien oder Emittenten von Wertpapieren ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Solche Risiken bestehen bei bilateralen (over-the-counter) Geschäften mit Banken oder bei Anleihen sämtlicher Schuldnerkategorien. Die Nationalbank hält in den Währungsreserven Obligationen öffentlicher und supranationaler Emittenten, Pfandbriefe und vergleichbare Papiere sowie Unternehmensanleihen. Für Anleihenschuldner setzt die Nationalbank ein Mindestrating im Investment-Grade-Bereich voraus. Die Risiken gegenüber einzelnen Emittenten werden durch Konzentrationslimiten begrenzt. Kreditrisiken aus nicht handelbaren Instrumenten gegenüber Banken bestanden 2020 nur in sehr geringem Ausmass. Wiederbeschaffungswerte von Derivaten wurden im Rahmen der bestehenden ISDA-Verträge (International Swaps and Derivatives Association) mit Gegenparteien verrechnet und besichert. Die Nationalbank wickelt einen Grossteil der Zinsswapgeschäfte über eine zentrale Gegenpartei ab. Dies erlaubt zum einen das Verrechnen gegenläufiger Positionen (Netting). Zum anderen entstehen im täglichen Management der als Sicherheiten dienenden Wertschriften Effizienzgewinne.

Kreditrisiken

Auch im Jahr 2020 wurde der grösste Teil der Anlagen in Form von Staatsanleihen gehalten, ein wesentlicher Teil davon in hochliquiden Anleihen europäischer Staaten mit sehr guter Bonität und der USA. Die ausstehenden Guthaben bei Zentralbanken und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) betragen am Jahresende 80 Mrd. Franken. Insgesamt waren gut 80% der verzinslichen Anlagen mit einem Rating von AA oder besser bewertet.

Das Länderrisiko besteht darin, dass ein Staat in seinem Hoheitsgebiet Zahlungen von dort domizilierten Schuldnern oder die Verfügungsgewalt über dort deponierte Vermögenswerte blockieren kann. Um keine einseitigen Länderrisiken einzugehen, achtet die Nationalbank darauf, dass die Vermögenswerte auf verschiedene Depotstellen und Länder verteilt sind.

Länderrisiken

Auch die Goldbestände werden nach diesen Prinzipien gelagert. Bei der Standortwahl wird zum einen auf eine angemessene regionale Diversifikation und zum anderen auf einen guten Marktzugang Wert gelegt. Von den 1040 Tonnen Gold werden unverändert rund 70% in der Schweiz, rund 20% bei der Zentralbank von England und rund 10% bei der Zentralbank von Kanada aufbewahrt. Die dezentrale Lagerung der Goldbestände im In- und Ausland stellt sicher, dass die Nationalbank auch im Krisenfall über ihre Goldreserven verfügen kann.

Bilanzwachstum

Der geldpolitisch bedingte Anstieg der Währungsreserven in den vergangenen Jahren schlug sich in einem entsprechenden Wachstum der Bilanz der Nationalbank nieder. Auch im Jahr 2020 stieg die Bilanzsumme nochmals kräftig an; Hintergrund war der Einsatz geldpolitischer Instrumente zur Bewältigung der Coronakrise. Mit dem Bilanzanstieg erhöhten sich die absoluten Verlustrisiken. Die Nationalbank strebt eine robuste Bilanz mit hinreichendem Eigenkapital an, um mögliche Verluste absorbieren zu können. Mit der Ausweitung der Bilanz ab dem Jahr 2008 sank das Verhältnis des Eigenkapitals zu den Währungsreserven deutlich.

Rückstellungen und Ausschüttungsreserve

Die Bundesverfassung verpflichtet die Nationalbank, aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven zu bilden (Art. 99 Abs. 3 BV). Gemäss Nationalbankgesetz soll die SNB Rückstellungen bilden, die es erlauben, die Währungsreserven auf der erforderlichen Höhe zu halten, und sich dabei an der Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft orientieren (Art. 30 Abs. 1 NBG). Die Rückstellungen für Währungsreserven und die Ausschüttungsreserve bilden zusammen das Eigenkapital der Nationalbank. Die Rückstellungen für Währungsreserven entsprechen der für diesen Zeitpunkt angestrebten Höhe des Eigenkapitals. Sie werden jährlich alimentiert und sollen sicherstellen, dass die SNB über genügend Eigenkapital verfügt, um auch hohe Verluste zu absorbieren. Zum verlustabsorbierenden Eigenkapital zählt auch die Ausschüttungsreserve. Ihr werden der nicht ausgeschüttete Jahresgewinn zugewiesen bzw. der für die Gewinnverwendung fehlende Betrag entnommen. Die Ausschüttungsreserve entspricht einem Gewinnvortrag und dient als Schwankungsreserve, um die gesetzlich geforderte mittelfristige Verstetigung der jährlichen Ausschüttungen zu ermöglichen.

Um eine solide Eigenkapitalbasis sicherzustellen, sind jährliche Zuweisungen an die Rückstellungen für Währungsreserven erforderlich. Für die Festlegung der jährlichen Zuweisung wird das Doppelte des durchschnittlichen nominalen Wachstums des Bruttoinlandprodukts (BIP) der letzten fünf Jahre herangezogen. Seit 2016 wurde diese Bestimmung ergänzt, indem eine jährliche Mindestzuweisung von 8% des Bestands an Rückstellungen für Währungsreserven festgelegt wurde. Angesichts der seither nochmals deutlich gestiegenen Währungsreserven sieht die SNB vor, das Eigenkapital verstärkt aufzubauen. Sie beabsichtigt, die jährliche Mindestzuweisung an Rückstellungen für Währungsreserven in den nächsten Jahren auf 10% festzulegen. Dadurch wird sichergestellt, dass diese auch in Zeiten mit tiefen nominalen BIP-Zuwachsraten ausreichend alimentiert werden und die Bilanz gestärkt wird. Für das Jahr 2020 gelangte bereits die Mindestzuweisung von 10% zur Anwendung; sie betrug 7,9 Mrd. Franken. Das ergab einen neuen Bestand an Rückstellungen für Währungsreserven von 87 Mrd. Franken.

Zuweisung an die Rückstellungen

Gemäss Art. 31 Abs. 2 NBG fällt der Bilanzgewinn der Nationalbank, soweit er das Dividendenerfordernis übersteigt, zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone. Die Höhe der jährlichen Ausschüttung an Bund und Kantone wird in einer Vereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und der Nationalbank festgehalten mit dem Ziel, die Ausschüttungen mittelfristig zu verstetigen. Im Januar 2021 kamen das EFD und die SNB überein, eine neue, bis 2025 laufende Vereinbarung abzuschliessen und diese bereits für die Gewinnausschüttung 2020 anzuwenden. Diese Vereinbarung sieht eine jährliche Ausschüttung von maximal 6 Mrd. Franken vor, sofern es die finanzielle Situation der SNB zulässt. Die maximale Ausschüttung von 6 Mrd. Franken erfolgt bei einem Bilanzgewinn von mindestens 40 Mrd. Franken. Diese Bedingung war für das Geschäftsjahr 2020 erfüllt. Die Gewinnausschüttung an Bund und Kantone für 2020 betrug somit 6 Mrd. Franken.

Gewinnausschüttung 2020

Im Jahr 2020 verzeichnete die Nationalbank einen Gewinn in der Höhe von 21 Mrd. Franken. Nach der Zuweisung an die Rückstellungen für Währungsreserven von 7,9 Mrd. Franken und unter Berücksichtigung der Gewinnausschüttung an Bund und Kantone von insgesamt 6 Mrd. Franken für das Geschäftsjahr 2020 betrug das Eigenkapital 178 Mrd. Franken (87 Mrd. Franken Rückstellungen plus 91 Mrd. Franken Ausschüttungsreserve). Es nahm damit im Vergleich zum Vorjahr um 15 Mrd. Franken zu.

Entwicklung des Eigenkapitals

5.5 ANLAGEERGEBNIS

Die Anlagerendite setzt sich zusammen aus der Rendite auf den Devisenreserven, dem Gold und den Frankenanleihen.

Im Jahr 2020 betrug die Rendite auf den Währungsreserven 1,9%. Sowohl das Gold als auch die Devisenreserven rentierten positiv (13,5% bzw. 1,2%). Die Rendite auf den Devisenreserven belief sich in Lokalwährung auf 6,0%. Aufgrund der Aufwertung des Frankens lag die Wechselkursrendite im Minus (-4,5%). Die durchschnittliche, in Franken gerechnete Jahresrendite der Währungsreserven über die letzten 15 Jahre betrug 2,6%.

ANLAGERENDITEN

Renditen in Prozent

	Total	Gold	Währungsreserven ¹			Franken- anleihen Total
			Total	Wechselkurs- rendite	Lokalwährungs- rendite	
2006	6,9	15,0	1,9	-1,1	3,0	0,0
2007	10,1	21,6	3,0	-1,3	4,4	-0,1
2008	-6,0	-2,2	-8,7	-8,9	0,3	5,4
2009	11,0	23,8	4,8	0,4	4,4	4,3
2010	-5,4	15,3	-10,1	-13,4	3,8	3,7
2011	4,9	12,3	3,1	-0,8	4,0	5,6
2012	2,3	2,8	2,2	-2,3	4,7	3,7
2013	-2,5	-30,0	0,7	-2,4	3,2	-2,2
2014	8,0	11,4	7,8	2,6	5,1	7,9
2015	-4,7	-10,5	-4,4	-5,6	1,3	2,3
2016	3,8	11,1	3,3	-0,4	3,7	1,3
2017	7,2	7,9	7,2	2,9	4,2	-0,1
2018	-2,1	-0,6	-2,2	-1,5	-0,7	0,2
2019	6,1	16,3	5,5	-2,4	8,1	3,2
2020	1,9	13,5	1,2	-4,5	6,0	1,2
2016–2020 ²	3,3	9,5	3,0	-1,2	4,2	1,1
2011–2020 ²	2,4	2,4	2,4	-1,5	3,9	2,3
2006–2020 ²	2,6	6,2	0,9	-2,7	3,7	2,4

1 Entspricht in dieser Tabelle Gold und Devisenreserven ohne Sonderziehungsrechte des IWF.

2 Durchschnittliche jährliche Rendite über 5, 10 und 15 Jahre.

Die Währungsreserven bestehen hauptsächlich aus Gold, Anleihen und Aktien. Die Diversifikationseigenschaften von Aktien und ihre hohe Liquidität machen diese Anlageklasse für die Nationalbank attraktiv. Zudem trägt ihre im Vergleich zu Anleihen höhere erwartete Rendite zum realen Werterhalt der Währungsreserven bei. Die langfristig höhere Renditeerwartung für Aktien geht einher mit grösseren Wertschwankungen. Für sich allein betrachtet sind Aktien schwankungsanfälliger als Anleihen. Im Rahmen des Gesamtportfolios wird dieser Nachteil jedoch – mit einer Aktienquote in der aktuellen Gröszenordnung – durch die günstigen Diversifikationseigenschaften zu Anleihen und Gold wettgemacht.

**Beiträge der Anlageklassen
zum Anlageergebnis**

Der Aktienanteil belief sich Ende 2020 auf 20%. Durch das Aktienengagement wird das Risiko-Ertrags-Profil der Devisenreserven verbessert. Seit der Einführung der Anlageklasse der Aktien im Jahr 2005 betrug ihre durchschnittliche, in Franken gemessene Jahresrendite 4,5%. Die ebenfalls in Franken gemessene Jahresrendite der Anleihen lag im selben Zeitraum bei durchschnittlich 0,8%. Auf den Anleihen der Devisenreserven fiel von 2005 bis 2020 ein Gewinn von 13,4 Mrd. Franken an. Auf den Aktien resultierte in diesem Zeitraum ein Erfolg von 103,4 Mrd. Franken. Die Aktienanlagen trugen damit in den letzten Jahren massgeblich dazu bei, dass die Nationalbank Eigenkapital aufbauen und Ausschüttungen tätigen konnte.

ANLAGERENDITEN DEWISENRESERVEN, IN FRANKEN

Renditen in Prozent

	Total	Anleihen	Aktien
2005	10,8	10,6	24,4
2006	1,9	1,3	11,1
2007	3,0	3,3	0,6
2008	-8,7	-3,1	-44,9
2009	4,8	3,7	20,4
2010	-10,1	-11,0	-2,6
2011	3,1	4,0	-6,8
2012	2,2	0,8	12,7
2013	0,7	-2,4	20,4
2014	7,8	6,9	12,7
2015	-4,4	-5,2	0,6
2016	3,3	1,5	9,2
2017	7,2	4,5	18,4
2018	-2,2	-1,1	-7,1
2019	5,5	1,1	24,5
2020	1,2	-0,7	5,1
2005-2020 ¹	1,5	0,8	4,5

1 Durchschnittliche jährliche Rendite über 16 Jahre.

6.1 GRUNDLAGEN

Das Nationalbankgesetz (NBG) überträgt der Nationalbank in Art. 5 Abs. 2 Bst. e die Aufgabe, zur Stabilität des Finanzsystems beizutragen. Finanzstabilität bedeutet, dass die Teilnehmer des Finanzsystems, d. h. die Finanzintermediäre (insbesondere Banken) und die Finanzmarktinfrastrukturen, ihre Funktionen erfüllen können und gegenüber möglichen Störungen widerstandsfähig sind. Sie ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die Volkswirtschaft entfalten kann und sich die Geldpolitik wirksam umsetzen lässt.

Auftrag

Die Nationalbank erfüllt ihren Auftrag im Bereich Finanzstabilität, indem sie die Gefahrenquellen für das Finanzsystem analysiert und allfälligen Handlungsbedarf aufzeigt. Zudem wirkt sie bei der Gestaltung und der Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen für den Finanzplatz mit und überwacht die systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen.

Der Fokus der Tätigkeit der Zentralbanken im Bereich der Finanzstabilität hat sich in den letzten Jahren von der Krisenbewältigung auf die Krisenprävention verschoben. Um Risiken entgegenzuwirken, welche die Stabilität des Finanzsystems gefährden können, stehen der Nationalbank zwei regulatorische makroprudenzielle Kompetenzen zur Verfügung, nämlich die Bezeichnung der systemrelevanten Banken und das Antragsrecht für den antizyklischen Kapitalpuffer. Während das Konzept der systemrelevanten Banken auf strukturelle Risiken ausgerichtet ist, zielt der antizyklische Kapitalpuffer auf zyklische Risiken.

Fokus auf Krisenprävention

In einem Krisenfall erfüllt die Nationalbank ihren Auftrag, indem sie gegebenenfalls als Kreditgeberin in letzter Instanz (lender of last resort) auftritt. In diesem Rahmen leistet die Nationalbank inländischen Banken, deren Zahlungsunfähigkeit die Stabilität des Finanzsystems gravierend beeinträchtigen könnte, ausserordentliche Liquiditätshilfe, wenn sich solche Institute nicht mehr am Markt refinanzieren können (siehe Kapitel 2.6).

Bei der Schaffung stabilitätsfördernder regulatorischer Rahmenbedingungen arbeitet die Nationalbank auf nationaler Ebene eng mit der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) und dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) zusammen. Sie nimmt dabei primär eine systemische Sichtweise ein und konzentriert sich entsprechend auf die makroprudenziellen Aspekte der Regulierung. Demgegenüber ist die FINMA für die institutsspezifische Aufsicht und für den Schutz der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte zuständig. Die Grundzüge dieser Zusammenarbeit sind in einem bilateralen Memorandum of Understanding (MoU) mit der FINMA sowie in einem trilateralen MoU mit der FINMA und dem EFD festgelegt.

**Zusammenarbeit
mit FINMA, EFD
und ausländischen
Behörden**

Auf internationaler Ebene wirkt die Nationalbank als Mitglied im Financial Stability Board (FSB), im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, im Ausschuss für Zahlungsverkehr und Marktinfrastrukturen (CPMI) sowie im Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS) an der Gestaltung der regulatorischen Rahmenbedingungen mit (siehe Kapitel 7.2.2 und 7.2.3). Bei der Überwachung von grenzüberschreitenden Finanzmarktinfrastrukturen steht die Nationalbank in engem Kontakt mit der FINMA und mit ausländischen Behörden.

6.2 MONITORING DES FINANZSYSTEMS

Im Rahmen des Monitorings des Finanzsystems analysiert die Nationalbank die Entwicklungen und Risiken im Schweizer Bankensektor. Sie veröffentlicht ihre Beurteilung insbesondere in ihrem jährlichen Bericht zur Finanzstabilität.

6.2.1 GLOBAL AKTIVE BANKEN

Im Jahr 2020 sah die Nationalbank bei den zwei global aktiven Schweizer Banken, der Credit Suisse Group AG (CS) und der UBS Group AG (UBS), grosse Herausforderungen in Bezug auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Sie stellte aber auch fest, dass beide Institute gut aufgestellt sind, um diese Herausforderungen zu meistern und mit ihrer Geschäftstätigkeit die Realwirtschaft zu unterstützen. Diese günstige Ausgangslage war insbesondere auf den Aufbau von Kapitalpuffern zurückzuführen, den die beiden global aktiven Banken in den letzten Jahren im Einklang mit der Too-big-to-fail-Regulierung (TBTF-Regulierung) vorangetrieben hatten. Die Nationalbank ging in ihrem Basisszenario davon aus, dass sich die Kreditqualität verschlechtert und daher mit erhöhten Rückstellungen zu rechnen ist. Insgesamt sollten die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die CS und die UBS aber begrenzt bleiben. Zudem stellte die SNB in ihren Szenarioanalysen fest, dass beide Institute dank ihrer Kapitalpuffer auch deutlich negativere Entwicklungen des Umfelds als im Basisszenario angenommen verkraften könnten.

Gleichzeitig betonte die Nationalbank das weiterhin substanzielle Verlustpotenzial bei der CS und der UBS in den Negativszenarien sowie die ausserordentlich hohe Unsicherheit über die Auswirkungen der Pandemie auf die Weltwirtschaft und damit auf die beiden global aktiven Schweizer Banken. Das Verlustpotenzial zeigt, dass die Kapitalanforderungen gemäss aktueller TBTF-Regulierung notwendig sind, um eine angemessene Widerstandskraft der beiden global aktiven Banken sicherzustellen.

Gute Ausgangslage, um Herausforderungen der Coronakrise zu meistern

Weiterhin hohes Verlustpotenzial und ausserordentlich hohe Unsicherheit

Für einen Krisenfall, in dem der laufende Betrieb einer Bank nicht mehr aufrechterhalten werden kann (Gone Concern), sind Massnahmen zur Sanierung und geordneten Abwicklung vorgesehen (Resolution). Für die Planung und Durchführung der Resolution ist die FINMA zuständig.

Entwicklungen im Bereich
der Resolution

Bezüglich Verlusttragfähigkeit im Gone Concern hielt die SNB fest, dass beide global aktiven Banken die Anforderungen auf konsolidierter Ebene vollständig erfüllen. Auf Ebene der Stammhäuser der global aktiven Banken stärkt die vom Bundesrat beschlossene Änderung der Eigenmittelverordnung schrittweise die Gone concern-Verlusttragfähigkeit. Die Änderung trat am 1. Januar 2020 in Kraft, und die Anforderungen sind per 1. Januar 2024 vollständig zu erfüllen.

Für eine erfolgreiche Resolution genügt die Verlusttragfähigkeit im Gone Concern alleine nicht. Die global aktiven Banken müssen auch über ausreichend Liquidität verfügen (funding in resolution). Der Bundesrat beauftragte im Rahmen des TBTF-Evaluationsberichts vom Juli 2019 das EFD, in Zusammenarbeit mit der FINMA und der Nationalbank zu prüfen, ob die heutigen Liquiditätsanforderungen für systemrelevante Banken den Liquiditätsbedarf für die Resolution zu decken vermögen oder ob regulatorische Anpassungen erforderlich sind. Die Analysen haben ergeben, dass die aktuellen Liquiditätsanforderungen für systemrelevante Banken voraussichtlich nicht genügen würden, um den Liquiditätsbedarf im Fall einer Resolution zu decken. Daher überprüfen die Behörden zurzeit diese Anforderungen.

6.2.2 INLANDORIENTIERTE BANKEN

Mit Blick auf die inlandorientierten, vorwiegend im Kredit- oder Depositengeschäft tätigen Banken sah die Nationalbank ebenfalls grosse Herausforderungen durch die deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussichten. In ihrem Basisszenario ging die Nationalbank davon aus, dass sich die Pandemie auf die inlandorientierten Banken primär in erhöhten Rückstellungen und Abschreibungen auf Krediten an Schweizer Unternehmen auswirkt. Darüber hinaus unterstellte das Basisszenario ein verlängertes Tiefzinsumfeld, wodurch die Zinsmargen dieser Banken unter zusätzlichen Druck geraten. Die Analysen der Nationalbank deuteten indes darauf hin, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die inlandorientierten Banken unter dem Basisszenario begrenzt sind. Während einige von ihnen Verluste machen dürften, sollten die inlandorientierten Banken insgesamt profitabel bleiben.

Insgesamt begrenzte
Auswirkungen der Corona-
krise im Basisszenario

Wie bei den global aktiven Schweizer Banken wies die Nationalbank darauf hin, dass das tatsächliche Ausmass der Folgen der Pandemie für die inländorientierten Banken mit grosser Unsicherheit verbunden ist. In diesem Zusammenhang stellte die Lage am inländischen Hypothekar- und Wohnliegendenschaftsmarkt einen zusätzlichen Risikofaktor dar (siehe Kapitel 6.3).

Angemessene Widerstandskraft

Angesichts dieser Herausforderungen betonte die Nationalbank die entscheidende Rolle der vorhandenen Kapitalpuffer bei den inländorientierten Banken für deren Robustheit. Die inländorientierten Banken haben grosse Kapitalpuffer aufgebaut, die deutlich über den regulatorischen Mindestanforderungen liegen. Darüber hinaus erfüllten auch alle inländorientierten Banken die institutsspezifischen, in der Eigenmittelverordnung festgelegten Zielgrössen für die Kapitalpuffer. Gemäss Szenarioanalysen der Nationalbank erlauben es diese Kapitalpuffer, auch die Verluste unter deutlich negativeren Entwicklungen des Umfelds als im Basisszenario zu verkraften. Die Nationalbank beurteilte die Widerstandskraft der inländorientierten Banken somit als angemessen.

Inländorientierte systemrelevante Banken: Verlusttragfähigkeit und Stand Notfallpläne

Die inländorientierten systemrelevanten Banken, zu denen die Zürcher Kantonalbank, die Raiffeisen Gruppe und die PostFinance gehören, müssen gemäss TBTF-Regulierung zusätzliche Anforderungen bei laufendem Betrieb (Going Concern) und im Gone Concern erfüllen. Die Nationalbank hielt fest, dass diese drei Banken die TBTF-Anforderungen an die risikogewichtete Kapitalquote und die Leverage Ratio im Going Concern vollständig erfüllen. Die Gone Concern-Anforderungen traten per 2019 in Kraft und werden bis 2026 schrittweise umgesetzt. Wie die global aktiven Banken wären auch die inländorientierten systemrelevanten Banken allfälligen revidierten Liquiditätsanforderungen für systemrelevante Banken unterstellt (siehe Kapitel 6.2.1).

Neben den Gone-Concern-Anforderungen sind für die Weiterführung der systemrelevanten Funktionen im Krisenfall Notfallpläne notwendig. Für die Beurteilung der Notfallplanung ist die FINMA zuständig.

6.3 RISIKEN UND MASSNAHMEN AM HYPOTHEKAR- UND IMMOBILIENMARKT

Aufgrund des starken Wachstums des Kreditvolumens und der Immobilienpreise hatten sich nach der globalen Finanzkrise zunehmend Verwundbarkeiten aufgebaut, die für die Stabilität des Bankensystems ein Risiko darstellten. Die in den Jahren 2012 bis 2014 ergriffenen Massnahmen trugen dazu bei, dem weiteren Aufbau von Risiken am Hypothekarmarkt sowie am Markt für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen entgegenzuwirken. Dagegen stiegen im Segment der Wohnrenditeliegenschaften die Preise nochmals stark an, und die bereits hohen Tragbarkeitsrisiken bei neu vergebenen Hypotheken nahmen zu. Angesichts dieser Risiken wurden im Jahr 2019 die Selbstregulierungsrichtlinien der Schweizerischen Bankiervereinigung zu Hypothekarfinanzierungen im Bereich der Renditeliegenschaften verschärft und von der FINMA als Mindeststandard anerkannt. Die revidierten Richtlinien traten per 1. Januar 2020 in Kraft.

Entwicklungen bis Ende 2019

Der Ausbruch der Corona-Pandemie stellte die Schweizer Wirtschaft und damit Tausende von Unternehmen innert kurzer Zeit vor enorme Herausforderungen. In dieser Situation ausserordentlich grosser Unsicherheit kam der Sicherstellung der Kreditversorgung der Wirtschaft eine entscheidende Bedeutung zu. Um den Banken den grösstmöglichen Spielraum bei der Kreditvergabe zu gewähren, stellte die Nationalbank dem Bundesrat den Antrag, den sektoriellen antizyklischen Kapitalpuffer zu deaktivieren. Der Bundesrat entsprach diesem Antrag am 27. März. Damit reduzierten sich die Anforderungen an den auf Hypothekarkredite zur Finanzierung von Wohnliegenschaften in der Schweiz ausgerichteten antizyklischen Kapitalpuffer von 2% auf 0%.

Deaktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers im März 2020

Die Verwundbarkeit des Hypothekar- und Immobilienmarktes gegenüber Schocks bestand im Jahr 2020 fort. Sowohl die Hypothekarkredite als auch die Transaktionspreise für Wohnliegenschaften und die Tragbarkeitsrisiken stiegen trotz des Wirtschaftseinbruchs weiter an. In ihrer Kommunikation wies die Nationalbank darauf hin, dass diese Verwundbarkeit in einem Umfeld erhöhter Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung einen zusätzlichen Risikofaktor darstellt. Stärkere Einkommensrückgänge als im Basisszenario angenommen könnten eine Preiskorrektur am Immobilienmarkt auslösen. Gleichzeitig könnten solche Einkommensrückgänge dazu führen, dass sich die im historischen Vergleich hohen Tragbarkeitsrisiken materialisieren. Die Nationalbank prüft regelmässig, ob der antizyklische Kapitalpuffer angepasst werden muss.

Entwicklungen im Jahr 2020

6.4 ÜBERWACHUNG VON FINANZMARKTINFRASTRUKTUREN

6.4.1 GRUNDLAGEN

Auftrag

Das Nationalbankgesetz (Art. 5 und Art. 19–21 NBG) beauftragt die Nationalbank, systemisch bedeutsame zentrale Gegenparteien, Zentralverwahrer und Zahlungssysteme nach Art. 22 des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes (FinfraG) zu überwachen. Die Nationalbank arbeitet zu diesem Zweck mit der FINMA sowie mit ausländischen Aufsichts- und Überwachungsbehörden zusammen. Die Nationalbankverordnung (NBV) regelt die Einzelheiten der Überwachung von systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen.

Fokus auf systemisch bedeutsame Finanzmarktinfrastrukturen

Zu den inländischen Finanzmarktinfrastrukturen, von denen Risiken für die Stabilität des Finanzsystems ausgehen können, zählen gegenwärtig die zentrale Gegenpartei SIX x-clear, der Zentralverwahrer SIX SIS und das Zahlungssystem Swiss Interbank Clearing (SIC). Sie werden von der SIX Group AG (SIX) bzw. deren Tochtergesellschaften SIX x-clear AG, SIX SIS AG und SIX Interbank Clearing AG (SIC AG) betrieben.

Für die Stabilität des schweizerischen Finanzsystems ebenfalls bedeutsam sind das Devisenabwicklungssystem Continuous Linked Settlement (CLS) sowie die zentralen Gegenparteien London Clearing House (LCH) und Eurex Clearing. Die Betreiber dieser Finanzmarktinfrastrukturen sind in den USA bzw. in Grossbritannien und in Deutschland ansässig.

Zusammenarbeit mit der FINMA

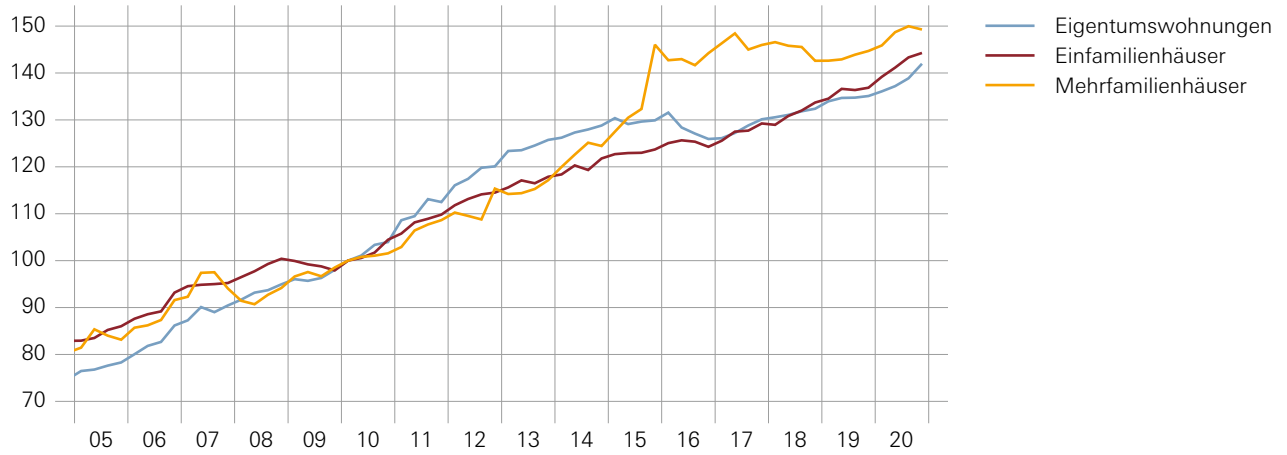
Die zentrale Gegenpartei SIX x-clear und der Zentralverwahrer SIX SIS unterstehen sowohl der Institutsaufsicht durch die FINMA als auch der Überwachung durch die Nationalbank. Die FINMA und die SNB nehmen ihre Aufsichts- bzw. Überwachungsfunktion zwar individuell wahr, koordinieren aber ihre Aktivitäten. Für die Überwachung des Zahlungssystems SIC ist ausschliesslich die Nationalbank zuständig.

... und mit ausländischen Behörden

Bei der Überwachung der Schweizer Finanzmarktinfrastrukturen, die grenzüberschreitend tätig sind, arbeitet die Nationalbank mit ausländischen Behörden zusammen, namentlich mit der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), der Europäischen Zentralbank (EZB), den niederländischen Behörden und der Bank of England. Die Nationalbank kooperiert auch bei der Überwachung der im Ausland domizilierten Finanzmarktinfrastrukturen CLS, Eurex Clearing und LCH mit den zuständigen ausländischen Behörden. Zudem beteiligt sie sich an der Überwachung der in Belgien niedergelassenen Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT). Die SWIFT betreibt ein globales Netzwerk für die Übermittlung von Finanzmeldungen.

IMMOBILIENPREISINDIZES

Transaktionspreise, nominal, Index 1. Quartal 2010 = 100



Quelle: Wüest Partner

Herausforderungen
aufgrund der Coronakrise

6.4.2 LAUFENDE ÜBERWACHUNG

Die Pandemie stellte die systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen in der Schweiz vor besondere Herausforderungen. Zum einen führten die Turbulenzen an den Finanzmärkten zu starken Preisschwankungen und signifikant höheren Transaktionsvolumen, wodurch die Risikopositionen der Finanzmarktinfrastrukturen gegenüber ihren Teilnehmern temporär stark anstiegen. Zum anderen musste die Betriebskontinuität der systemisch bedeutsamen Geschäftsprozesse auch mit der Einführung alternativer Arbeitsmodelle jederzeit gewährleistet werden. Weiter erhöhte die Pandemie das Ausfallrisiko von kritischen Lieferanten und Dienstleistungserbringern. Die Finanzmarktinfrastrukturen mussten sich deshalb gegen mögliche Lieferengpässe absichern.

Unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie intensivierte die Nationalbank ihr Monitoring der Finanzmarktinfrastrukturen, insbesondere in Bezug auf die betrieblichen Herausforderungen und das Management von Kredit- und Liquiditätsrisiken. Sie stellte fest, dass die Finanzmarktinfrastrukturen den kontinuierlichen Betrieb der systemisch bedeutsamen Geschäftsprozesse sowie die rechtzeitige Verarbeitung der phasenweise sehr hohen Transaktionsvolumen gewährleisteten. Auch die Modelle für das Management der Kredit- und Liquiditätsrisiken bewährten sich während der Turbulenzen an den Finanzmärkten. Damit leisteten die systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen einen wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität.

Stellungnahme zur
Einhaltung der besonderen
Anforderungen

Auf der Grundlage der laufenden Aufsicht bzw. Überwachung nehmen die FINMA und die Nationalbank gegenüber den systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen jährlich Stellung zur Einhaltung der regulatorischen Anforderungen. Während die FINMA sich zur Einhaltung der im FinfraG aufgeführten allgemeinen Anforderungen äussert, bezieht sich die Nationalbank auf die Einhaltung der besonderen Anforderungen in der NBV.

In ihrer Beurteilung führte die Nationalbank keine besonderen Anforderungen auf, die von den Infrastrukturen nicht eingehalten wurden. SIX SIS und SIX x-clear konnten den im Vorjahr von der SNB noch festgestellten Handlungsbedarf in Bezug auf das Liquiditätsrisikomanagement durch angemessene Massnahmen abdecken. Insbesondere erhielten sie 2020 Zugang zu einer angepassten Form einer Engpassfinanzierungsfazilität für den Bezug von Liquidität in Franken gegen Sicherheiten (siehe Kapitel 2.3).

Die Nationalbank formulierte in ihren Stellungnahmen Erwartungen, die von den Finanzmarktinfrastrukturen bei der Weiterentwicklung ihrer Dienstleistungen und ihrer Instrumente für die Risikobewirtschaftung berücksichtigt werden sollen, um die Einhaltung der besonderen Anforderungen auch in Zukunft sicherzustellen. Beispielsweise erwartete die Nationalbank von SIX SIS und SIX x-clear, dass sie die technische Umsetzung der Liquiditätsstresstestberechnungen von einer unabhängigen Stelle überprüfen lassen und die Auswirkung anstehender Optimierungsbestrebungen im Collateral Management auf das Liquiditätsrisikomanagement analysieren. Des Weiteren erwartete die Nationalbank von SIX x-clear, dass sie ihre Stressszenarien für das Kreditrisikomanagement von einer externen Stelle prüfen lässt. Schliesslich forderte die Nationalbank die SIC AG auf, ihre Regelwerke und ihren Stabilisierungsplan zu überarbeiten.

Die Bedrohung durch Cyberrisiken und deren Bekämpfung ist für Finanzmarktinfrastrukturen weiterhin sehr relevant. Eine erfolgreiche Cyberattacke kann beispielsweise die Verfügbarkeit der systemisch bedeutsamen Geschäftsprozesse beeinträchtigen oder die Integrität der Daten kompromittieren. Dies führt zu einem Unterbruch der Geschäftsprozesse, welche die Finanzmarktinfrastuktur erst wieder aufnehmen kann, nachdem sie die Daten mit ihren Teilnehmern gegenseitig abgestimmt und deren Korrektheit verifiziert hat. Die Nationalbank erwartet deshalb, dass die Finanzmarktinfrastrukturen ihre Geschäftskontinuitätspläne und die darin vorgesehenen Massnahmen mit ihren Teilnehmern abstimmen und regelmässig institutsübergreifend testen.

Vorkehrungen gegen Cyberattacken

Die SIX Group beteiligte sich an dem 2020 unter der Leitung des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit (National Cyber Security Centre, NCSC) initiierten Projekt «Financial Sector Information Sharing and Analysis Centre» (siehe Kapitel 6.5). Sodann führte sie ihr Programm zur Erhöhung der Informationssicherheit und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberattacken fort. Neben der Umsetzung verschiedener Schutzmassnahmen führte die SIX auch spezifische Tests durch, bei denen die Sicherheit der Systembestandteile und die Anwendungen von Netzwerken und Softwaresystemen mit Mitteln und Methoden geprüft werden, die ein Angreifer einsetzen würde. Diese Tests ermöglichen es, technische und organisatorische Schwachstellen zu identifizieren und weitere Schutzmassnahmen festzulegen.

Die Nationalbank tauscht sich mit den Betreibern der überwachten Finanzmarktinfrastrukturen regelmässig zu Projekten und Vorhaben aus, die sich auf die Geschäftstätigkeit oder das Risikoprofil und damit auf die Erfüllung der besonderen Anforderungen auswirken können.

Begleitung wichtiger Projekte

Übernahme der BME durch die SIX Group

Im Jahr 2020 befasste sich die Nationalbank mit dem Kauf einer Mehrheitsbeteiligung an der spanischen Börse (Bolsas y Mercados Españoles, BME) durch die SIX. Dabei fokussierte die Nationalbank insbesondere auf die Klärung von regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Fragen, die sich durch die Integration der SIX und der BME für die systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen stellten.

... und Neuerungen beim SIC-System

Wie im Vorjahr beschäftigte sich die Nationalbank mit der geplanten Einführung einer neuen Clearingplattform von SIX x-clear und deren Auswirkungen auf das Risikomanagement und die Informationssicherheit. Des Weiteren setzte sie sich mit den 2020 initiierten Projekten «SIC5» und «Secure Swiss Finance Network (SSFN)» auseinander, die eine funktionale und technische Weiterentwicklung des SIC-Systems bezwecken (siehe Kapitel 4.2). Das Projekt SIC5 hat zum Ziel, die unmittelbare Abwicklung von bargeldlosen Kundenzahlungen über das SIC-System rund um die Uhr an sieben Tagen pro Woche zu ermöglichen. Das Projekt SSFN strebt den Aufbau eines neuen Netzwerks für die Kommunikation zwischen den SIC-Teilnehmern an, das den Schutz gegen Cyberrisiken weiter verbessern soll. Beide Projekte werden sich über mehrere Jahre erstrecken.

Bewilligungsverfahren für neue Schweizer Finanzmarktinfrastrukturen

6.4.3 BEURTEILUNG DER SYSTEMISCHEN BEDEUTSAMKEIT VON FINANZMARKTINFRASTRUKTUREN

Zentrale Gegenparteien, Zentralverwahrer und Zahlungssysteme, die eine Bewilligung durch die FINMA beantragen, werden von der Nationalbank auf ihre systemische Bedeutsamkeit im Sinne von Art. 22 Abs. 1 FinfraG beurteilt. Für eine solche Beurteilung berücksichtigt die Nationalbank die Auswirkungen einer Finanzmarktinfrastruktur auf die Stabilität des Finanzsystems in der Schweiz. Die FINMA übermittelte der Nationalbank im Jahr 2020 die Bewilligungsgesuche der SIX Digital Exchange AG und der Dicom Networks AG.

SIX Digital Exchange

Die SIX Digital Exchange AG (SDX) reichte im April bei der FINMA ein Bewilligungsgesuch für den Betrieb eines Zentralverwahrers gemäss Art. 61 FinfraG ein. Die SDX beabsichtigt, den Betrieb einer Handelsplattform mit integrierter Abwicklung und Endverwahrung für digitalisierte Vermögenswerte, die auf der Technik verteilter elektronischer Register (Distributed-Ledger-Technologie, DLT) beruht, im Verlauf des Jahres 2021 aufzunehmen. Für die Abwicklung der Geldseite von Finanzmarktgeschäften werden die SDX-Teilnehmer Stablecoins benutzen, die vollständig mit Girobeständen bei der SNB gedeckt sind.

Die Nationalbank stufte die SDX insbesondere aufgrund des erwarteten geringen Geschäftsvolumens als nicht systemisch bedeutsamen Zentralverwahrer ein. Sie wird die Entwicklung der SDX aufmerksam beobachten und ihre Beurteilung regelmässig überprüfen.

Die Diem Networks AG (vormals Libra Networks AG) reichte bei der FINMA ein Bewilligungsgesuch für den Betrieb des Zahlungssystems Diem Payment Network (vormals Libra Payment Network) ein. Das Zahlungssystem basiert auf der DLT und ist in ein vielschichtiges Arrangement eingebettet, über das die Endkunden weltweit Zahlungen abwickeln können. Als Zahlungsmittel dienen Kryptowährungen, deren Wert durch die Hinterlegung von Sicherheiten stabil gehalten werden soll (Single Currency Stablecoins). Die Abklärungen der Nationalbank zur systemischen Bedeutsamkeit von Diem Payment Network waren Ende 2020 noch im Gange.

Diem Payment Network

6.5 CYBERSICHERHEIT DES FINANZSEKTORS

Ausfälle und Störungen von IT-Systemen, insbesondere aufgrund von Cyberfällen, können die Verfügbarkeit, Integrität und Vertraulichkeit von Daten sowie kritische Dienstleistungen und Funktionen des Finanzsystems erheblich beeinträchtigen. Es ist in erster Linie die Aufgabe der einzelnen Finanzinstitute, sich gegen Cyberrisiken angemessen zu schützen. Aufgrund der starken Vernetzung des Finanzsystems und verschiedener institutsübergreifender Prozesse sind aber auch sektorweite Vorkehrungen und Massnahmen notwendig. Dies erfordert zum einen eine enge Zusammenarbeit zwischen den privatwirtschaftlichen Akteuren. Zum anderen leisten auch die Behörden – namentlich der Bund, die FINMA und die Nationalbank – im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate einen Beitrag zur Cybersicherheit des Finanzsektors.

Bedeutung der Cybersicherheit für den Finanzsektor

In der Schweiz ist das beim EFD angesiedelte Nationale Zentrum für Cybersicherheit (National Cyber Security Centre, NCSC) für die koordinierte Umsetzung der Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken verantwortlich. Die Nationalbank beteiligt sich an dem 2020 unter der Leitung des NCSC initiierten Projekt «Financial Sector Information Sharing and Analysis Centre» (FS-ISAC). Mit der Etablierung des FS-ISAC soll die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen dem Privatsektor (Banken, Versicherungen, Finanzmarktinfrastrukturen, Branchenverbände) und den Behörden (EFD, FINMA und SNB) in strategischen sowie operationellen Fragestellungen der Cybersicherheit gefördert werden. Im Vordergrund stehen der Informationsaustausch, die Identifikation und die Umsetzung von sektorweiten Präventions- und Schutzmassnahmen sowie die Krisenbewältigung. Im Berichtsjahr wurden insbesondere die konzeptionellen Grundlagen für das FS-ISAC erarbeitet, das im Jahr 2021 den operativen Betrieb aufnehmen soll.

Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen den Finanzinstituten und den Behörden

Die SNB führt oder beteiligt sich an Projekten, die auf eine sektorweite Erhöhung der Cybersicherheit abzielen, insbesondere im Bereich des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Im Berichtsjahr standen mit dem Secure Swiss Finance Network (SSFN) und dem Projekt Endpoint Security zwei Vorhaben im Vordergrund, welche die Nationalbank in ihrer Funktion als Auftraggeberin und Systemmanagerin des Zahlungssystems SIC weiterführte (siehe Kapitel 4.2).

Sektorweite Massnahmen zur Erhöhung der Cybersicherheit

Mitwirkung bei der internationalen Währungs Kooperation

7.1 GRUNDLAGEN

Auftrag

Die Nationalbank wirkt bei der internationalen Währungs Kooperation mit. Sie arbeitet dazu mit dem Bundesrat zusammen (Art. 5 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes). Die internationale Währungs Kooperation hat zum Ziel, die Funktionsfähigkeit und Stabilität des internationalen Finanz- und Währungssystems zu fördern und zur Überwindung von Krisen beizutragen. Als eine stark in die Weltwirtschaft integrierte Volkswirtschaft mit bedeutendem Finanzplatz und eigener Währung profitiert die Schweiz in besonderem Masse von einem stabilen internationalen Finanz- und Währungssystem.

Formen der Währungs Kooperation

Im Rahmen der internationalen Währungs Kooperation engagiert sich die Nationalbank in multilateralen Institutionen und Foren: dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), dem Financial Stability Board (FSB), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System (NGFS) und – auf Einladung der G20-Präsidentschaft – dem Finance Track der G20. Die Mitwirkung im IWF, im FSB, in der OECD und im Finance Track erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Bund und im Fall des FSB auch mit der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA). Des Weiteren wirkt die Nationalbank bei der internationalen Währungshilfe des Bundes mit. Schliesslich arbeitet sie auf bilateraler Ebene mit anderen Zentralbanken und Behörden zusammen. Im Rahmen dieser bilateralen Kooperation leistet sie auch technische Hilfe an Zentralbanken, in erster Linie an diejenigen aus den Ländern, die mit der Schweiz im IWF eine Stimmrechtsgruppe bilden.

Internationale Währungs Kooperation in der Coronakrise

Die Coronakrise prägte die internationale Währungs Kooperation der Nationalbank im Jahr 2020 massgeblich. Das Ausmass der Pandemie und der darauffolgenden Eindämmungsmassnahmen verursachten einen weltweiten Wirtschaftseinbruch, der zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer besonders empfindlich traf. Der Internationale Währungsfonds (IWF) spielte von Anfang an eine zentrale Rolle in der Krise, indem er Unterstützung für seine Mitgliedländer leistete. Dies führte insbesondere dazu, dass der IWF im historischen Vergleich aussergewöhnlich viele Notfallkredite gewährte. Die Nationalbank erarbeitete in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement die Positionen, welche die Schweiz bei der Beratung solcher Kredite sowie bei Diskussionen zur Finanzierungskraft und Anpassung der Kreditinstrumente im IWF-Exekutivrat vertrat.

Die Coronakrise übte zudem starken Einfluss auf die praktische Zusammenarbeit der Nationalbank mit dem IWF und weiteren multilateralen Institutionen, anderen Zentralbanken und ausländischen Behörden aus. Digitale Kommunikationskanäle trugen massgeblich zur Aufrechterhaltung der internationalen Beziehungen unter den erschwerten Bedingungen bei. So konnte beispielsweise die Zentralbankenaktion zur Stärkung der globalen Liquiditätsversorgung mit US-Dollar im März 2020 in kurzer Zeit konzipiert und umgesetzt werden (siehe Kapitel 2.5).

7.2 MULTILATERALE KOOPERATION

7.2.1 INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

Die Nationalbank wirkt in Kooperation mit dem Bund an den Arbeiten und Entscheiden des IWF mit. Der IWF ist die zentrale Institution für die internationale Währungs- und Finanzkooperation. Er setzt sich für die Stabilität des globalen Währungs- und Finanzsystems und die wirtschaftliche Stabilität seiner 190 Mitgliedsländer ein. Seine Haupttätigkeiten sind die wirtschaftspolitische Überwachung, die Finanzhilfe an Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten sowie die technische Hilfe. Die Schweiz nimmt ihren Einfluss über ihre Vertretung im Gouverneursrat, im Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) und im Exekutivrat wahr.

Mitwirkung im IWF

Der Schwerpunkt der Arbeiten des IWF lag im Jahr 2020 auf der Bewältigung des globalen Wirtschaftseinbruchs, der durch die Pandemie und die entsprechenden Eindämmungsmassnahmen ausgelöst wurde. Der IWF reagierte im Frühling rasch und gewährte zahlreichen Schwellen- und einkommensschwachen Ländern finanzielle Unterstützung, um die Folgen abzufedern. Um eine genügende finanzielle Ausstattung des IWF sicherzustellen, wurde bereits Anfang 2020 eine Änderung der Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) beschlossen, die eine Verdoppelung der NKV-Mittel zur Folge hatte. Im Frühling wurde ausserdem entschieden, die befristeten bilateralen Darlehensabkommen zu erneuern sowie eine neue Runde von Darlehen an den Treuhandfonds des IWF für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT) zu mobilisieren.

Coronakrise als Herausforderung für die globale Wirtschaftspolitik

Deutlicher Anstieg der regulären IWF-Kredite

Die Schweiz beteiligte sich an allen drei Massnahmen: Sie verdoppelte ihre Mittel unter den geänderten NKV, erneuerte ihr bilaterales Darlehensabkommen und gewährte dem PRGT ein neues Darlehen. Mit Blick auf die Phase der Normalisierung hielt die Schweiz fest, dass es zentral ist, die Länder bei der Formulierung von längerfristigen Reformvorhaben und einer guten Staatsführung zu unterstützen.

Die Coronakrise führte zu einem deutlichen Anstieg der regulären – d. h. über die allgemeinen Ressourcen finanzierten – Kredite des IWF. Die total verpflichteten Mittel stiegen von 139,5 Mrd. SZR Ende Februar auf 184 Mrd. SZR Ende 2020 an. Der Exekutivrat gewährte insbesondere zahlreiche Nothilfekredite im Umfang von rund 15 Mrd. SZR unter dem bestehenden, aber bis dahin wenig genutzten «Rapid Financing Instrument». Zusätzlich wurden mehrere umfangreiche neue Programme oder Aufstockungen von bereits bestehenden Programmen im Rahmen von Bereitschaftskreditvereinbarungen oder Erweiterten Kreditvereinbarungen sowie neue Mittelzusagen im Rahmen von Flexiblen Kreditlinien (Flexible Credit Line) bewilligt.

Die Schweiz im IWF

Die Mitgliedschaft der Schweiz im IWF wird vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und von der Nationalbank gemeinsam wahrgenommen. Der Präsident des Direktoriums der Nationalbank vertritt die Schweiz im Gouverneursrat, dem obersten Entscheidungsgremium des IWF. Der Vorsteher des EFD ist eines von 24 Mitgliedern im Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC), dem Steuerungsgremium des IWF. Die Schweiz bildet gemeinsam mit Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan eine Stimmrechtsgruppe. Die Schweiz und Polen stellen abwechselnd für jeweils zwei Jahre den Exekutivdirektor der Stimmrechtsgruppe. Dieser vertritt die Stimmrechtsgruppe im 24 Mitglieder umfassenden Exekutivrat, dem wichtigsten operativen Organ des IWF. Die Stelle des Schweizer Exekutivdirektors wird wechselweise von einem Vertreter des EFD und der Nationalbank besetzt. Das EFD und die Nationalbank legen die Position der Schweiz im IWF fest und unterstützen den Exekutivdirektor der Stimmrechtsgruppe bei der Führung der Geschäfte.

Sonderziehungsrecht

Das Sonderziehungsrecht (SZR) ist eine internationale Reservewährung, die der IWF 1969 eingeführt hat. Der IWF verwendet SZR als Zahlungsmittel und Recheneinheit für seine Finanztransaktionen mit den Mitgliedländern. SZR werden vom IWF bei Bedarf geschaffen und den Mitgliedländern im Verhältnis zu ihren Quoten zugeteilt. Durch die Tauschvereinbarung für Internationale Zahlungsmittel (Voluntary Trading Arrangements) mit einer Reihe von Mitgliedländern, einschliesslich der Schweiz, sorgt der IWF dafür, dass der Bezug von Währungsreserven gegen SZR reibungslos funktioniert. Der Wert des SZR wird anhand eines Währungskorbs bestimmt, den der IWF regelmässig überprüft. Die Korbwährungen sind der US-Dollar, der Euro, der Renminbi, der Yen und das Pfund. Ende 2020 entsprach 1 SZR 1.28 Franken bzw. 1.44 US-Dollar.

Zur Finanzierung seiner regulären Kredite verwendet der IWF in erster Linie die Quoten seiner Mitglieder (siehe Textkasten «Quote»). Bei Bedarf können als zweite Verteidigungslinie die NKV-Mittel aktiviert werden. Als dritte Verteidigungslinie dienen dem IWF befristete bilaterale Darlehensabkommen.

Sicherstellung der IWF-Mittelausstattung und Quotenüberprüfung

Nachdem sich die IWF-Mitglieder im Rahmen der 15. allgemeinen Quotenüberprüfung nicht über eine Erhöhung der Quoten einigen konnten, stimmten der IWF-Exekutivrat und die NKV-Teilnehmer Anfang 2020 einer Änderung der NKV mit einer Verdopplung der NKV-Mittel zu. Nach der Zustimmung durch die Gläubigerländer trat die Reform wie vorgesehen am 1. Januar 2021 in Kraft. Ferner entschied der IWF-Exekutivrat im März, die befristeten bilateralen Darlehensabkommen – in reduziertem Umfang – zu erneuern, um sicherzustellen, dass die verfügbaren finanziellen Mittel des IWF nicht unter das bisherige Niveau fallen. Dies war insbesondere vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Nachfrage nach IWF-Krediten im Zuge der Coronakrise von grosser Bedeutung. Des Weiteren bekräftigten die IWF-Mitglieder ihre Absicht, die 16. allgemeine Quotenüberprüfung bis Dezember 2023 abzuschliessen. Die zentralen Fragen bilden dabei, wie bei früheren Überprüfungen, der Umfang der Quotenerhöhung sowie allfällige Anpassungen der Quotenformel.

Die Schweiz unterstützt weiterhin einen starken, quotenbasierten und angemessen finanzierten IWF. Sie beteiligte sich sowohl an der Verdoppelung der NKV als auch an der Erneuerung der befristeten bilateralen Darlehensabkommen.

Quote

Der IWF teilt jedem Mitgliedstaat bei seinem Beitritt eine Quote zu, deren Grösse die relative Bedeutung des Landes in der Weltwirtschaft spiegeln soll. Die Quote eines Mitglieds basiert auf einer Formel, in die das Bruttoinlandprodukt, der Grad der wirtschaftlichen und finanziellen Offenheit, die Schwankungsanfälligkeit der Handels- und Kapitalflüsse sowie die Höhe der Währungsreserven einfließen. Die Quoten der Mitglieder werden regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst. Die Quote erfüllt drei wichtige Funktionen. Erstens bestimmt sie den Maximalbetrag an finanziellen Mitteln, den ein Mitglied dem IWF bei Bedarf zur Verfügung stellen muss. Zweitens wird sie für die Bemessung des Stimmrechts des entsprechenden Mitglieds herangezogen. Drittens beeinflusst sie die Höhe des Kredits, den ein Mitglied beim IWF beziehen kann.

Darlehenskapazität des IWF

Anfang 2021 verfügte der IWF im Rahmen der Quote über effektiv für neue Darlehenszusagen einsetzbare Mittel im Umfang von 154 Mrd. SZR. Unter den per 1. Januar 2021 geänderten NKV hätten weitere 361 Mrd. SZR aktiviert werden können. Als dritte Verteidigungslinie dienen dem IWF neue befristete bilaterale Darlehensabkommen im Umfang von insgesamt 128 Mrd. SZR.

Beitrag der Schweiz zur Finanzierung des IWF

Die Schweiz war Ende 2020 verpflichtet, dem IWF im Rahmen der Quote, der NKV und des bilateralen Darlehensabkommens Mittel im Umfang von maximal 23 Mrd. Franken zur Finanzierung seiner regulären Kredite zur Verfügung zu stellen (siehe Tabelle «Finanzielle Beziehungen zwischen der SNB und dem IWF»). Die Nationalbank finanziert diese Beiträge, wobei Kredite unter dem bilateralen Darlehensabkommen vom Bund garantiert werden. Die maximale Verpflichtung der SNB belief sich auf 7,4 Mrd. Franken im Rahmen der Quote, auf 7,1 Mrd. Franken unter den NKV und auf 8,5 Mrd. Franken unter der bilateralen Kreditlinie. Ende 2020 beanspruchte der IWF davon insgesamt 1,85 Mrd. Franken im Rahmen der Quote und aus früheren Aktivierungen der NKV. Mit dem Inkrafttreten der geänderten NKV und des erneuerten bilateralen Darlehensabkommens am 1. Januar 2021 erhöhte sich die maximale Verpflichtung um 2,3 Mrd. Franken. Die Verpflichtung unter den NKV verdoppelte sich auf 14,2 Mrd. Franken, während sich diejenige unter dem bilateralen Abkommen um 4,8 Mrd. Franken auf 3,7 Mrd. Franken verringerte.

In Ländern mit niedrigem Einkommen engagiert sich der IWF über zinsvergünstigte Kreditvereinbarungen, die er durch den PRGT finanziert. Wegen der Pandemie nahm die Nachfrage nach solchen Krediten stark zu. Die vom IWF über den PRGT total verpflichteten Mittel stiegen entsprechend von 9 Mrd. SZR Ende Februar auf 14,5 Mrd. SZR Ende Jahr an. Hauptgrund für den Anstieg waren die vom IWF an über 40 Länder gewährten zinsvergünstigten Nothilfekredite.

Rascher Anstieg der zinsvergünstigten Kredite

Zur Finanzierung der stark gestiegenen Nachfrage nach Krediten lancierte der IWF im April eine neue Runde zur raschen Mobilisierung von Darlehensressourcen für den PRGT. Das Ziel einer Aufstockung im Umfang von mindestens 12,5 Mrd. SZR wurde erreicht. Im Rahmen der neuen Finanzierungsrunde stellte auch die Schweiz dem IWF ein weiteres Darlehen im Umfang von 500 Mio. SZR zur Verfügung. Die Darlehen der Schweiz an den PRGT werden von der Nationalbank gewährt und vom Bund garantiert. Der Bund finanziert die Zinsvergünstigungen. Ende 2020 waren aus früheren Darlehensabkommen Kredite im Umfang von 819 Mio. Franken ausstehend, und der maximal noch mögliche Bezug des IWF betrug 463 Mio. Franken. Mit der neuen Darlehensvereinbarung, die am 1. Januar 2021 in Kraft trat, erhöhte sich der maximal mögliche Bezug um 500 Mio. SZR.

Mobilisierung von Darlehensressourcen für den PRGT und neues Darlehen der SNB

FINANZIELLE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER SNB UND DEM IWF

in Mrd. Franken

	Maximum	Ende 2020 beansprucht
Reserveposition ¹		1,849
Quote	7,396	1,545
NKV	7,101	0,304
Bilaterales Darlehensabkommen ²	8,500	0,000
PRGT ²	1,282	0,819
SZR ³	2,107	0,150

1 Der ausbezahlte Teil der Quote und die vom IWF beanspruchten Mittel unter den NKV sowie dem bilateralen Darlehensabkommen ergeben zusammen die Reserveposition der Schweiz beim IWF. Die Reserveposition stellt eine liquide Forderung der SNB gegenüber dem IWF dar und gehört daher zu den Währungsreserven.

2 Mit Bundesgarantie.

3 Im Rahmen der Tauschvereinbarung für Internationale Zahlungsmittel (Voluntary Trading Arrangement) mit dem IWF hat sich die SNB verpflichtet, bis zur vereinbarten Limite von 1,644 Mrd. SZR (2,107 Mrd. Franken) SZR gegen Devisen (US-Dollar, Euro) zu kaufen (+) oder zu verkaufen (-).

Artikel-IV-Konsultation

Im Rahmen der Artikel-IV-Konsultation überprüft der IWF regelmässig die Wirtschaftspolitik seiner Mitgliedländer. Nach dem Beginn der Coronakrise fokussierte der IWF seine Tätigkeiten auf die Vergabe von Nothilfekrediten und sistierte sämtliche Artikel-IV-Konsultationen. Dies betraf auch die im Frühling 2020 geplante Artikel-IV-Konsultation mit der Schweiz. Die nächste Konsultation ist im März 2021 in einem virtuellen Format vorgesehen.

BIZ als Bank und Forum der Zentralbanken

7.2.2 BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGS AUSGLEICH

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in Basel ist eine Organisation, welche die Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich fördert und Zentralbanken als Bank und Forum dient. Die Nationalbank ist seit der Gründung der BIZ im Jahr 1930 im Verwaltungsrat vertreten.

Die Präsidenten der Zentralbanken der BIZ-Mitgliedländer treffen sich alle zwei Monate, um sich über die Entwicklung der Weltwirtschaft sowie des internationalen Finanzsystems auszutauschen und um die Arbeit der ständigen Ausschüsse zu leiten und zu beaufsichtigen. Die Nationalbank wirkt zudem in den vier ständigen Ausschüssen der BIZ mit: dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, dem Ausschuss für Zahlungsverkehr und Marktinfrastrukturen, dem Ausschuss für das weltweite Finanzsystem sowie dem Märkteausschuss.

Bericht der Arbeitsgruppe zu digitalem Zentralbankgeld

Im Januar 2020 gab die Nationalbank bekannt, dass sie zusammen mit der Bank of Canada, der Bank of Japan, der Bank of England, der Europäischen Zentralbank, der Sveriges Riksbank und der BIZ eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen hat, um Erfahrungen beim Evaluieren der Einsatzmöglichkeiten von digitalem Zentralbankgeld (Central Bank Digital Currency, CBDC) auszutauschen. Die Arbeitsgruppe veröffentlichte im Oktober einen Bericht, an dem sich auch die US-Zentralbank Federal Reserve beteiligt hat. Der Bericht umreisst die Grundprinzipien und die Haupteigenschaften einer öffentlich zugänglichen CBDC, gibt aber keine Empfehlung zur möglichen Einführung von digitalem Zentralbankgeld ab. Die Gruppe der sieben Zentralbanken wird die Machbarkeit von CBDC weiter untersuchen, ohne sich auf deren Emission festzulegen.

BIZ-Innovation-Hub und Projekte am Schweizer Zentrum

Der BIZ-Innovation-Hub wurde 2019 gegründet und hat Zentren in der Schweiz, Hongkong und Singapur. Im Juni 2020 entschied der Verwaltungsrat der BIZ, den Hub um vier Zentren in London, Frankfurt/Paris, Stockholm und Toronto zu erweitern. Zudem wurde eine strategische Partnerschaft mit der Federal Reserve Bank of New York abgeschlossen. Ziel des Innovation Hub ist es, vertiefte Erkenntnisse über relevante technologische Entwicklungen zu gewinnen, welche die Aufgaben von Zentralbanken betreffen, und öffentliche Güter im Technologiebereich zu entwickeln, um das Funktionieren des globalen Finanzsystems weiter zu verbessern. Im Schweizer Zentrum des BIZ-Innovation-Hubs mit Büros in Basel und Zürich haben 2020 acht Mitarbeitende der BIZ und der SNB ihre Tätigkeit aufgenommen. Im vergangenen Jahr wurde an zwei Projekten gearbeitet.

Beim Projekt Helvetia arbeiten die SNB, die BIZ und die SIX Group AG zusammen. Im Zentrum steht dabei die Integration von digitalem Zentralbankgeld in eine Finanzmarktinfrastruktur für die Abwicklung von digitalen (tokenisierten) Vermögenswerten, die auf der Distributed-Ledger-Technologie (DLT) basiert. Zwei Ansätze wurden in Form von Machbarkeitsstudien untersucht und ausgetestet: Beim ersten Ansatz ging es um von Zentralbanken in digitaler Form auf der Basis einer DLT-Finanzmarktinfrastruktur emittierte Vermögenswerte (Zentralbank-Token), die zu Zahlungszwecken für Finanzinstitute eingesetzt werden können – eine sogenannte Wholesale Central Bank Digital Currency (Wholesale CBDC). Beim zweiten Ansatz wurde eine Schnittstelle zwischen der DLT-basierten Finanzmarktinfrastruktur und dem Schweizer Zahlungssystem Swiss Interbank Clearing eingerichtet. Der im Dezember 2020 erschienene Bericht zeigt, dass beide Ansätze technisch durchführbar sind und sich innerhalb des Schweizer Rechtsrahmens zivilrechtlich umsetzen lassen. Zudem hat das Projekt Vor- und Nachteile der zwei Ansätze aufgezeigt. Diese sollen in einer zweiten Phase weiter analysiert werden. Das Projekt soll zudem um die Integration von Wholesale CBDC in die Verbuchungssysteme von Banken und der SNB und im grenzüberschreitenden Kontext erweitert werden. Auch diese Phase des Projekts dient ausschliesslich dazu, ein besseres Verständnis von digitalem Zentralbankgeld für Finanzinstitute zu entwickeln und entsprechende Erfahrungen zu sammeln.

Im Projekt Rio wird ein Prototyp einer neuen Datenarchitektur zur Beobachtung von hochfrequenten Märkten entwickelt. Der Handel, z. B. an Devisenmärkten, hat sich durch neue Technologien in den letzten Jahrzehnten stark beschleunigt und ist zunehmend fragmentiert, d. h. er findet auf immer mehr Plattformen parallel statt. Dies stellt die Zentralbanken vor die Herausforderung, den Entwicklungen an den hochfrequenten Märkten zu folgen. Der im Schweizer Zentrum entwickelte Prototyp soll es ermöglichen, die schnellen Marktbewegungen und die grossen Datenmengen von verschiedenen Handelsplätzen in Echtzeit zu verarbeiten. Damit wird den Zentralbanken ein Instrument zur Beobachtung und Analyse der Handelsbedingungen zur Verfügung gestellt. Erste Ergebnisse sollen im Laufe von 2021 vorliegen.

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) setzt sich aus hochrangigen Vertretern der Bankenaufsichtsinstanzen und Zentralbanken zusammen. Er erlässt Empfehlungen und setzt internationale Standards im Bereich der Bankenaufsicht.

Die Schwerpunkte des Basler Ausschusses lagen 2020 auf der Überwachung der Auswirkungen der Coronakrise auf den Bankensektor sowie der Umsetzung und der Überprüfung der Wirksamkeit der Regulierungsstandards. Mit Einsetzen der Pandemie verstärkte der Basler Ausschuss die laufende Überwachung der Risikoentwicklung. Er verlängerte die Umsetzungsfrist des Reformpakets Basel III um ein Jahr auf den 1. Januar 2023, um sowohl bei den Behörden als auch bei den Banken zusätzliche Ressourcen für die Krisenbewältigung freizusetzen. Vor dem Hintergrund der Unsicherheit über die weitere Entwicklung wies er auf die Kapital- und Liquiditätspuffer hin, die den Banken in Stresszeiten zur Verfügung stehen. Sie sollen ihnen erlauben, aussergewöhnliche Verluste oder Liquiditätsengpässe aus eigener Kraft zu überbrücken, damit die Vergabe von Krediten oder das Wahrnehmen anderer relevanter Funktionen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Neben der Krisenbewältigung setzte der Basler Ausschuss seine Arbeiten zur regulatorischen Behandlung von Kryptoanlagen sowie zur Berücksichtigung von klimabezogenen finanziellen Risiken fort.

Der Ausschuss für Zahlungsverkehr und Marktinfrastrukturen (CPMI) fördert die Sicherheit und Effizienz des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der Marktinfrastrukturen, über die Finanzmarktgeschäfte abgerechnet oder abgewickelt werden.

Ausschuss für
Zahlungsverkehr und
Marktinfrastrukturen

Im Jahr 2020 setzte der Ausschuss drei Schwerpunkte. Erstens leistete er konzeptionelle und technische Beiträge für die durch das Financial Stability Board koordinierte Entwicklung eines Massnahmenplans. Dieser hat zum Ziel, den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr global zu verbessern. Zweitens befasste sich der Ausschuss mit verschiedenen Innovationen im Bereich des Zahlungsverkehrs, insbesondere mit digitalen Währungen und Stablecoins. Drittens führte er seine Anstrengungen fort, die operationelle Widerstandsfähigkeit von Finanzmarktinfrastrukturen gegenüber den wachsenden Cyberrisiken zu erhöhen.

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS) überwacht die Entwicklungen der globalen Finanzmärkte und analysiert die Auswirkungen auf die Finanzstabilität.

Ausschuss für das
weltweite Finanzsystem

Der Ausschuss befasste sich im Jahr 2020 mit den Auswirkungen der Pandemie auf die Finanzstabilität. Thematisiert wurden mögliche Klippeneffekte durch die Aufhebung von Unterstützungsmassnahmen, die Resilienz des Bankensektors sowie der Finanzierungsbedarf von kleinen und mittleren Unternehmen. Der Ausschuss veröffentlichte ferner zwei Berichte. Der erste Bericht beschäftigt sich mit der globalen Dynamik der Immobilienpreise und unterstreicht die wachsende Rolle internationaler Investoren an vielen Märkten. Der zweite Bericht analysiert die Rolle der US-Dollar-Finanzierung im globalen Finanzsystem. Die weitverbreitete Verwendung des US-Dollars bringt Vorteile, führt durch die daraus resultierende Verflechtung des Marktes jedoch auch zu Risiken.

Der Märkteausschuss (MC) befasst sich mit den laufenden Entwicklungen an den Geld-, Devisen-, Kapital- und Rohstoffmärkten sowie deren Funktionsfähigkeit.

Märkteausschuss

Im Jahr 2020 beschäftigte sich der Märkteausschuss schwerge­wichtig mit den Auswirkungen der Coronakrise sowie den von Zentralbanken getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Krise. Im Zentrum stand dabei die Frage, wie sich solche Massnahmen auf das Funktionieren von Finanzmärkten auswirken. Im Oktober publizierte der Märkteausschuss zudem einen Bericht zu «FX execution algorithms and market functioning». Dieser Bericht wurde von einer Arbeitsgruppe verfasst, die von der SNB geleitet wurde. Ein wichtiges Thema blieb die Reform der Referenzzinssätze – insbesondere die Auswirkungen der Ablösung des Libors.

7.2.3 FINANCIAL STABILITY BOARD

Schweizer Vertretung im FSB

Das Financial Stability Board (FSB) vereint die für die Finanzstabilität zuständigen nationalen Behörden (Zentralbanken, Aufsichtsbehörden und Finanzministerien), internationale Organisationen und normgebende Instanzen. Die Vertretung der Schweiz im FSB ist zwischen dem EFD, der Nationalbank und der FINMA aufgeteilt. Die Nationalbank ist Mitglied des Steuerungsausschusses, der Plenarversammlung und des Ausschusses für die Beurteilung von Risiken. Seit November 2020 stellt die Nationalbank den Vorsitz des Ausschusses für Budget und Ressourcen.

Risiken im Finanzsystem

Das FSB befasst sich mit Risiken im Finanzsystem und mit Vorkehrungen, um diesen Risiken zu begegnen. Im Jahr 2020 standen die Auswirkungen der Pandemie auf das globale Finanzsystem im Zentrum. In diesem Zusammenhang publizierte das FSB einen Bericht zu den globalen Marktturbulenzen im März und den damit verbundenen Liquiditätsengpässen. Die Turbulenzen gingen v. a. von Geldmarktfonds und anderen Nichtbanken im Finanzsystem aus. Deshalb sollen die Risiken im Nichtbankensektor genauer untersucht und mögliche Regulierungsansätze aufgezeigt werden.

Verbesserung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs

Einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeiten des FSB bildete die Verbesserung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs. In enger Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Zahlungsverkehr und Marktinfrastrukturen (CPMI) der BIZ entwickelte das FSB einen Massnahmenplan, wie grenzüberschreitende Zahlungen schneller, billiger, transparenter und besser zugänglich gemacht werden können. Die vorgeschlagenen Massnahmen zielen einerseits darauf ab, regulatorische Anforderungen zu vereinheitlichen und existierende Zahlungssysteme zu verbessern. Andererseits sollen aber auch die Möglichkeiten der Nutzung neuer Technologien geprüft werden.

Im Jahr 2017 hatte das FSB ein Konzept zur Beurteilung von Vorteilen und möglichen Nachteilen regulatorischer Reformen verabschiedet. Seither werden regelmässig Evaluationsstudien durchgeführt. Im Jahr 2020 vollendete das FSB einen Konsultationsbericht über die 2019 in Angriff genommene Evaluationsstudie zu den Effekten der Too-big-to-fail-Reformen. Die Studie, an der die SNB mitwirkte, kommt zum Schluss, dass systemrelevante Banken dank der Reformen deutlich widerstandsfähiger sind und dass die Vorteile der Reformen deren Nachteile wesentlich überwiegen. Sie identifiziert aber auch Lücken bei der Umsetzung der Reformagenda, insbesondere im Bereich der Abwicklungsfähigkeit. Der Schlussbericht zu dieser Evaluationsstudie soll 2021 publiziert werden.

Auswirkungen der
Too-big-to fail-Reformen

2020 befasste sich das FSB mit möglichen Auswirkungen und Regulierungsansätzen von Stablecoins. Als Stablecoins werden durch Private emittierte digitale Vermögenswerte zu Zahlungszwecken (Zahlungs-Token) bezeichnet, deren Wert gegenüber spezifischen Vermögenswerten oder staatlichen Währungen durch einen Sicherungsmechanismus stabil gehalten werden soll. Die dazu eingesetzte Arbeitsgruppe, in der die SNB vertreten war, verfasste Empfehlungen zur Regulierung, Aufsicht und Überwachung von Stablecoins. Dabei soll das Prinzip «gleiches Geschäft, gleiche Risiken, gleiche Regeln» umgesetzt werden. Ein wichtiger Aspekt ist die internationale Kooperation, da Stablecoins auch grenzüberschreitende Auswirkungen haben.

Regulierungsansätze
für Stablecoins

7.2.4 OECD

Die Schweiz ist Gründungsmitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Sie setzt sich in den intergouvernementalen Komitees für die Pflege und den Ausbau der wirtschafts-, sozial- und entwicklungspolitischen Beziehungen unter den 37 Mitgliedsländern ein. Gemeinsam mit dem Bund nimmt die Nationalbank die Mitgliedschaft im wirtschaftspolitischen Komitee (Economic Policy Committee), im Finanzmarktkomitee (Committee on Financial Markets) und im Statistikkomitee (Committee on Statistics and Statistical Policy) wahr. Das wirtschaftspolitische Komitee und dessen Arbeitsgruppen befassen sich mit den Entwicklungen der Weltwirtschaft sowie mit Fragen der Strukturpolitik. Das Finanzmarktkomitee analysiert die Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten und befasst sich mit Regulierungsfragen. Das Statistikkomitee erarbeitet in Koordination mit anderen internationalen Organisationen Standards für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Mitwirkung

Empfehlungen der OECD für die Schweiz

Die OECD veröffentlicht halbjährlich einen Bericht über den wirtschaftlichen Ausblick (Economic Outlook), der wirtschaftspolitische Empfehlungen und konjunkturelle Einschätzungen zu jedem Mitgliedland enthält. In der Herbstausgabe 2020 des Berichts empfahl die OECD der Nationalbank, allenfalls die SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazität zu verlängern, um die Banken bei der Vergabe von Krediten an Unternehmen mit pandemiebedingten Liquiditätsengpässen zu unterstützen.

Teilnahme der Schweiz am Finance Track

7.2.5 G20

Die G20 umfasst die zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer und ist ein bedeutendes Forum für die internationale Zusammenarbeit in Finanz- und Wirtschaftsfragen. Die Schweiz wurde in den vergangenen Jahren zu den Treffen der G20-Finanzminister und -Zentralbankgouverneure eingeladen, dem sogenannten Finance Track, der sich jeweils auf Wirtschafts-, Währungs- und Finanzfragen konzentriert. Zusätzlich beteiligte sie sich an den Vorbereitungstreffen auf Stellvertreterebene und wirkte in den Arbeitsgruppen mit. Die Schweizer Interessen werden gemeinsam von Bund und Nationalbank wahrgenommen.

Schwerpunkte im Jahr 2020 und Einladung für 2021

Im Jahr 2020 präsierte Saudi-Arabien die G20. Die Schweiz wurde zum ersten Mal als Gast neben dem Finance Track auch zu allen anderen Arbeiten der Gruppe eingeladen. Diese umfassen die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, die Sitzungen auf Minister- und Gouverneursebene sowie der Arbeitsgruppen. Im Finance Track legte Saudi-Arabien den Schwerpunkt u. a. auf die Herausforderungen der Pandemie für die Weltwirtschaft, die globale Antwort darauf und die Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder. Die Schweiz unterstützte die saudische Agenda. Im Jahr 2021 hat Italien die Präsidentschaft inne; die Schweiz ist wieder zum Finance Track eingeladen.

Klima- und umweltbezogene Risiken für das Finanzsystem

7.2.6 NETWORK FOR GREENING THE FINANCIAL SYSTEM

Das Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System (NGFS) ist ein Netzwerk von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, das am «Paris One Planet Summit» im Dezember 2017 lanciert worden war. Es dient den teilnehmenden Institutionen als Forum zum Austausch über die Risiken des Klimawandels für die Volkswirtschaft und das Finanzsystem. Im Rahmen des NGFS wird analysiert, wie diesen Risiken begegnet werden kann und wie die für den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaftstätigkeit nötigen Finanzmittel aufgebracht werden können. In der Plenarversammlung des NGFS sind sowohl die Nationalbank als auch die FINMA vertreten.

Die Nationalbank beteiligte sich 2020 am Erfahrungsaustausch im NGFS, um dadurch die potenziellen Auswirkungen von Klimarisiken auf die makroökonomischen Entwicklungen und die Finanzstabilität besser einschätzen zu können. Die SNB wirkte an drei der fünf Arbeitsgruppen des NGFS mit: «Macrofinancial», «Scaling up Green Finance» und «Research». In diesen Arbeitsgruppen beschäftigte sie sich u. a. mit der Szenarioanalyse von Klimarisiken und der Koordination von entsprechender Forschung unter Zentralbanken.

Beteiligung der SNB

7.3 BILATERALE KOOPERATION

7.3.1 WÄHRUNGSHILFE

Die Arbeitsteilung zwischen Nationalbank und Bund bei der Erteilung von Währungshilfekrediten ist im Bundesgesetz über die internationale Währungshilfe (Währungshilfegesetz, WHG) vom 19. März 2004 festgehalten. Die Nationalbank kann zur Verhütung oder Behebung ernsthafter Störungen des internationalen Währungssystems vom Bundesrat beauftragt werden, Darlehen oder Garantien zu gewähren. Zu diesem Zweck ist ein Rahmenkredit von 10 Mrd. Franken vorgesehen. Die Nationalbank kann sich auch an Spezialfonds und anderen Einrichtungen des IWF beteiligen oder bilaterale Währungshilfekredite zugunsten einzelner Staaten leisten. Dabei kann der Bund der SNB den Antrag stellen, die Darlehensgewährung zu übernehmen. Im Gegenzug garantiert der Bund der SNB in all diesen Fällen die Zinszahlungen und die Kapitalrückzahlung auf die gewährten Darlehen.

Grundsätze

Die Nationalbank hatte im April 2016 im Auftrag des Bundes einen Darlehensvertrag mit der Zentralbank der Ukraine über maximal 200 Mio. US-Dollar abgeschlossen. Dabei garantiert der Bund der SNB die fristgerechte Rückzahlung und Verzinsung des Darlehens. Gemäss dem Darlehensvertrag erfolgt die Auszahlung gestaffelt und orientiert sich an der Auszahlung der Tranchen der Erweiterten Kreditvereinbarung des IWF von 2015, an deren Umsetzung das Darlehen gebunden ist. Die erste Tranche des Darlehens war Anfang März 2017 ausbezahlt worden. Nachdem die Erweiterte Kreditvereinbarung Ende Dezember 2018 durch eine Bereitschaftskreditvereinbarung abgelöst worden war, wurden keine weiteren Tranchen mehr ausbezahlt.

Darlehen an die Zentralbank der Ukraine

7.3.2 ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN ZENTRALBANKEN UND AUSLÄNDISCHEN BEHÖRDEN

Die Nationalbank pflegt auf bilateraler Ebene regelmässige Kontakte mit anderen Zentralbanken und ausländischen Behörden. Darunter fallen der Austausch zu Themen der internationalen Währungs Kooperation, den die SNB mit anderen Zentralbanken führt, sowie die Teilnahme an Finanzdialogen mit anderen Ländern. Finanzdialoge dienen dazu, die Kontakte mit wichtigen Partnerländern zu vertiefen und sich über relevante Themen im Finanzbereich auszutauschen. Sie werden vom Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) unter Einbezug verschiedener Institutionen des Bundes und bundesnaher Betriebe geleitet.

7.3.3 US TREASURY

Bericht des US Treasury

Das Schatzamt der Vereinigten Staaten (US Treasury) bezeichnete die Schweiz in einem im Dezember 2020 publizierten, regelmässig erscheinenden Bericht zur Währungspolitik der wichtigsten Handelspartner der USA als Währungsmanipulatorin. Die Schweizer Behörden und die Nationalbank wiesen den Vorwurf der Währungsmanipulation zurück. Die Devisenmarktinterventionen der SNB sind notwendig, um angemessene monetäre Bedingungen und dadurch Preisstabilität zu gewährleisten. Sie erfolgen nicht mit dem Ziel, Anpassungen in der Zahlungsbilanz zu verhindern oder ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile für die Schweizer Wirtschaft zu erlangen. Die Schweizer Behörden bekundeten ihre Bereitschaft, mit dem US Treasury Gespräche aufzunehmen, um die besondere Situation der Schweiz zu erläutern.

7.3.4 FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Währungsvertrag und
Zusammenarbeit

Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein sind seit 1980 durch einen Währungsvertrag verbunden. Bereits zuvor hatte faktisch während fast 60 Jahren eine Währungsunion zwischen den beiden Ländern bestanden, allerdings noch ohne staatsvertragliche Grundlage. Mit dem Währungsvertrag wurde der Schweizer Franken zum offiziellen Zahlungsmittel im Fürstentum, und die Nationalbank agiert für das Land als Zentralbank. Entsprechend sind bestimmte Schweizer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Zusammenhang mit der Geld- und Währungspolitik in Liechtenstein anwendbar, insbesondere das Nationalbankgesetz und die Nationalbankverordnung. Die Nationalbank übt gegenüber Banken sowie anderen Personen und Gesellschaften im Fürstentum Liechtenstein die gleichen Befugnisse aus wie gegenüber Banken, Personen und Gesellschaften mit Wohnsitz in der Schweiz. Sie arbeitet zu diesem Zweck mit den zuständigen Behörden im Fürstentum zusammen.

7.3.5 TECHNISCHE HILFE

Die Nationalbank leistet anderen Zentralbanken auf Anfrage technische Hilfe. Darunter wird der Transfer von zentralbankspezifischem Wissen verstanden, der in der Regel in Form individueller Beratungsleistungen von Experten der Nationalbank vor Ort oder in der Schweiz erbracht wird. Die technische Hilfe der SNB ist schwerpunktmässig auf die Länder Zentralasiens und des Kaukasus ausgerichtet, die Mitglieder der Schweizer Stimmrechtsgruppe im IWF und in der Weltbank sind.

Grundsätze

Die technische Hilfe im Jahr 2020 war geprägt durch die Corona-Pandemie, die ab März die Möglichkeiten der Zusammenarbeit stark einschränkte. Dennoch konnten einige bilaterale Projekte erfolgreich umgesetzt werden, teilweise auf virtuellem Weg statt mit Präsenz vor Ort. So berieten Ökonomen der SNB die Zentralbanken Tadschikistans und Usbekistans bei der geldpolitischen Analyse. Zudem konnte weiterhin die Zentralbank Aserbaidschans bei der Verwaltung von Währungsreserven unterstützt werden, in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und dem Genfer Hochschulinstitut «Institut de hautes études internationales et du développement». Ausserdem nahmen Experten der SNB an Missionen des IWF in Georgien und Uganda teil, um die dortigen Zentralbanken bei der Umsetzung der Geldpolitik zu begleiten. Bei einer weiteren IWF-Mission für die Zentralbank Tunesiens wirkten die Experten der SNB virtuell mit.

Tätigkeit im Jahr 2020

Seit 1984 betreibt die Nationalbank das Studienzentrum Gerzensee. Neben der akademischen Forschung dient es auch als Zentrum zur Ausbildung von Zentralbankfachleuten. Im Jahr 2020 konnte angesichts der Pandemie nur einer von sechs geplanten Zentralbankkursen durchgeführt werden.

Zentralbankkurse im
Studienzentrum Gerzensee

Auftrag	Die Nationalbank erbringt für den Bund Bankdienstleistungen (Art. 5 Abs. 4 und Art. 11 des Nationalbankgesetzes).
Entgeltlichkeit von Bankdienstleistungen	Die Nationalbank erbringt die Bankdienstleistungen für den Bund gegen ein angemessenes Entgelt, jedoch unentgeltlich, wenn sie die Durchführung der Geld- und Währungspolitik erleichtern. Die entgeltlichen Dienstleistungen umfassen die Kontoführung, den Zahlungsverkehr, die Liquiditätsbewirtschaftung, die Verwahrung von Wertschriften sowie die Emission von Geldmarktbuchforderungen (GMBF) und Bundesanleihen im Auftrag und auf Rechnung des Bundes. Die Einzelheiten über die zu leistenden Dienste und das Entgelt sind in einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Nationalbank festgehalten.
Emissionstätigkeit	Die Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie erhöhten im Jahr 2020 den kurzfristigen Finanzierungsbedarf des Bundes. So wurden GMBF in der Höhe von insgesamt 200,9 Mrd. Franken (Vorjahr: 106,5 Mrd. Franken) gezeichnet und für 40,7 Mrd. Franken (21,0 Mrd. Franken) zugeteilt. Die entsprechenden Beträge bei den Bundesanleihen beliefen sich auf 6,1 Mrd. Franken (3,4 Mrd. Franken) bzw. 3,8 Mrd. Franken (2,1 Mrd. Franken). Die Nationalbank führte die Emissionen von GMBF und Bundesanleihen im Auktionsverfahren durch.
Negative Renditen für GMBF	Die Geldmarktsätze blieben im anhaltenden Tiefzinsumfeld niedrig. So verharrten auch die Renditen für GMBF weiterhin im negativen Bereich. Über das ganze Jahr hinweg bewegten sich die Renditen für Emissionen mit einer Laufzeit von drei Monaten zwischen $-0,71\%$ und $-0,98\%$. Damit notierte die tiefste Rendite nahezu auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.
Kontoführung und Zahlungsverkehr	Die Nationalbank führt für den Bund Sichtkonten in Franken und Fremdwährungen. Am Jahresende betragen die Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund insgesamt 13,8 Mrd. Franken (Ende 2019: 23,5 Mrd. Franken). Die Sichtkonten des Bundes sind vom Negativzins ausgenommen und damit unverzinst. Die Nationalbank wickelte im Auftrag des Bundes rund 160 000 Zahlungen (Vorjahr: 158 000) in Franken und rund 22 000 Zahlungen (29 000) in Fremdwährungen ab.

9.1 GRUNDLAGEN

Die Nationalbank fordert auf der Grundlage von Art. 14 des Nationalbankgesetzes (NBG) die statistischen Daten ein, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigt. Sie erhebt Daten zur Führung der Geld- und Währungspolitik, zur Überwachung der Finanzmarktinfrastrukturen, zur Erhaltung der Stabilität des Finanzsystems sowie zur Erstellung der Zahlungsbilanz und der Statistik des Auslandvermögens. Sie übermittelt die statistischen Daten, die sie im Dienst der internationalen Währungs Kooperation erhebt, an internationale Organisationen. Die Nationalbankverordnung (NBV) regelt die Einzelheiten der Statistiktätigkeit der Nationalbank.

Zweck der Statistiktätigkeit

Banken, Finanzmarktinfrastrukturen, Wertpapierhäuser sowie Bewilligungsträger nach Art. 13 Abs. 2 des Kollektivanlagegesetzes sind verpflichtet, der Nationalbank Zahlen über ihre Tätigkeit zu liefern (Art. 15 NBG). Soweit statistische Daten für die Analyse der Finanzmärkte, den Überblick über den Zahlungsverkehr, die Erstellung der Zahlungsbilanz oder die Statistik des Auslandvermögens erforderlich sind, kann die Nationalbank bei weiteren natürlichen oder juristischen Personen Erhebungen vornehmen. Dazu gehören namentlich Einrichtungen zur Herausgabe von Zahlungsinstrumenten oder zur Verarbeitung, Abrechnung und Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Versicherungen, die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge sowie die Anlage- und Holdinggesellschaften.

Auskunftspflichtige Personen

Die Nationalbank beschränkt die Zahl und die Art der Befragungen auf das Notwendige. Sie achtet darauf, die Belastung der auskunftspflichtigen Stellen möglichst gering zu halten.

Beschränkung auf das Notwendige

Die Nationalbank hält gemäss Art. 16 NBG die erhobenen Daten geheim und veröffentlicht sie nur in aggregierter Form. Die Daten dürfen jedoch den zuständigen schweizerischen Finanzmarktaufsichtsbehörden zur Verfügung gestellt werden.

Geheimhaltungspflicht und Datenaustausch

9.2 PRODUKTE

Erhebungen und Statistiken

Die Nationalbank führt statistische Erhebungen in den Bereichen Bankensstatistik, Kollektivanlagestatistik, Zahlungsbilanz und Auslandvermögen sowie Zahlungsverkehr durch. Ein Überblick dazu findet sich im Anhang zur NBV und auf der Website der Nationalbank. Die Nationalbank publiziert die Ergebnisse ihrer Erhebungen in Form von Statistiken. Sie unterhält zudem eine Datenbank mit knapp 19 Mio. Zeitreihen aus den Bereichen Banken, Finanzmärkte und Volkswirtschaft.

Statistische Publikationen

Die Nationalbank veröffentlicht ihre Statistiken über ihre Website (www.snb.ch) und das Datenportal im Internet (<https://data.snb.ch>) sowie teilweise auch als gedruckte Publikation. Die jährliche Publikation «Die Banken in der Schweiz» erschien 2020 zum letzten Mal. Sie wird Ende des zweiten Quartals 2021 durch ein ausgebauter Angebot von Daten zu Banken auf dem Datenportal der SNB ersetzt. Namentlich werden neu auch Daten auf der Stufe Konzern veröffentlicht.

Erweiterung des Datenportals der SNB

Im Jahr 2020 wurde das Angebot auf dem Datenportal erneut erweitert. Seit Ende September veröffentlicht die SNB detailliertere Angaben zu ihren Geld- und Devisenmarktoperationen. Bei den Geldmarktoperationen werden neu jeweils am Monatsende Informationen über Konditionen und Volumen der einzelnen geldpolitischen Geschäfte des Vormonats publiziert. Bei den Devisenmarktoperationen wird neu jeweils am Quartalsende das Interventionsvolumen des Vorquartals bekanntgegeben. Bisher wurde das Volumen auf Jahresbasis im Rechenschaftsbericht kommuniziert.

Zudem wurden Ende Oktober zum ersten Mal vierteljährliche Daten der Finanzierungsrechnung der Schweiz veröffentlicht. Bis dahin waren die entsprechenden Daten nur in jährlicher Frequenz verfügbar. Weiter wurde das Datenangebot im Bereich der Direktinvestitionsstatistik ausgebaut. Neu sind auf dem Datenportal zusätzliche Informationen zur operativen Aktivität multinationaler Unternehmen im Ausland verfügbar. Dazu gehören die Anzahl der Tochtergesellschaften im Ausland sowie die dort erzielten Umsätze.

9.3 PROJEKTE

Ende März 2020 baute die SNB die qualitative Umfrage bei Banken zur Kreditvergabe und -nachfrage aus. Die SNB reagierte damit auf einen dringenden Datenbedarf im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Die erweiterte Umfrage wird in der Form einer sachlich und zeitlich begrenzten Zusatzerhebung gemäss Art. 6 NBV durchgeführt. Daneben wurde die Meldeplattform eSurvey so weiterentwickelt, dass darüber mit Banken Dokumente, die im Zusammenhang mit der Beanspruchung der SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität (CRF) stehen, ausgetauscht werden können. Dieser Kanal genügt hohen Sicherheitsanforderungen.

Arbeiten infolge
der Corona-Pandemie

Die SNB beschloss, bei Banken zusätzliche Daten zur Verzinsung von Passivpositionen zu erheben. Die Einführung dieser Erhebung verläuft gestaffelt und wird im Oktober 2021 abgeschlossen sein. Hintergrund ist der Datenbedarf der SNB im Kontext des Negativzinsregimes. Weiter beschloss die SNB, ihre Erhebung zum Kundenzahlungsverkehr zu revidieren. Mit der Revision wird der zunehmenden Digitalisierung des Zahlungsverkehrs sowie geänderten Zahlungsgewohnheiten des Publikums Rechnung getragen. Die Erhebung zum Kundenzahlungsverkehr wird neu monatlich und nicht mehr quartalsmässig durchgeführt. Banken müssen erstmals per Januar 2022 Daten nach den neuen Vorgaben einreichen.

Sonstige Erhebungsprojekte

Die Schweiz trat auf Anfang Dezember 2020 dem Special Data Dissemination Standard (SDDS) Plus des Internationalen Währungsfonds (IWF) bei. Der neue Standard richtet sich an Länder mit systemisch wichtigen Finanzplätzen. Er verpflichtet die teilnehmenden Länder, umfangreiche Daten zu diversen Themenbereichen zu veröffentlichen. In der Schweiz werden die Daten zur Erfüllung von SDDS Plus von verschiedenen Bundesstellen zur Verfügung gestellt. Die SNB ist für mehrere Datenbereiche zuständig. So steht in der Finanzierungsrechnung der Wechsel von jährlichen zu vierteljährlichen Daten direkt mit den Anforderungen von SDDS Plus im Zusammenhang. Auch die Daten der Kategorie Aussenwirtschaftssektor werden von der SNB aufbereitet. Dazu gehören Daten zu Direkt- sowie zu Portfolioinvestitionen. Die SNB publiziert etliche dieser Daten – zusammen mit den Informationen des bestehenden Datenstandards des IWF – auf ihrem Datenportal.

SDDS Plus

Globale Produktionsprozesse

Um die globale Produktion besser in den Zahlungsbilanzstatistiken der Schweiz abbilden zu können, laufen seit 2017 Arbeiten im Projekt «Globale Produktionsprozesse». Das Augenmerk der SNB-internen Projektgruppe liegt auf den Aktivitäten von multinationalen Unternehmen, die ihre Produktions- und Handelsprozesse auf verschiedene Länder aufteilen. Im Zuge dieser Aufteilung kommt es zu einer Trennung von Finanz- und Warenströmen, was Mess-, Abgrenzungs- und Erhebungsprobleme mit sich bringt. 2020 konnte die Konzeptionsphase des Projekts abgeschlossen werden. Zurzeit laufen die Umsetzungsarbeiten. Ziel ist es, ab dem Jahr 2024 Daten basierend auf den revidierten Erhebungen zu publizieren. Parallel dazu laufen Arbeiten, um den «Digital Trade» – den Handel mit Waren und Dienstleistungen, die digital bestellt, digital geliefert oder über eine Plattform bereitgestellt werden – sowie den Handel mit geistigem Eigentum umfassender in den Zahlungsbilanzstatistiken abzubilden.

9.4 ZUSAMMENARBEIT

Die Nationalbank gibt den auskunftspflichtigen Personen und ihren Verbänden bei Fragen der Organisation und des Verfahrens wie auch bei der Einführung neuer oder der Änderung bestehender Erhebungen Gelegenheit zur Stellungnahme.

Expertengruppen

Die Nationalbank lässt sich von der Bankenstatistischen Kommission bei der inhaltlichen Gestaltung der bankenstatistischen Erhebungen beraten. In dieser Kommission sind die Banken, die Schweizerische Bankiervereinigung und die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) vertreten. Die Bankenstatistische Kommission befasste sich 2020 insbesondere mit der Revision der Erhebung zum Kundenzahlungsverkehr. Die Erstellung der Zahlungsbilanz wird von einer Expertengruppe unter der Leitung der Nationalbank begleitet. Diese setzt sich aus Vertretern der Industrie, der Banken, der Versicherungen, verschiedener Bundesstellen und der Wissenschaft zusammen.

Offizielle Stellen

Die Nationalbank arbeitet bei der Erhebung statistischer Daten mit den zuständigen Stellen des Bundes, vor allem dem Bundesamt für Statistik (BFS), mit der FINMA sowie mit den entsprechenden Behörden anderer Länder und mit internationalen Organisationen zusammen.

Bundesamt für Statistik

Die Nationalbank pflegt einen engen Kontakt zum BFS. Eine Datenaustauschvereinbarung regelt den Zugang zu den Daten der jeweils anderen Behörde; sie regelt auch die Zusammenarbeit bei der Erstellung der Finanzierungsrechnung der Schweiz. Die Nationalbank ist zudem Mitglied verschiedener Gremien, die sich mit der Bundesstatistik befassen, u. a. der Bundesstatistikkommission und der Expertengruppe für Wirtschaftsstatistik.

Die Nationalbank erhebt bei rund 80 Banken quartalsweise Daten zu den Hypothekarzinsätzen zuhanden des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO). Das BWO berechnet aufgrund dieser Daten den hypothekarischen Referenzzinssatz bei Mietverhältnissen. Die inhaltliche Verantwortung für diese Erhebung liegt beim BWO, das den Referenzzinssatz auch veröffentlicht.

Bundesamt für
Wohnungswesen

Im Rahmen eines Memorandum of Understanding zwischen der FINMA und der Nationalbank über die Erhebung und den Austausch von Daten führt die Nationalbank u. a. Erhebungen zur Eigenmittelausstattung, zur Liquidität und zu den Zinsrisiken der Banken und Wertpapierhäuser durch. Das Jahr 2020 stand v. a. im Zeichen der Umsetzung des definitiven Kleinbankenregimes sowie der Vorbereitung auf die Einführung der revidierten Erhebung zur strukturellen Liquiditätsquote im Juli 2021. Zudem wurden der Eigenmittelnachweis für systemrelevante Banken, die Zinsrisikomeldung sowie das Aufsichtsreporting angepasst.

FINMA

Die Nationalbank führt zur Erstellung der Zahlungsbilanz und der Statistik über das Auslandvermögen auch Erhebungen bei liechtensteinischen Unternehmen durch. Sie arbeitet dabei mit den zuständigen Behörden im Fürstentum (Amt für Volkswirtschaft und Finanzmarktaufsicht) zusammen.

Fürstentum Liechtenstein

Grundlage für die Zusammenarbeit der Nationalbank mit der Europäischen Union (EU) bildet das bilaterale Statistikabkommen. Es umfasst die Finanzierungsrechnung, Elemente der Bankenstatistik, die Zahlungsbilanz und das Auslandvermögen sowie die Direktinvestitionsstatistik. Die Nationalbank arbeitet in verschiedenen Gremien des statistischen Amtes der EU (Eurostat) mit.

EU

Die Nationalbank pflegt im Bereich der Statistik eine enge Zusammenarbeit mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem IWF. Das Ziel dieser Zusammenarbeit besteht darin, die statistischen Erhebungsmethoden und Auswertungen zu harmonisieren.

Andere internationale Stellen

Bankenstatistik

Die Nationalbank hat gemäss Art. 14 Abs. 1 Nationalbankgesetz das Recht, diejenigen Daten zu erheben, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigt. Eine besondere Rolle nehmen dabei Daten von Banken ein. Zum einen spielen Banken bei der Transmission geldpolitischer Entscheide eine zentrale Rolle. Zum anderen stehen Banken im Zentrum des Beitrags der Nationalbank zur Stabilität des Finanzsystems.

Die von der Nationalbank erhobenen Daten decken die wesentlichen Geschäftsfelder der Banken in der Schweiz ab. Erhoben werden Bilanz-, Ausserbilanz- und Erfolgsrechnungsdaten sowie Zins- und Strukturinformationen. Je nach Themengebiet werden die Geschäfte nach Gegenparteimerkmale, Währung und Laufzeit sowie geografischen Kriterien untergliedert. Ein Schwerpunktthema ist die Kreditvergabe durch die Banken. Dabei interessieren nicht nur das Volumen der vergebenen Kredite, sondern auch ihre Konditionen, Charakteristiken der Kreditnehmer sowie – z. B. bei Hypotheken – Eigenschaften der Pfandobjekte. Einen zweiten Schwerpunkt bilden Datenerhebungen zu den Wertschriften, die von Kunden in offenen Depots bei Banken gehalten werden: Welche Kundenkategorien halten welche Wertschriftenarten in welchen Währungen? Aus welchen Ländern stammen die Emittenten von Wertschriften, die in solchen Depots gehalten werden? Einen dritten Schwerpunkt stellen Daten dar, welche die Nationalbank in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, namentlich der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erhebt. Diese Datenerhebungen konzentrieren sich auf das grenzüberschreitende Bankgeschäft und auf die Aktivitäten der Banken am Devisen- und Derivatmarkt. Je nach Fragestellung werden die jeweiligen Daten monatlich, quartalsweise, jährlich oder allenfalls nur alle paar Jahre erhoben.

Art. 4 Nationalbankverordnung (NBV) verlangt von der Nationalbank, die Belastung der Auskunftspflichtigen so gering wie möglich zu halten. Daher werden die meisten Erhebungen in der Form von Teilerhebungen durchgeführt. Nur Banken, die bestimmte erhebungsspezifische Schwellenwerte überschreiten, sind der SNB gegenüber auskunftspflichtig. Als Regel gilt dabei: Je themenspezifischer eine Datenerhebung ist, desto kleiner ist der Kreis der auskunftspflichtigen Banken. Ziel der Nationalbank ist es immer, einerseits die Belastung der Auskunftspflichtigen so klein wie möglich zu halten und andererseits statistisch aussagekräftige Daten zu erheben.

Um Doppelbelastungen der auskunftspflichtigen Banken zu vermeiden, arbeitet die Nationalbank auch eng mit der FINMA zusammen. So erfolgt ein Teil der Erhebungen der Bankenstatistik auf Basis der Gesetzesgrundlagen der FINMA. Diese Form der Zusammenarbeit zwischen der SNB und der FINMA besteht seit den 1990er-Jahren und wurde 2018 im Rahmen eines Memorandum of Understanding neu geregelt.

Eine Eigenheit der bankenstatistischen Erhebungen besteht darin, dass sie auf verschiedenen sogenannten Erhebungsstufen durchgeführt werden. Je nach Fragestellung, die im Vordergrund steht, müssen Banken z. B. nur diejenigen Geschäfte in ihre Meldungen einfliessen lassen, die sie in ihren Geschäftsstellen in der Schweiz tätigen. Dies gilt insbesondere für Informationen, welche die Nationalbank für die Konjunkturbeobachtung im Inland nutzt. In anderen Fällen umfasst die Meldung auch Daten der rechtlich unselbständigen Filialen im Ausland. Namentlich für Daten, die im Bereich Finanzstabilität verwendet werden, sind Angaben auf Konzernstufe relevant: Hier fliessen alle Geschäfte ein, welche die Banken in sämtlichen Gesellschaften ihres Konzerns tätigen, unabhängig davon, ob diese im Inland oder Ausland domiziliert sind.

Eine weitere Eigenheit der Bankenstatistik ist, dass die Erhebungen z.T. auch Banken umfassen, die im Fürstentum Liechtenstein domiziliert sind. Solche Erhebungen bilden nicht nur die Volkswirtschaft der Schweiz ab, sondern den gesamten Währungsraum des Schweizer Frankens. Die Nationalbank arbeitet daher im Statistikbereich auch mit der Finanzmarkt-aufsicht des Fürstentum Liechtensteins zusammen. Beispiele solcher Erhebungen sind die ausführliche Monatsbilanzstatistik, die u. a. für die Berechnung der Geldmengen verwendet wird, oder die Erhebung zu den Mindestreserven, die u. a. seit 2015 als Basis für die Berechnung der Freibeträge im Negativzinsregime dient.

Die formelle Zusammenarbeit der Nationalbank mit den Auskunftspflichtigen wird in Art. 7 NBV geregelt. Im Bereich der Bankenstatistik fungiert die Bankenstatistische Kommission als zentrales Organ. In der Regel einmal pro Jahr diskutiert die Nationalbank mit den Mitgliedern der Kommission die Einführung neuer Erhebungen, die Revision bestehender Erhebungen sowie diverse Fragen, die im Zusammenhang mit den bankenstatistischen Erhebungen aktuell sind. Die Bankenstatistische Kommission übernimmt dabei die Rolle eines Konsultativorgans; den Entscheid bezüglich der Einführung resp. der Revision von Erhebungen trifft allein die Nationalbank. Zentrale Bedingung ist dabei jedoch, dass jede Datenerhebung einen direkten Bezug zu einer ihrer gesetzlichen Aufgaben aufweisen muss bzw. von der Nationalbank zwingend benötigt wird, um Entwicklungen an den Finanzmärkten zu beobachten. Zudem muss die Nationalbank gemäss Art. 4 Abs. 3 NBV auf eigene Datenerhebungen verzichten, wenn sie sich die benötigten Daten anderweitig beschaffen kann.
